

# ÖMZ

## ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet  
1808

### Editorial

*Die Europäische Union ist eine Großmacht, weil sie erstens ein großer Wirtschaftsraum und zweitens reich ist und dadurch auf die Gestaltung der Welt in nicht unbedeutendem Maße einwirken kann. Nicht zu vergessen sind drittens einige Mitglieder dieses Staatenverbundes - wir nennen sie die „Großen“ und meinen Frankreich, Großbritannien und Deutschland -, die historisch bereits als Großmächte etabliert sind und deren sicherheitspolitische Außenwirkung von den Nicht-Europäern vielfach Europa zugeschrieben wird - mit allen Vor- und Nachteilen, die daraus erwachsen. Für die Europäische Union selbst lässt sich in sicherheitspolitischen Fragen jedoch nur sehr eingeschränkt ein Großmachtstatus behaupten. Der Verschmelzungsprozess der Union steht erst am Beginn seiner Entwicklung, der auf Grund der vielfach divergierenden nationalen Ansichten eher einem Hürdenlauf denn einer festgelegten Marschroute ähnelt. Sehr zaghaft bilden sich die ersten multinationalen Battle Groups, die dazu bestimmt sind, weltweit als militärischer Arm Europas zu fungieren - natürlich nur im Rahmen von Friedenseinsätzen.*

*Die Freude ist groß über die ersten gelungenen Versuche gemeinsamer sicherheitspolitischer Außenwirksamkeit wie im Kongo und in Bosnien. Solange jedoch keine Streitkräfte auf EU-Ebene gebildet werden, die dem direkten Zugriff der Mitgliedstaaten entzogen sind, wird sich die Aufstellung schlagkräftiger Verbände weiter schleppend hinziehen und die sicherheitspolitisch-militärischen Komponenten werden weiter von den Großen nach nationalen Zielvorgaben wahrgenommen. Bei aller Wertschätzung des Umstandes, dass dieser Entwicklungsprozess hin zu den Battle Groups überhaupt in Gang gebracht werden konnte, stimmt die ins Auge gefasste Zahl von nur 60.000 Soldaten doch bedenklich, nämlich insofern, als diese Truppen für eine Aufgabenstellung als Expeditionskorps zwar ausreichend erscheinen, jedoch für die Verteidigung Europas keineswegs ausreichen werden. Andererseits jedoch schrauben die europäischen Nationalstaaten ihre Verteidigungsanstrengungen kontinuierlich zurück. Damit ist allerdings die Entstehung eines Sicherheitsvakuaums zu befürchten, und es wird sich mittelfristig die Frage stellen: Wer verteidigt die europäische Wertegemeinschaft?*

*Einstweilen jedoch befindet sich die EU auf der Suche nach einem Format als weltpolitischer Akteur. In unserem ersten Beitrag analysiert Heinz Brill Notwendigkeiten und Voraussetzungen für diese Genese. Er diagnostiziert Europa einen Mangel an strategischem Denken und fordert eine Stärkung seiner Identität und Handlungsfähigkeit im sicherheitspolitischen Bereich, um als gleichwertiger Akteur in einer multipolaren Welt bestehen zu können.*

*Jochen Rehrl skizziert den Werdungsprozess der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und leitet Entwicklungstendenzen für das künftige sicherheitspolitische Agieren der EU ab. Grundsätzlich ist zu erkennen, dass sich der Bereich der ESVP von einem zwischenstaatlichen zu einem supranationalen Konstrukt hin entwickeln wird; eine „Europäische Armee“ wird es jedoch mittelfristig nicht geben. Zudem steht zu erwarten, dass die Zivilgesellschaft in den Mitgliedstaaten Militäreinsätzen zunehmend kritischer gegenübersteht und den Begriff Sicherheit vor die Verteidigung stellt.*

*Afrika wurde durch die Europäische Union als ein Schwerpunkt der politischen Außenwirksamkeit festgelegt. Aber auch die USA haben den Stellenwert und die Bedeutung dieses Kontinentes neu bewertet und dokumentieren dies durch die Errichtung des strategischen Regionalkommandos „AFRICOM“. Martin Pabst beleuchtet schwergewichtsmäßig den Raum Subsahara-Afrika hinsichtlich eines möglichen Nährbodens für den islamistischen Terrorismus und der Gefahren, die von dieser Region ausgehen können.*

*Zum 15. Mal jährt sich heuer der Todestag des wohl bedeutsamsten Offiziers der Zweiten Republik - General Emil Spannocchi. Wie keinem anderen ist es ihm gelungen, für einen zwischen zwei Machtblöcken eingekeilten neutralen Kleinstaat eine Verteidigungskonzeption zu entwickeln, die Aussicht auf Erfolg zeitigte. Sein Ansatz der so genannten „Raumverteidigung“ galt als revolutionär und wurde daher unter der Bezeichnung „Spannocchi-Doktrin“ bekannt. Wolfgang Wildberger versucht eine biografische Hommage über Leben und Werk dieses bereits legendären Generals.*

**Andreas Stupka**

# INHALTSVERZEICHNIS

*Heinz Brill*

**Die Europäische Union  
auf dem Weg zu einem  
weltpolitischen Akteur**  
Motive - Interessen - Visionen

643

**Zur österreichischen Verteidigungspolitik** 706

**Internationaler Bericht** 713

*von Burkhard Bischof  
mit Weltgeschehen 11.8.07 - 12.10.07*

**Internationale Rundschau** 717

*Jochen Rehrl*

**Mehrheitsentscheidung -  
Europäische Armee -  
Gemeinsame Verteidigung**  
Entwicklungstendenzen der ESVP

655

**UNO** 717

**OSZE** 720

**NATO** 722

**Europäische Union** 723

**Europa** 726

665

**Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)** 742

**Naher und Mittlerer Osten** 744

**Afrika/Sub-Sahara** 748

**Ferner Osten** 752

675

**Lateinamerika** 757

**USA** 759

*Wolfgang Wildberger*

**General Emil Spannocchi -  
Aristokrat, Visionär, Revolutionär**

## Miszellen

**Staaten und parastaatliche Systeme  
in Interaktion** 685

Neue Konzepte für die internationale  
Sicherheit

*Dirk Freudenberg*

**Imperiale Parallelen** 689

Die Weltmacht USA im Urteil  
der Geschichte

*Wolfgang Taus*

**Empire oder Imperial Overstretch?** 696

„Weltmacht USA“ - Anspruch und Realität  
*Markus J. Prutsch*

**Wenn Kinder kämpfen** 701

Militärsoziologische Aspekte des Einsatzes  
von Minderjährigen auf dem Schlachtfeld

*Stephan Maninger*

**Buchbesprechungen** 764

**Kurzfassungen (english/français)** 782

Bildquellen Titelbilder (v.li. n.re.): Reuters/Mario Laporta, U.S. Navy  
photo/Mass Communication Specialist 1st Class Hana'lei Shimana,  
EU-Ratssekretariat

**Impressum**  
Seite 784

**Aus dem Inhalt (english/français)**  
Umschlagseite innen



# Die Europäische Union auf dem Weg zu einem weltpolitischen Akteur

Motive - Interessen - Visionen

Heinz Brill

Der Verfasser hat in der ÖMZ 5/2002 im Rahmen der „Strategischen Allianzen in der internationalen Politik“ das Problem „Unipolarität versus Multipolarität“ in seinen Grundzügen dargestellt. Im Anschluss daran wies er in seinen Beiträgen „Strategische Allianzen in der europäischen Politik“ (ÖMZ 5/2003) und „Der Streit um Gleichgewicht und Hegemonie in der Europäischen Union“ (ÖMZ 5/2004) darauf hin, dass das Thema „Allianzen“ auch in der europäischen Politik eine große Tradition hat. In all diesen Beiträgen wurde deutlich, dass das Ende der Bipolarität die geopolitische Lage der EU grundsätzlich geändert hat.



Die EU ist ein aus 27 Staaten bestehender Staatenverbund. Mit derzeit rund 490 Millionen Einwohnern stellt sie nach China und Indien die größte Bevölkerung. Im EU-Binnenmarkt erwirtschaften die Mitgliedstaaten zusammen das größte Bruttoinlandsprodukt der Welt.

Was das Verhältnis der Staaten im innereuropäischen Bereich betrifft, hat Ludwig Dehio das jahrhundertlange Ringen zwischen Hegemonie und Gleichgewicht gültig beschrieben.<sup>1)</sup> Immer dann, wenn das europäische Gleichgewicht, die Balance zwischen den großen Mächten, durch imperiale Bestrebungen gestört oder gar ge-

waltsam durch Krieg zerstört wurde, arbeiteten die anderen Mächte zusammen - gegen das Imperium und für ein neues Gleichgewicht. Die Standardversion des Neorealismus, die *Balance-of-power-Theorie*,<sup>2)</sup> geht davon aus, dass eine unipolare Machtverteilung im internationalen System - sei sie regional oder global - nicht von Dauer sein kann.

Die vorliegende Studie analysiert die Rolle und Bedeutung der EU in den internationalen Beziehungen. Bei diesem Thema steht die Frage im Mittelpunkt, ob die EU als ein Pol in einer multipolaren Welt in Verbindung mit einer eigenständigen Strategie möglich ist. Die EU sei, so sagte ihre eigene Sicherheitsstrategie im Jahr 2003, „zwangsläufig ein globaler Akteur; sie müsse aber ihre strategischen Ziele aktiver verfolgen“. <sup>3)</sup> Dabei ist ihr erstes Handlungsfeld der europäische Kontinent, aber auch die Beziehungen mit den anderen Akteuren der Welt müssen zunehmend in die konzeptionellen und strategischen Überlegungen einbezogen werden. Es wird kritisch hinterfragt, inwiefern die EU als Akteur auf globaler Ebene in Teilbereichen erfolgreich agiert.

Die Bewertung der Positionen der einzelnen europäischen Staaten macht deutlich, dass der europäische Einigungsprozess im Hinblick auf die Finalisierung erhebliche Interessenunterschiede aufweist, dies sowohl im Binnen- als auch im Außenverhältnis der EU. Im Binnenverhältnis, was die „innereuropäische Machtbalance“ anbelangt,<sup>4)</sup> und im Außenverhältnis stellt sich die Frage, wie die Beziehungen zu anderen Großräumen und Staaten im Rahmen einer multipolaren Weltordnung gestaltet werden sollen. Geopolitische Interessen der EU wurden bisher offiziell nicht definiert. Bestimmt wurde nur die Form, in der diese wahrgenommen werden können. Die EU bildet auch in dieser Hinsicht eine große Herausforderung an die politischen Eliten Europas, den „Pol“ und die „Interessen“ der EU als weltpolitischen Akteur zu orten.

Das Bemühen um Wiedergewinnung einer weltpolitischen Wirkungsposition der europäischen Staaten gilt in der integrationshistorischen Literatur als eine der Schubkräfte der Zusammenschlussbemühungen seit der Mitte des letzten Jahrhunderts.<sup>5)</sup> Aktuelle Erwartungen an die außenpolitische Verantwortung der EU häufen sich. Ob die erweiterte Union den vielfältigen, von innen und außen geäußerten Erwartungen gerecht werden kann, ist einer der zentralen Streitpunkte jeder Europa-Diskussion. Denn die Frage, welche Rolle die EU im Falle des Gelingens einer europäischen „Finalität“ als weltpolitischer Akteur spielen sollte bzw. könnte, gehört zu den wichtigsten und interessantesten Aspekten europäischer Zukunft.

## Der Staatenbund als europäische Option

Die EU ist ein Sonderfall bei der Analyse von Akteuren im internationalen System. Sie ist kein Staat, aber auch mehr als eine „klassische“ internationale Organisation. Ihre Grundlage sind

Abb. 1

## Entwicklungstagen, Kooperationen und mögliche Beitrittskandidaten der EU



zwischenstaatliche Verträge, die aber die Souveränität der vertragsschließenden Staaten erheblich einschränken.<sup>6)</sup> Den staats- und völkerrechtlichen Status der EU zu erklären beginnt eigentlich schon mit ihrer Bezeichnung. Bis zum Vertrag von Maastricht (in Kraft getreten am 1. November 1993) hieß das Gebilde „Europäische Gemeinschaft“ (EG), genauer Europäische Gemeinschaften, denn es bestand aus drei Gemeinschaften, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion), der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG, Euratom) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Um die Darstellung nicht zu komplizieren, wird im Folgenden durchgängig die Bezeichnung EU verwendet, auch wenn auf die Zeit vor dem 1. November 1993 Bezug genommen wird.

Zwei Grundkonzeptionen<sup>7)</sup> beherrschen seit Jahrzehnten die Diskussion über Weg und Form der europäischen Einigung: Die „Föderalisten“ wollen die Vereinigten Staaten von Europa als einen Bundesstaat (etwa vergleichbar den USA oder Deutschland) errichten; die Befugnisse der einzelnen nationalstaatlichen Parlamente, Regierungen und Gerichte sollen schrittweise an entsprechende supranationale Organe übertragen und durch demokratische Willensbildung legitimiert werden. Dagegen steht das Konzept eines europäischen Staatenbundes, bei dem im Wesentlichen die Regierungen der Einzelstaaten bei der Lösung gemeinsamer Probleme zusammenarbeiten, ohne dass bei diesem „kooperativen Unionismus“ nationalstaatliche Kompetenzen grundsätzlich aufgegeben werden.

Auf Grund der bisher geführten kontroversen Diskussion kommen für die politische und staatsrechtliche Gestaltung der EU ein Staatenbund, ein Bundesstaat oder ein anderes, theoretisch erst noch zu definierendes Mehrebenensystem in Frage.<sup>8)</sup> Nach Einschätzung der realen Lage wird der „Staatenzusammenschluss“ in der EU ein

Europa der Nationalstaaten sein. Denn die Option „Staatenbund“ weist sowohl bei den Führungsstaaten als auch bei der Mehrheit der EU-Staaten die höhere Akzeptanz aus.

Aus diesen Gründen ist die EU ein Staatenbund, der die Souveränität der Mitgliedstaaten in der Außen- und Sicherheitspolitik unangetastet lässt. Die Gründung eines Superstaates oder einer europäischen Groß-Nation wird es auch in Zukunft mit großer Wahrscheinlichkeit nicht geben, weil das Konzept des Nationalstaates schon seit langer Zeit an seine Grenzen gestoßen und das europäische Modell eines engen Staatenbundes das zukunftsweisendere, weil modernere ist, weswegen es inzwischen weltweit studiert und in Teilen bereits kopiert worden ist.

Dem Staatenbund gehören seit dem vergangenen Jahr 27 Staaten mit ca. einer halben Milliarde Menschen an. Nach Auffassung des Staatsrechtlers Christian Starck ist die in Diskussion befindliche „Europäische Verfassung“ eine Vertragssammlung, die Hoheitsrechte der Mitgliedstaaten auf die EU überträgt. Insofern entstehe ein neuer Typus von Staatenbund, der von der allgemeinen Staatslehre noch nicht abschließend untersucht worden ist.<sup>9)</sup>

### Motive des europäischen Einigungsprozesses

Victor Hugo<sup>10)</sup> prophezeite in seiner Eröffnungsrede zum Pariser Friedenskongress von 1849, dass dereinst die Nationen des europäischen Kontinents unter Wahrung ihrer Individualität zu einer „höheren Einheit“ verschmelzen würden. Der Tag werde kommen, so der Schriftsteller und Politiker, an dem der Austausch von Ideen und Gütern die Auseinandersetzung auf dem Schlachtfeld ersetzen werde. Der Visionär prägte als einer der Ersten den Begriff von den *Etats Unis de l'Europe* („Vereinigte Staaten von Europa“).



Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Europa-Idee für weitere Kreise populär. Der österreichische Graf Richard Coudenhove-Kalergi gründete 1923 in Wien die Paneuropa-Union. Coudenhove-Kalergi skizzierte in seinem Buch „Paneuropa“<sup>(11)</sup> ein umfassendes Programm zur europäischen Einigung. Dabei ging er in klassisch geopolitischer Argumentation von der Überzeugung aus, dass sich die Welt zukünftig, v.a. auf Grund des technischen Fortschritts, in großräumigen Zusammenhängen organisieren werde und dass das in Einzelstaaten zersplitterte kontinentale Europa vier Großmächten gegenüberstehe: den USA, Russland bzw. der Sowjetunion, Großbritannien und Ostasien. Europa, das seine einstige Weltgeltung durch den Krieg verloren habe, gleichzeitig aber als einziger Großraum noch nicht politisch und wirtschaftlich organisiert sei, müsse nun ebenfalls ein „politisch-wirtschaftliches Zweckbündnis“ bilden, um sich einerseits gegenüber den anderen Großräumen behaupten zu können, andererseits garantiere ein Zusammenschluss den europäischen Frieden und schütze Europa und die Welt damit vor einem neuen Krieg. Aus diesem paneuropäischen Zweckbündnis, ohne Russland und Großbritannien, sollten sich auf Dauer ein Staatenbund der „Vereinigten Staaten von Europa“ und eine europäische Nation, die die nationalstaatliche Identität nicht ersetzen, sie aber gleichsam überwölben sollte, entwickeln. Entsprechend der amerikanischen Monroe-Doktrin müsse es also in Zukunft heißen: „Europa den Europäern!“

Außer den Intellektuellen der Paneuropa-Bewegung forderten auch zahlreiche Politiker den Zusammenschluss der europäischen Staaten. Besonders bekannt ist die enge Zusammenarbeit des französischen Außenministers Aristide Briand und seines deutschen Kollegen Gustav Stresemann in dieser Frage. Aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg konnten die Pläne für das „Projekt Europa“ konkret angegangen werden.

Ausschlaggebend waren zunächst für die westeuropäischen Staaten sicherheitspolitische, historisch-politische und geoökonomische Motive, um nicht völlig in die Abhängigkeit der damaligen Welthegemonialmächte USA und UdSSR zu geraten. Denn die Interessen der beiden Supermächte überlagerten lange Zeit jede selbstständige politische Aktion des alten Europa.

In geoökonomischer Hinsicht von besonderem Interesse und motivierend für den weiteren Zusammenschluss der europäischen Staaten waren u.a. die Schriften des französischen Publizisten Jean-Jacques Servan-Schreiber. Er veröffentlichte im Jahre 1967 das Buch „Le Défi américain“, „Die amerikanische Herausforderung“, in dem er die These vertrat, dass Amerika den alten Kontinent mit seiner weit fortschrittlicheren Wirtschaftsorganisation bald überflügeln werde. Dagegen könne sich Europa nur dann erfolgreich zur Wehr setzen, wenn es sich seinerseits umfassend modernisiere. Die große Schockwelle, die dieses Buch auslöste, das in 14 Sprachen übersetzt wurde, machte den Autor europaweit bekannt. 1980 veröffentlichte er sein zweites erfolgreiches Buch „Le Défi mondial“, in dem er die technologischen Fortschritte Japans als große Herausforderung der westlichen Welt identifizierte.

Den Zusammenschluss der europäischen Staaten politisch zu begründen scheiterte allerdings zweimal:

- Zuerst war Großbritannien 1949 dagegen, dass der neu gegründete Europarat in Straßburg als Zweck und Ziel u.a. „die Schaffung einer europäischen Autorität“ habe.

- Im Jahre 1954 stimmte die französische Nationalversammlung gegen eine „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ - und damit gegen die „Politische Union“. Seither wird die Einigung Europas primär ökonomisch vorangetrieben.

Dieser Mangel an politischer Priorität ließ sich auch zu Beginn der 90er-Jahre nicht beheben.<sup>(12)</sup> Noch am 6. November 1991, einen Monat vor der entscheidenden Konferenz von Maastricht über die Zukunft Europas, sagte der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl sinngemäß im Deutschen Bundestag, zunächst müssten die Grundlagen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gelegt werden; das sei das unerlässliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion. Die Vorstellung sei abwegig, die Gemeinschaft auf Dauer ohne den Status einer „Politischen Union“ gestalten zu wollen. In Maastricht aber beugte sich Kohl der traditionellen EU-Logik, wonach die Ökonomie die Politik schon irgendwie mitziehen werde.



Die mit dem Vertrag von Maastricht geschaffene EU basiert auf drei Pfeilern, den Europäischen Gemeinschaften, der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik/GASP und der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen/JI. Dieser Vertrag hat weiters die Unionsbürgerschaft begründet, die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt und eine Wirtschafts- und Währungsunion/WWU eingeführt.

Zusammenfassend können folgende Motive für den europäischen Einigungsprozess als wesentlich erachtet werden:

- Einbindung des deutschen Potenzials: „Kontrolle durch Integration“,
- Lehren aus den selbstzerstörerischen Kriegen des 20. Jahrhunderts,
- Europa als „dritte Kraft“ zwischen den Weltmächten USA und UdSSR,
- Europa - Pol in einer multipolaren Welt,
- Schaffung eines wirtschaftspolitischen Großraums im Zeitalter der Globalisierung,
- neue Supermacht im weltpolitischen Kräftegleichgewicht.

Damit war die europäische Einigung in der Form, wie sie in Westeuropa in den 50er-Jahren begann und seit dem Ende der 80er-Jahre einen Quantensprung erlebte, hinsichtlich ihrer historisch-konkreten Antriebe und Rahmenbedingungen - der harte Zwang des Kalten Krieges, französisches Eindämmungsbestreben gegenüber Deutschland und später gegenüber der D-Mark sowie Elemente

der Gegenmachtbildung gegen die USA im Gefolge der politisch-ökonomischen Doppelkrise der späten 70er-Jahre, schließlich als Reaktion auf die wirtschaftliche Internationalisierung - substantiell anderer Art<sup>13)</sup> als die Vorgaben der ersten Ideengeber.

### Welche Mächte bestimmen in den kommenden Jahrzehnten die Weltgeschichte?

Die Einschätzung, welche Mächte die Geschichte des 21. Jahrhunderts bestimmen werden, umreißt der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt<sup>14)</sup> in einer Studie wie folgt: Europa (EU) ist gegenwärtig nicht in der Lage, seine Interessen zu bündeln; die ständigen Erweiterungen würden die ohnehin ungefestigten Strukturen weiter aufweichen. Die USA, in denen sich Weltmachtgelüste und Sendungsbewusstsein verknüpfen, sind dabei, ihre Macht zu überdehnen. Russland bleibt zwar schon auf Grund seines nuklearen

Abkürzung steht für Brasilien, Russland, Indien und China - Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Stärken: wichtige Rohstoffe (B), riesige Energie- und Rohstoffvorkommen (R), Drehscheibe für informationstechnische Dienstleistungen (I) und industrielle Fertigung zu niedrigen Löhnen (C). Gemeinsam ist den vier Ländern auf jeden Fall die Größe - sie stellen allein gut 40% der Weltbevölkerung - und damit die Wahrscheinlichkeit, mit überdurchschnittlichem Wachstum in der globalisierten Welt zunehmend Einfluss auszuüben. Es sind aber nicht nur die bevölkerungsreichsten Staaten der Welt, die neue Schwerpunkte der Weltwirtschaft bilden und damit zu einem relativen Bedeutungsverlust Europas beitragen werden. Erstaunliche Voraussagen liegen auch für Mexiko vor. Brasilien und Mexiko sind neben dem asiatischen Wachstumsmonopol Staaten, denen in Europa zu wenig Beachtung geschenkt wird.<sup>17)</sup>

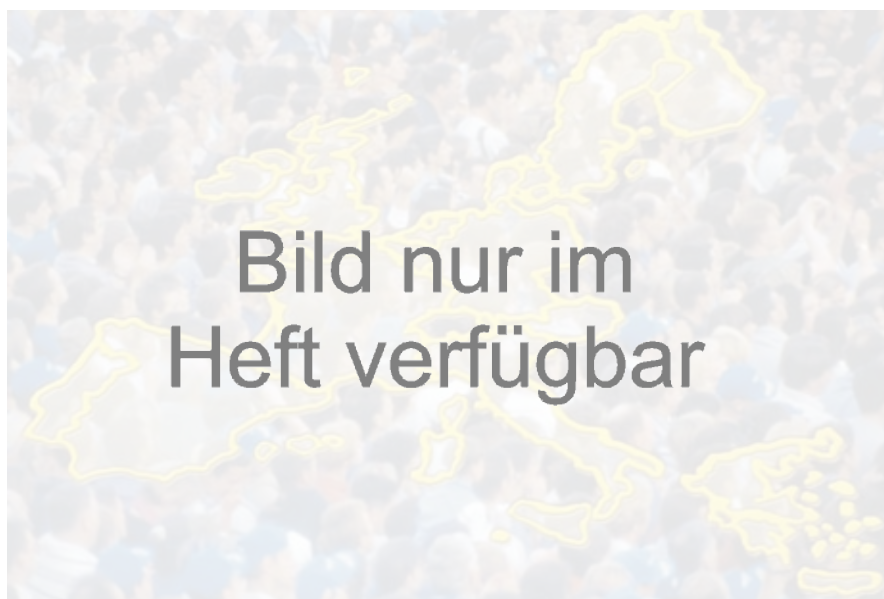
Wie sich die Welt im 21. Jahrhundert verändern wird, wissen wir nicht. Sicher wissen wir nur, dass sie sich verändern wird. Auch für den EU-Kommissar Günter Verheugen werden sich die politischen Kräfteverhältnisse ändern. „Es wird nicht bei einer einzigen Supermacht bleiben. Die USA werden ihre Hegemonie teilen müssen. Die Frage ist, mit wem und unter welchen Bedingungen. Der Aufstieg Chinas und Indiens zu technologischen und ökonomischen Supermächten ist bereits programmiert. Die politischen Ansprüche werden folgen. Lateinamerika, die arabische Welt und sogar Teile Afrikas werden weltpolitische Bedeutung erlangen.“<sup>18)</sup> Nach einer Prognose der UNO von 2001 wird z.B. der Anteil der EU-Staaten an der Weltbevölkerung im Jahre 2050 von 12% auf 8% gesunken sein; der Anteil Afrikas an der Weltbevölkerung wird in diesem Zeitraum von 9% auf 17% steigen. Eine weitere Prognose der UNO von 2004 bestätigt diesen Trend.

Keine Frage: Die materiellen Begehrlichkeiten der aufstrebenden Staaten mit einem

rasanten Bevölkerungswachstum werden zunehmend mit den Bedürfnissen und Ressourcen der EU-Staaten konkurrieren: Wasser, Gas, Öl etc. - alles muss für mehr Menschen reichen. Aber ist Europa auf diese Rivalitäten vorbereitet? Diese Frage stellen zunehmend Asienkorrespondenten führender europäischer Zeitungen.<sup>19)</sup>

### Europa - ein Kontinent der Kleinstaaten

Im Jahre 2006 erhielt Europa mit Montenegro seinen 46. Staat. Vor 15 Jahren, kurz nach dem Ost-West-Konflikt, hatte Europa nur (einschließlich des besonderen Status der Türkei und Grönlands) je nach Zählweise 33 bzw. 35 Staaten. Vier von diesen 35 europäischen Staaten existieren heute de jure und de facto nicht mehr. Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland sind - durch Zerfall der CSSR, Jugoslawiens und der UdSSR - zahlreiche neue Staaten entstanden.<sup>20)</sup> Dem europäischen Kontinent droht aber noch ein weiterer Zerfall in die „Kleinstaatlichkeit“. Denn eine Unabhängigkeit des Kosovo wird vergleichbare Begehrlichkeiten wecken: Im alten Jugoslawien dürften das die albanische Minderheit in Mazedonien ebenso wie die bosnischen Serben oder Kroaten als Signal verstehen, vielleicht sogar die ungarische Minderheit in der serbischen Provinz Vojvodina. Und jenseits des Balkans ist zu befürchten, dass in den zu Georgien gehörenden Konfliktregionen Süd-Ossetien und



Nach einer UNO-Prognose von 2001 wird der Anteil der EU an der Weltbevölkerung bis zum Jahr 2050 von 12% auf 8% sinken, während der Anteil Afrikas um 8% auf 17% steigen wird.

Potenzials und seiner immensen Bodenschätze eine Weltmacht, ist aber wohl noch lange Zeit v.a. mit sich selbst beschäftigt. Brasilien hat gute Chancen, den Status einer Weltmacht zu erreichen. Indien wird in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts der volkreichste Staat der Welt sein. In den Vorstellungen der politischen Klasse Indiens spielt die Rivalität mit China seit langem eine wichtige Rolle. Allerdings sind langfristige Optionen indischer Außenpolitik für Schmidt zurzeit nur schwer zu erkennen. Einzig China prosperiere, und auf Peking richten sich denn auch viele, vorerst allerdings rein ökonomische Hoffnungen. Im Verlauf des 21. Jahrhunderts werde China eine Bedeutung erlangen, die derjenigen der USA gleichkomme. Das heißt, um in Schmidts zeitlicher Perspektive zu bleiben, dass die Staaten des Westens nur noch 20, höchstens 30 Jahre Zeit haben, in denen sie die Tagesordnung der Weltpolitik festlegen können. Und diese Zeit sollte genutzt werden.<sup>15)</sup>

Das Wachstum der Weltwirtschaft ist nach Ansicht vieler Ökonomen auch den großen *Emerging Markets* zu verdanken. Die Schwellen- und Transformationsländer glänzen seit der Überwindung der Krisen in den 90er-Jahren mit starker wirtschaftlicher Dynamik. Das Boom-Phänomen der großen *Emerging Markets* hat seit einer im Oktober 2003 veröffentlichten Studie der US-Investmentbank Goldman Sachs (GS) einen Namen: BRIC.<sup>16)</sup> Die

Abchasien oder in der abtrünnigen Dnjestr-Republik Moldawiens weitere Staatsneugründungen bevorstehen.<sup>21)</sup> In Westeuropa sind insbesondere Belgien und das Baskenland in der Diskussion. Diese Vermehrung kleinräumiger, souveräner Staaten in Europa wird erhebliche Auswirkungen auf die geoökonomische und geostrategische Gestaltung Europas und auf ihr Verhältnis zu den Führungsmächten der EU haben. Des Weiteren stellt sich die Frage: Wie soll dieses Europa der Kleinstaaten sich gegenüber den Großstaaten dieser Welt behaupten? Denn, aufgelöst in seine nationalen Bestandteile, stellt sich dieses Europa z.B. aus indischer Sicht „als wenig mehr als eine präventive Bande überehrgeiziger Zwerge dar“, schreibt Harald Müller in seinem Buch „Weltmacht Indien“ (2006). Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass Europa für die Großstaaten dieser Welt nicht als gleichrangiger Akteur erscheint. Das liegt v.a. an der Schwäche der EU, sich gerade in weltpolitischen Fragen wie dem Verhältnis zu aufstrebenden Mächten einheitlich zu verhalten.

### Klassiker des geografisch-politischen Denkens und das räumliche Wachstum der Staaten

Für Friedrich List, der von 1825-1839 in Amerika weilte, war es keine Frage, dass Amerika und Russland nach hundert Jahren die zwei erfolgreichsten Reiche der Erde sein werden. In seinem politischen Testament von 1846 erkannte List die Hauptbestimmung von Amerika darin, „als Staat zu wachsen“. Im natürlichen Lauf der Dinge werde das Vereinigte Amerika „Europa überflügeln, und seine Seemacht werde die Großbritanniens überragen.“<sup>22)</sup> Alexis de Tocqueville, der fast zur gleichen Zeit in Amerika weilte (sein großes Werk über die Demokratie in Amerika erschien 1835) hat ähnlich geurteilt.<sup>23)</sup> „Es gibt gegenwärtig zwei große Nationen in der Welt ... Ich meine die Russen und die Amerikaner.“ De Tocqueville vergleicht die beiden Völker mit den anderen. Während diese offenbar die Grenzen, die die Natur gezogen, erreicht hätten und sie nur bewahren könnten, seien jene beiden im Wachsen begriffen. De Tocquevilles Prophezeiung der beiden künftigen Weltmächte Amerika und Russland lautet: „Wenn auch ihr Ausgangspunkt und ihre Richtung verschieden sind, so scheinen (sie doch einst) die Geschicke des halben Erdteils in (ihren) Händen zu haben.“<sup>24)</sup>

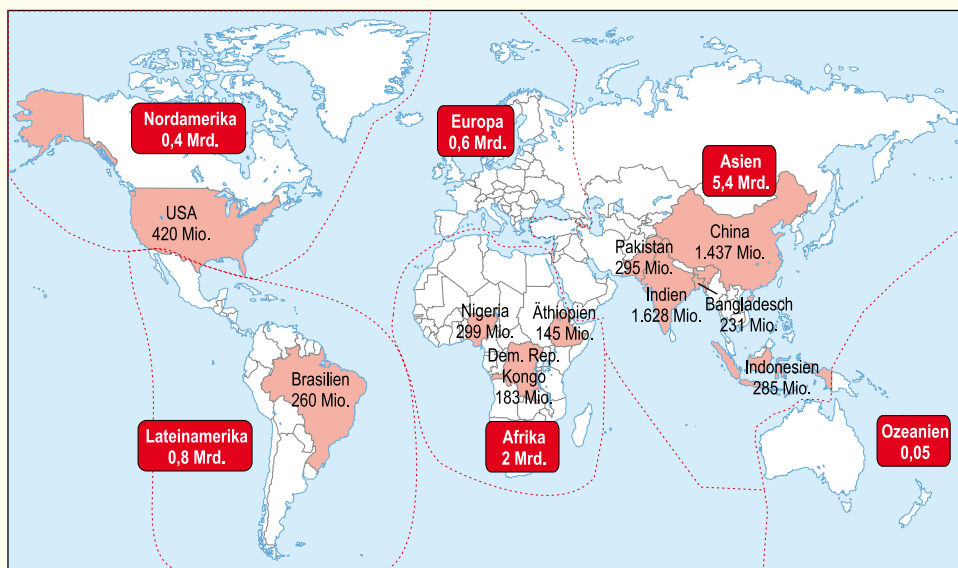
Die sich bereits Mitte des 19. Jahrhunderts abzeichnenden kontinentalen Panbewegungen und Transkontinentalstaaten erklärte Friedrich Ratzel Ende des Jahrhunderts zu einer seiner Forschungsaufgaben. In seiner berühmten Untersuchung über „die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten“<sup>25)</sup> fasste er die Ergebnisse seiner Studien in folgenden Sätzen zusammen: „Von den kleinsten Anfängen des Wachstums bis zu den Riesenstaaten der Gegenwart sehen wir also denselben Zug des Nachstrebens der kleineren, die den größeren, und der großen, die den größten gleich werden wollen. Dieser Zug lebt und wirkt über Schwankungen und Rückschläge weg und fasst wie ein Schwungrad alle die einzelnen Wachstumsbestrebungen zusammen. Er hat sich in den Kleinstaaten ebenso wirksam erwiesen wie in den Riesenstaaten, die Erdteile halbieren. Und so wirkt das Bestreben auf die Herausbildung immer größerer Staaten durch die ganze Geschichte hin. Wir sehen es in der Gegenwart, wo es im kontinentalen Europa die Überzeugung der Notwendigkeit wachruft, sich wenigstens wirtschaftlich zu einem größeren Raum zusammenzuschließen.“<sup>26)</sup>

Mit dieser Begründung des Gesetzes der wachsenden Räume hat Ratzel bereits den allzu engen Rahmen gesprengt, den seine eigene Fassung des Themas vom „räumlichen Wachstum der Staaten“ der Untersuchung gegeben hatte. Denn schwerlich hat Ratzel in den zuletzt erwähnten Bestrebungen nach einer Art europäischen Zollvereins die Anfänge eines Staates Europa erblickt. „Die großen Räume“, schreibt er weiter, „werden mehr und mehr zu einer allgegenwärtigen Tendenz der Völker- und Staatenentwicklung, die man am Ziele der verschiedensten Bewegungen suchen muss. Heute sollte jeder europäische Staatsmann in Asien oder Amerika etwas von dem Raumsinn zu lernen suchen, der die Kleinheit der europäischen Verhältnisse und die Gefahr kennen lehrt, die in der Unkenntnis der großen außereuropäischen Raumfassungen liegt. Es ist wichtig, in Europa zu wissen, wie sich die politischen Größen unseres Erdteils von der Höhe amerikanischer oder asiatischer Raumvorstellungen ausnehmen. Europas Staatengedrange, mit asiatischem Blicke gemessen, kann zu Entwürfen von großer Kühnheit verlocken.“<sup>27)</sup>

Friedrich Ratzel vertrat damit Postulate, die Julius Fröbel in seiner Schrift „Die europäischen Ereignisse und die Weltpolitik“ bereits 1855 veröffentlicht hatte. In dieser Schrift verband Fröbel das europäische mit dem Gleichgewicht der Welt, indem er schreibt,

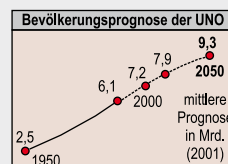
Abb. 2

Bevölkerungsprognose bis 2050



Quellen: Population Reference Bureau: 2006 World Population Datasheet; Bevölkerungsabteilung der UNO: Bevölkerungsprognose 2001

Die zehn Bevölkerungsstärksten Länder			
2006		2050	
Land	Bevölkerung (in Mio.)	Land	Bevölkerung (in Mio.)
China	1.311	Indien	1.628
Indien	1.122	China	1.437
USA	299	USA	420
Indonesien	225	Nigeria	299
Brasilien	187	Pakistan	295
Pakistan	166	Indonesien	285
Bangladesch	147	Brasilien	260
Russland	142	Bangladesch	231
Nigeria	135	D. Rep. Kongo	183
Japan	128	Äthiopien	145

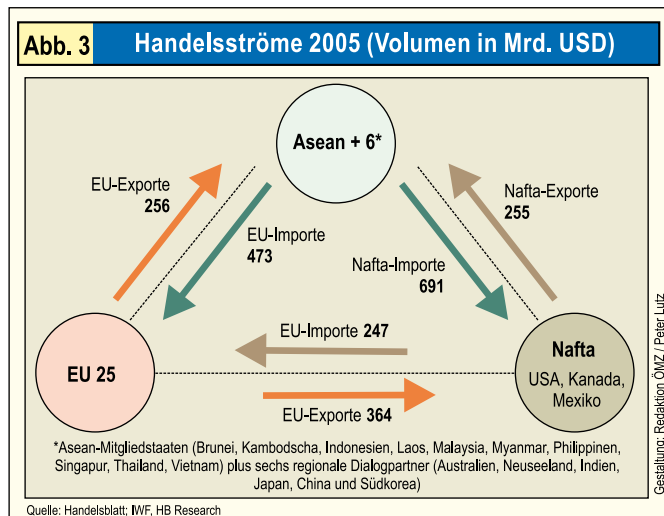


Entwurf/Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Peter Lutz



„dass an die Stelle eines politischen Gleichgewichts von Europa ein politisches Gleichgewicht der Welt zu treten beginnt. Die große Politik ist Weltpolitik geworden. Sie lässt sich nicht mehr auf die Interessen eines Weltheils beschränken (...) Amerika und Russland sind die beiden Pole der politischen Welt geworden, und zwischen ihnen liegt das westliche Europa als Übergang in der Mitte.“<sup>(28)</sup>

Über den nationalen Zusammenschluss hinaus war in Europa allerdings lange Zeit eine Raumzusammenfügung großen Stils auf der Grundlage wohlverstandener Interessengemeinschaft Theorie geblieben. Erst nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts wurden sie in dauerhafte Politik umgesetzt. Seither lautet die gängige These, nur durch eine kooperative Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten könne verhindert werden, dass die europäischen Staaten von den Weltmächten mediatisiert werden.



Darüber hinaus sind in Europa und in der Welt Ende des 20. Jahrhunderts zwei gegenläufige Entwicklungen mit den Tendenzen neuer internationaler Strukturen festzustellen: kontinentale Panbewegungen und Regionalisierung bzw. Fragmentierung des internationalen Systems.<sup>(29)</sup> Auf der einen Seite die Tendenz zum Zusammenschluss (politisch, wirtschaftlich, militärisch etc.) zu größeren Einheiten; wie sie sich außer in Europa in Südostasien, in Afrika und Nord- und Südamerika abzeichnen; demgegenüber sind der Zerfall von Staaten (Sowjetunion, Jugoslawien, CSFR etc.) und die Tendenz verstärkter Regionalisierung (Selbstbestimmungsrecht, Souveränität, kulturelle Identität etc.) in Europa und in der Welt festzustellen. Wilfried von Bredow vertritt dazu in seiner Studie „Turbulente Weltordnung“ die These: „Sowohl die Ausbildung von Groß-Regionen als auch die Aufwertung kleinräumiger Perspektiven sind Komplementär-Entwicklungen der Globalisierung des internationalen Systems.“<sup>(30)</sup>

## Europa - Weltmacht im Werden

Auf den ersten Blick scheint es paradox, dass in einer Zeit großer Europa-Skepsis die Frage nach der Führungsrolle des Kontinents in der Welt aufgeworfen wird. Dennoch setzen sich die Experten der internationalen Akteure - nicht zuletzt auf Grund der permanenten Erweiterungsdiskussion - mit Fragen:

- Ob die EU die Führungserwartungen erfüllen kann? oder
- Ob die EU gar zu einer Weltmacht aufsteigen kann?

von Zeit zu Zeit auseinander. Nach Werner Weidenfeld<sup>(31)</sup> und der „Neun-Länder-Studie von TNS Emnid“<sup>(32)</sup> begründen den Status einer Weltmacht folgende Kriterien:

- territoriale Größe und Bevölkerungszahl,
- herausragende wirtschaftliche Macht,
- politische Stabilität und Führungsfähigkeit,
- kulturelle Anziehungskraft,
- hohes Niveau in Forschung und Bildung (Erfindungsgeist, Innovation, Patente),
- Energie und Rohstoffreichtum,
- militärische Macht,
- Übernahme globaler Ordnungsfunktionen.

Nach diesen Kriterien nimmt die EU im Vergleich zu den „Welt“- bzw. „Großmächten“ einen der vorderen Plätze ein. Allerdings fehlt ihr noch die Bündelung der politischen Interessen, die politische Geschlossenheit und die Ordnungserfahrung. Europa ist deshalb eine Weltmacht im Werden.

Im Gegensatz zu den Einschränkungen bei den wissenschaftlichen Expertisen vertritt die Kommissarin für Außenbeziehungen der EU, Benita Ferrero-Waldner, die Meinung, dass die EU (der 27) bereits ein globaler Akteur sei. „Wir sind“ - so ihre Begründung - „mit fast einer halben Milliarde Einwohnern, dem größten Bruttosozialprodukt und einer gemeinsamen Währung der größte Wirtschaftsblock der Welt. Wir tragen mit unseren weltweiten politischen und handelspolitischen Netzwerken zu Stabilität, Sicherheit und Reformen bei. Wir sind der weitaus größte Geber von Wirtschafts- und Entwicklungshilfe. Wir engagieren uns in einer Vielzahl von Krisenmanagementoperationen. Und nicht zuletzt: Europa und die politischen Ideen, auf denen es fußt, haben eine enorme globale Anziehungskraft. Das geeinte Europa ist daher ganz eindeutig ein gestaltendes Subjekt der internationalen Politik. Dieses Selbstverständnis als globaler Spieler hat die EU in ihrer Europäischen Sicherheitsstrategie Ende 2003 bekräftigt.“<sup>(33)</sup>

Die Frage, ob die EU eine Rolle in der Weltpolitik spielt, ist damit grundsätzlich beantwortet. Das Potenzial, die Interessen und die Lage legen eine weltpolitische Verantwortung nahe, sowohl aus Gründen der Geoökonomie als auch der Geostrategie.

## Die Beziehungen zu den großen Akteuren der Weltpolitik und Wirtschaftsallianzen

Der Ansatz regionaler Kooperation und Integration, wie er in der EU seit mehr als vier Jahrzehnten erfolgreich eingeschlagen worden ist, wird auch in anderen Regionen der Erde mit Interesse verfolgt, und es wird die Frage gestellt,<sup>(34)</sup> ob und inwieweit europäische Erfahrungen übertragbar sind:

- im lateinamerikanischen Raum des MERCOSUR, des „Gemeinsamen Marktes des Südens“;
- im Kreis der südostasiatischen Mitgliedstaaten der ASEAN;
- im südasiatischen Verbund SAARC (South Asian Association of Regional Cooperation);
- im Kreis des Golf-Kooperationsrates;
- im südafrikanischen Raum von SADEC (Southern African Development and Economic Cooperation).

Bei den genannten Allianzen sehen v.a. die ASEAN-Staaten in der EU ein Vorbild für ihre eigenen Integrationsbemühungen. Einen Sonderfall bildet das Verhältnis der EU zur nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, der neben den USA und Kanada auch Mexiko angehört; diese streben eine Freihandelszone auf dem gesamten amerikanischen Kontinent von Alaska bis Feuerland an. Ein politisches Regionalbildungsprojekt ist NAFTA nicht; wohl aber ist sie auf Grund ihres Potenzials ein weltwirtschaftlicher Konkurrent der EU.



Was die Beziehungen der EU zu anderen Akteuren der Weltpolitik und geoökonomischen Organisationen des Welthandels betrifft, so kann folgende Feststellung getroffen werden: In der so genannten geoökonomischen Triade (Nordamerika, Europa, Japan) bildet die EU einen der drei Pole. Des Weiteren hat die EU zu Russland einen festen und zu den anderen „Großakteuren“ (China, Indien, Brasilien etc.) einen eher lockeren Kooperationsbezug. Bei all diesen Beziehungen setzt die EU in zunehmendem Maße auf die Förderung interregionaler Zusammenarbeit (ASEAN, *Asia Europe Meeting* [ASEM], MERCOSUR, teilweise auch AKP-Staaten). In Anbetracht sinkender Steuerungskapazitäten einzelner Nationalstaaten scheint das neue Strukturprinzip des Inter-Regionalismus besonders geeignet zu sein, neue Handlungsspielräume zu erschließen und stabile internationale Beziehungen zu gewährleisten. Ein zentrales Instrument ist dabei der Aufbau inter-regionaler Dialog- und Kooperationsprozesse,<sup>35)</sup> die auch zu „strategischen Partnerschaften“ führen können.

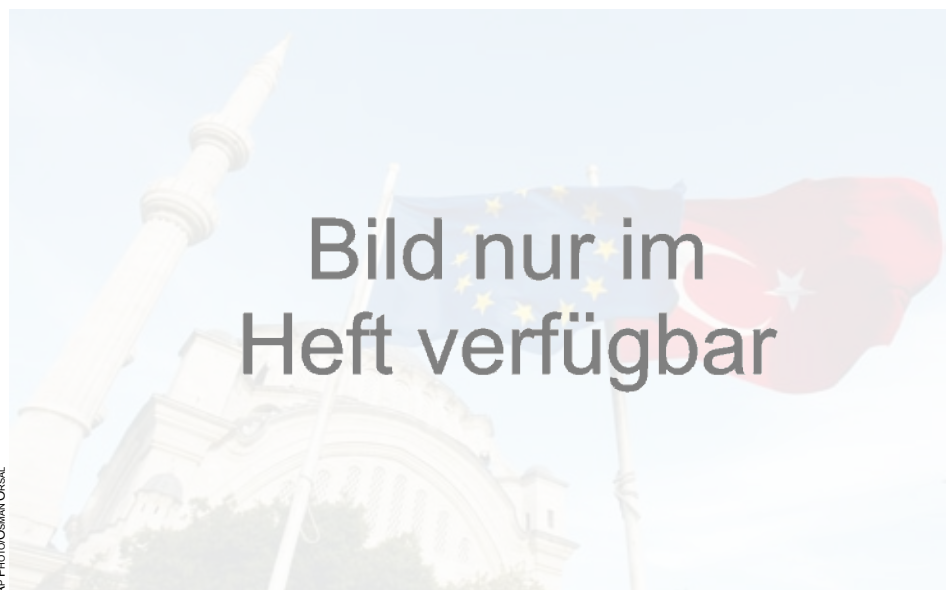
Das heutige Europa, das sich von einer Kohle- und Stahlgemeinschaft über eine Zollunion, einen gemeinsamen Markt zu einem Binnenmarkt und schließlich zur EU entwickelt hat, war der erste moderne Handelsblock der Welt. Auf Grund der Globalisierung tritt Europa jetzt jedoch in eine zweite und radikal andere Phase seiner Wirtschaftsgeschichte ein. Das Handelsblock-Europa, das sich früher auf seine binnenwirtschaftlichen Regelungen konzentrierte, muss sich heute den Bedingungen der Globalisierung anpassen.<sup>36)</sup> Denn das wirtschaftlich starke Europa ist ein Zentrum des Handelns und ein Fixpunkt der Erwartungen und kann deshalb seine weltpolitischen Bezüge nicht ausblenden. Dafür braucht Europa ein weltpolitisches Konzept. Denn die leitende Idee der europäischen Einigung war die politische Integration der EU. Das unterscheidet den europäischen Zusammenschluss bis heute von vielen regionalen Wirtschaftsverbünden und Freihandelszonen in anderen Regionen der Erde. Der zweite Grund aber hat mit den fundamentalen Veränderungen der Weltwirtschaft und der Globalisierung zu tun. Unter den Bedingungen der Globalisierung entstehen Anreize zur Schaffung größerer Märkte und überstaatlicher, regionaler Strukturen. Um in dieser Weltwirtschaft zu bestehen, liefern regionale Freihandelszonen und Wirtschaftsräume bessere Voraussetzungen.

### Die permanente Erweiterung der EU und die „Überdehnungsthese“

Die EU reicht seit 2007 vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer. Ca. eine halbe Milliarde Menschen leben auf ihrem Territorium. Welche Zukunftsvision hat die erweiterte EU? Kann die EU wirklich zu einer integrierten großen Macht werden, oder wird sie in konzentrische Kreise rund um eine Pioniergruppe aus Frankreich und Deutschland zerfallen? Niemand kann schlüssig sagen, wo genau Europas Grenzen verlaufen. Niemand weiß, wer am Ende dazugehören soll und wer auf keinen Fall. Eine schrankenlose Erweiterung degradiert die Union zur Freihandelszone ohne politische Einheit. Dies wäre das britisch-amerikanische Modell: Die EU bindet möglichst viele Staaten ein, ohne sie zu integrieren. Ungewiss bleibt, ob

es überhaupt ein Ende des Einigungsprozesses, ob es ein Ziel, eine Finalität geben kann. Europas Politiker müssen Klarheit darüber schaffen, wo die finalen Außengrenzen der Union liegen sollen. Viele Spitzenpolitiker, die eigentlich damit befasst sein sollten, nehmen an der Diskussion nicht teil. Es sind stattdessen wortgewaltige, aber eher machtlose Akademiker oder Staatsmänner im Ruhestand, die sich zu Wort melden - die meisten mit besorgtem Unterton.

Seit dem Beitritt der zehn mittel- und osteuropäischen Staaten hat sich die Politik für und in Brüssel drastisch geändert. Die alten Gleichungen von Nord und Süd, Klein und Groß, Kern und Peripherie gehen allesamt nicht mehr auf.<sup>37)</sup> Die integrative Rolle Deutschlands und Frankreichs etwa hat sich geändert, ihre Führungskraft lässt nach. Auch der Einfluss in der Welt ist durch die Erweiterung nach Osten nicht gewachsen. Die wirklichen Krisenherde auf dem Globus schwelen weiter. Irak, Nahost, Iran, die transatlantischen Beziehungen - außer in der Handelspolitik ist



Der mögliche Beitritt der Türkei sorgt schon seit einiger Zeit für Diskussionen innerhalb der EU. Es gibt sogar Meinungen, nach denen die EU bereits mit dem Beitritt der Zehn überdehnt sei.

die Union nicht wirklich ein Akteur. Ein Beitritt der Türkei wird all diese Probleme nicht lösen, sondern verschärfen. Ankara lebt in einer imperial-osmanischen Tradition, die mit dem Kerngedanken der EU - Integration durch maximalen Ausgleich aller Interessen - nur schwer zu vereinen ist. Mit der Mitgliedschaft der Türkei riskiert die Union erst recht, sozialpolitisch zu implodieren, weil die wirtschaftlichen und geostrategischen Gemeinsamkeiten auf unabsehbare Zeit zu gering sind, um die Basis für eine wirkliche politische Union zu bilden.<sup>38)</sup> Nun lässt sich behaupten, die EU sei bereits nach dem Beitritt der Zehn überdehnt. Warum also nicht auch die Türkei aufnehmen? Warum nicht die Überdehnung bewusst steigern, bis die bereits bestehende Union zerfällt? Das wäre der katalytische Moment, aus dem ein Kerneuropa entstehen könnte, ein innerer Zirkel, der tatsächlich zu einer gemeinsamen Außenpolitik findet und den Transfer von mehr Souveränität schafft.<sup>39)</sup>

### Aufnahmefähigkeit und Grenzen der EU:

#### Die Erweiterungsdebatte in der Kritik

Europa bedarf einer Stärkung seiner Identität und seiner politischen Handlungsfähigkeit, wenn es auf längere Sicht gegenüber anderen Machtblöcken wie Nordamerika und China bestehen

will. Das ist die wichtigste Schlussfolgerung einer von dem ehemaligen EU-Kommissionspräsident Romano Prodi eingesetzten Expertengruppe, die Vorschläge für die langfristige Entwicklung Europas erarbeiten sollte. Die Gruppe stand unter Vorsitz des früheren französischen Wirtschafts- und Finanzministers Dominique Strauss-Kahn.<sup>40)</sup> Keine Frage: Um zu stärkerer „Identität“ und „Handlungsfähigkeit“ zu gelangen, muss die EU eine institutionelle oder finanzielle Überdehnung vermeiden. Die Erweiterungsagenda kann daher nicht ausschließlich durch Erwartungshaltungen von außen bestimmt werden.<sup>41)</sup> Denn mit dem Türkei-Beschluss ist Europa endgültig entgrenzt. Es wäre unlogisch zu sagen, die Türkei gehöre dazu, die Ukraine oder Marokko aber nicht. Mit der Türkei-Entscheidung wurde ein Erweiterungsprozess eröffnet, dessen Ende heute rational nicht definiert werden kann. Die Ukraine mit ihrer jahrhundertelangen Bindung an die polnische und die österreichische Geschichte wird mittelfristig der EU beitreten. Das Gleiche gilt für die Balkanstaaten und die Maghreb-Länder. Und wer will dann Israel und Palästina den Beitritt verwehren? Schließlich werden Interessen und strategisches Kalkül Gespräche mit Russland und den Staaten des Kaukasus erfordern. Mit welchem Argument sollte es Armenien und Georgien verwehrt sein, Mitglied zu werden?<sup>42)</sup> An solchen Begehrlichkeiten ist die Union selbst schuld. Die EU hat mit den so genannten Kopenhagener Kriterien 1993 festgelegt, welche Bedingungen sie künftigen Mitgliedern stellt, politisch, wirtschaftlich, rechtlich. Nie aber hat die Gemeinschaft - nicht einmal im Verfassungsvertrag - ihre geografischen und politischen Grenzen festgeschrieben. In dieser Offenheit wurzeln alle Träume von der Aufnahme in den Club.<sup>43)</sup>

Immerhin beauftragten die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten im Juni 2006 die EU-Kommission, einen Sonderbericht<sup>44)</sup> vorzulegen, der auch alle „einschlägigen Aspekte im Zusammenhang mit der Aufnahmefähigkeit der Union“ behandeln sollte. Die Frage nach den „endgültigen Grenzen der Europäischen Union“ beantwortete der Bericht ausweichend: Der Begriff „europäisch“ setze sich aus geografischen, historischen und kulturellen Elementen zusammen, die alle zur Identität Europas beitragen. Diese gemeinsamen Erfahrungen ließen sich „nicht zu einer einfachen, zeitlosen Formel verdichten“, sondern müssten von jeder Generation aufs Neue ausgelegt werden. Mit dieser Bewertung gab die Kommission das eindeutige Signal, dass sie nicht bereit ist, das Thema Aufnahmefähigkeit gegen ein Land wie die Türkei zu instrumentalisieren. Bemerkenswert ist auch, dass sie trotz des Auftrages lieber von Integrations- als von Aufnahmefähigkeit spricht.

Damit ist nach wie vor ungeklärt, ob die Türkei Vollmitglied der EU werden kann. Sollte dies der Fall sein, dann stellt sich eine weitere, viel zu lange verdrängte Debatte über die geografischen, kulturellen, geostrategischen und politischen Grenzen Europas. Denn wer heute über die Grenzen Europas räsoniert, meint die Grenzen eines Bundes demokratischer Staaten mit dem Namen „EU“, zwar weiß man, dass Europa und EU nicht identisch sind, aber man hält

doch für möglich, dass sie durch künftige Erweiterungen des Staatesbundes deckungsgleich werden könnten.<sup>45)</sup> An den Fällen der beiden eurasischen Staaten Türkei und Russland lässt sich indessen zeigen, dass die Frage der europäischen Südost- und Ostgrenze nur politisch, nicht aber geografisch oder historisch-kulturell gelöst werden kann.<sup>46)</sup> Nähme die EU in ferner Zukunft beide Staaten auf, dann verlöre sie selbst das Anrecht auf ihren Namen und ihre Identität.

## Bewertung

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat im November 2006 mit dem Wort „paradox“ den Zustand der EU charakterisiert: Europa sei eine Erfolgsgeschichte, und trotzdem befinde es sich in einer Krise. Ausdruck dieser Krise sei die „dramatisch“ gewachsene Euroskepsis.<sup>47)</sup> Diese vieldiskutierte EU-Krise gliedert sein Amtsvorgänger Joschka Fischer in drei Teile:

- eine Vereinigungskrise, in der nationale Interessen europäische Solidarität verdrängen;
- die Verbindung aus EU-Erweiterung und Globalisierung, aus der allgemeine Verunsicherung und soziale Abstiegsängste in der Bevölkerung erwachsen;
- und eine Identitätskrise, die von den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden ausgelöst worden sei. Die Identitätskrise kreise um die Kernfrage, was die EU überhaupt sein soll: eine Freihandelszone<sup>48)</sup> oder ein politisches Projekt.

Die alte Identität ist passé, eine neue hat die EU noch nicht gefunden. Unter den derzeitigen Problemen ragt die permanente Ausdehnung der EU hervor. Ob sich die Größe auch in adäquate Macht umsetzt, ist eine noch offene, zugleich aber die ausschlaggebende Frage der Zukunft. Denn wenn die EU nur groß, aber nicht stark wird, dann verliert sie, was sie durch die Beitritte zu gewinnen hoffte.<sup>49)</sup> Die politischen Planer der EU sind sich offenbar keiner geopolitischen Grenzen bewusst, sie denken sich - wie Herbert Kremp kritisch anmerkt - „kataraktförmig in bloße Weite. Die

**Abb. 4** Türkeiverhandlungen: Positionen einzelner EU-Staaten



eine Seite dieser wahren Affäre besteht darin, dass schiere Größe nicht integrierbar ist im Sinne einer Verfassung, die ja über den konventionellen Staatsvertrag hinausreichen soll, und dass sich dadurch die zweite Seite entfaltet: Geopolitische Großgebilde sind von Natur konfliktträchtig, ihre Neigung zu Binnenstreit und Fremdkoalition unvermeidlich, fast natürlich.“<sup>50)</sup> Die Geschichte ist voller Szenarien des Untergangs, die aus Überforderung und Überdehnung großer politischer Räume entstanden sind. Nur wenn die gewaltigen Probleme Europas beim Namen genannt werden und in die Erweiterungsdebatte politischer Realismus einkehrt, hat Europa als weltpolitischer Akteur eine Chance. Denn die geografische Erweiterung verändert die EU viel stärker, als ihre Protagonisten wahrhaben wollen. Die Gemeinsamkeiten sind kleiner, die Unterschiede viel größer geworden. Eine Union, die von Portugal bis Rumänien und von Finnland bis Griechenland reicht, droht zu einer kleinen UNO zu werden: entscheidungsunfähig und wirkungslos.<sup>51)</sup>

### Europäische Nachbarschaftspolitik

Für Europa sind drei Ergänzungs- bzw. Verbindungsräume von besonderem Interesse:

- der eurasische Raum,
- der euroatlantische Raum,
- der Mittelmeer-afrikanische Raum.

Gegenüber den Akteuren in all diesen Räumen ist die EU gefordert. Dazu gehört:

- Wahrung der Interessensphären,
- Stabilisierung instabiler Räume,
- Aufbau eines Sicherheitsgürtels.

Grundsätzlich liegt ein stabiles und friedliches geografisches Umfeld im ureigenen Interesse Europas. Im März 2003 hat die EU-Kommission in einem ersten geostrategischen Dokument die gewünschten Beziehungen zu den zukünftigen EU-Anrainerstaaten skizziert.<sup>52)</sup> Inhalte dieser *Wider Europe-Strategy* sind der Aufbau von Nachbarschaftspolitiken zur Ukraine, zu Moldawien und Weißrussland und zum gesamten Mittelmeerraum, d.h. Algerien, Ägypten, Jordanien, Israel, Libanon, Syrien, Marokko, den palästinensischen Autonomiegebieten, Tunesien und Libyen. Es ist der Versuch, konkrete Kooperationsangebote wie Freihandelszonen zu unterbreiten, ohne eine Beitrittsperspektive zu eröffnen.<sup>53)</sup>

### Türkei - Vollmitglied einer Mittelmeer-Union?

Wie konnten Gerhard Schröder und Jacques Chirac dem „Größenwahn“ (Helmut Schmidt)<sup>54)</sup> erliegen, dass die EU nur mit der Türkei als Vollmitglied ein weltpolitischer Akteur sein könne? Eine solche geostrategische Überdehnung mit Rückfall in eine große Freihandelszone liegt zwar im Interesse der USA und Großbritanniens, aber nicht im Interesse einer sich weiter vertiefenden EU und ihrer Bürger.

Der derzeitige französische Präsident Nicolas Sarkozy,<sup>55)</sup> der einen EU-Beitritt der Türkei strikt ablehnt, erklärte bereits Anfang Februar 2007 während einer Rede in Toulon, dass eine Mittelmeer-Union realisiert werden sollte, in der auch Ankara zu einer tragenden Säule werden könnte. Die Anrainerstaaten der EU sollen mit den nordafrikanischen Staaten und der Türkei nicht nur Handel treiben, sondern ein System der kollektiven Sicherheit aufbauen. Wie Sarkozy<sup>56)</sup> weiter sagte, sei sein Vorschlag auch Europas Antwort auf den türkischen Wunsch nach einer Vollmitgliedschaft in der EU; denn die Türkei sei kein europäisches

Land, aber ein großes Mittelmeer-Land. Die EU hingegen könne sich nicht permanent erweitern. Sollten Sarkozys Ideen in den EU-Staaten auf Resonanz stoßen, würde der Türkei eine weitere Option im Rahmen der europäischen Nachbarschaftspolitik geboten.

### Defizite in der Außen- und Sicherheitspolitik

Die EU ist heute ökonomisch ein *global player*, politisch und strategisch hingegen weist sie in dieser Rolle jedoch ein erhebliches Defizit auf. Die EU gewinnt zwar immer mehr an Gewicht in den Krisenregionen der Welt durch die Kombination aus ziviler und militärischer Konfliktlösung; dennoch ist ein idealistischer Grundzug ihrer Außen- und Sicherheitspolitik aus Mangel an Stärke und Geschlossenheit unverkennbar. Aus diesem Grund werfen kritische Beobachter wie der amerikanische Politologe Robert Kagan der EU mangelnde „Machtpolitik“ vor. In seinem viel beachteten Essay „Power and Weakness“ („Macht und Ohnmacht“) argumentiert Kagan, dass Europa im 21. Jahrhundert mehr Nachdruck auf Machtpolitik legen müsse, um in der harten „Realität“ der internationalen Beziehungen bestehen zu können. „Die friedliche europäische Integration“, so Kagan, „erweist sich als die Feindin der globalen Rolle Europas.“<sup>57)</sup> In der Tat sollten sich die europäischen Führungsmächte mit ihren *Think Tanks* über kurz oder lang mit der Frage auseinandersetzen, was für eine Art Weltmacht die EU sein soll: Eine aktive, die vorantreibt? Oder eine zögerliche, die sich treiben lässt? Theoretisch wäre Europa allemal in der Lage, auch auf den „harten“ Feldern des geostrategischen Engagements eine führende Rolle einzunehmen.<sup>58)</sup> Europa bietet nicht nur mehr Einwohner und Wirtschaftskraft als die USA auf, es hat mit Großbritannien und Frankreich zwei Atomkräfte in seinen Reihen und verfügt im UNO-Sicherheitsrat über zwei Sitze mit Vetorecht. Die „Europäische Sicherheitsstrategie“, die Javier Solana im Dezember 2003 vorgelegt hat, benennt die Bedrohungen Europas in durchaus realistischer Weise (Islamismus, Proliferation, *Failing States* etc.), aber ein entschiedenes, abgestimmtes Vorgehen hat sich daraus nicht entwickelt. Nichts hat die europäische Zerrissenheit deutlicher gemacht als der Irakkrieg, der die EU spaltete und lange Zeit paralyisierte. Geeint spricht die EU nur zu allgemeinen Angelegenheiten. In den Kernfragen der Weltpolitik hält sie sich auffallend zurück.

### Europa - ein Pol in einer multipolaren Welt?

Der Aspekt der Sicherheit ist für Europa von großer Bedeutung. Fragen der europäischen Sicherheitspolitik betreffen heute nicht nur die Situation im Inneren des Staatenbündnisses, sondern v.a. auch seine Rolle in der Welt. Damit ist Sicherheit eine Gestaltungsaufgabe von globaler Dimension geworden. Der Wegfall der Bipolarität hat zu gravierenden Veränderungen auf der internationalen Akteursebene geführt. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist die von George Bush Senior proklamierte „Neue Weltordnung“ ein Schwerpunkt der internationalen Diskussion. Zahlreiche politische Autoren haben sich an dem Streit um eine „unipolare“ oder eine - von Russland, China, Indien und der EU favorisierte - „multipolare“ Weltordnung beteiligt. Auf Grund ihrer geopolitischen Lage, ihres Selbstverständnisses, ihrer wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technologischen Ressourcen sind auf absehbare Zeit aber allein die USA in der Lage, eine



Weltmachtrolle zu spielen. Alle potenziellen „Gegenmächte“ sind nicht mehr oder noch nicht stark genug, die *Pax Americana* herauszufordern. Während die USA eine unipolare Weltordnung anstreben, plädieren die großen Regionalmächte für eine multipolare Weltordnung, in der sie ihre Interessen - seien sie national oder multinational begründet - besser vertreten können. Die schärfste Reaktion auf die US-Ambitionen wäre eine „antihegemoniale Allianz“ mehrerer regionaler Großmächte.

Wenden wir uns in dieser Frage Europa zu, besser gesagt den Positionen der europäischen Führungsmächte im Streit um eine neue Weltordnung. Die Mehrzahl der Staaten in der EU sind Kleinstaaten. Sie verfügen weder über ein außenpolitisches Konzept noch über eine geopolitische Strategie. Auf Grund mangelnder Machtpotenziale sind sie u.a. dem Verbund der EU beigetreten. Diese verfügt aber auf Grund der heterogenen Interessen der Einzelstaaten nur über einen gering ausgeprägten geopolitischen Konsens.

### Multipolaritätsthese versus euroatlantische Gemeinschaft

Auch die „Europäische Sicherheitsstrategie“ bietet für die operative Politik keine sichere Basis. Nur die größeren Staaten wie Frankreich, Großbritannien und Deutschland verfügen über geopolitische Konzepte, die aber wiederum nicht deckungsgleich sind. Die Positionen der drei Staaten können wie folgt skizziert werden:

- Frankreich

Der bisher deutlichste Widerspruch innerhalb des transatlantischen Raumes zu den neuen Weltordnungsvorstellungen der USA kommt aus Paris. Die Opposition gegen „Unipolarität“, wie die Stellung der USA als „Hypermacht“ und unerwünschte Alternative zur angestrebten „Multipolarität“ bezeichnet wird, führt in EU und NATO Frankreich an.

- Großbritannien

Umfassend legte der britische Premierminister Tony Blair seinen Standpunkt zur Diskussion um eine neue Weltordnung in einem Interview mit der „Financial Times“ am 28. April 2003 dar. Er fand zu dramatischen Formulierungen, als er zu Frankreichs Position einer „multipolaren“ Weltordnung gefragt wurde, mit Europa als einem wichtigen Macht-Gegenpol zu den USA. Wörtlich sagte Blair: „*Ich möchte nicht, dass Europa sich in Opposition zu den USA definiert. Das wäre gefährlich und destabilisierend. Solche neuen multipolaren Zentren würden sich sehr schnell zu rivalisierenden Machtzentren entwickeln mit der Tendenz, sich gegenseitig auszuspielen, wie wir das im Kalten Krieg hatten.*“ Die Strategie, die von Großbritannien im Rahmen ihrer Allianzpolitik favorisiert wird, kann in zwei Grundsätzen zusammengefasst werden:

1. Beibehaltung der *special relationship* zu den USA;

2. Stärkung Europas in Partnerschaft zu den USA.

Die britische Regierung vertritt ferner die Auffassung, eine Befürwortung der Multipolaritätsthese durch die Mehrheit der EU-Staaten würde zu einer weiteren Desintegration in den transatlantischen Beziehungen führen und eine „euroatlantische Gemeinschaft“ verhindern. Damit erteilt sie einer *Balance of Power*-Politik mit Europa als Rivalen der USA (dem „multipolaren“ Modell) eine klare Absage.

- Deutschland

Die deutschen Regierungen handelten - mit Ausnahme der Regierung Schröder/Fischer - nach der Devise des „Sowohl-als-auch“

mit der Maßgabe in der Sicherheitspolitik „in dubio pro America“. Eine Prioritätensetzung wurde vermieden.

Fazit: Die unterschiedlichen Positionen der drei europäischen Führungsmächte zur „Multipolarität“ spiegeln auch ihre Interessenwahrnehmung in internationalen Organisationen, sei es EU, NATO oder UNO, wider.

### Warum ist ein ständiger Sitz der EU im UNO-Sicherheitsrat (noch) nicht möglich?

Bei den Reformbemühungen des UNO-Sicherheitsrates geht es auch um die Frage, ob es für Europa einen weiteren ständigen nationalen Sitz geben soll oder ob sich die EU um diesen Sitz bewerben soll, um in der Weltpolitik mit einer Stimme sprechen zu können.<sup>59)</sup> Ein Sitz der EU im UNO-Sicherheitsrat liegt zwar durchaus in der Logik der angestrebten gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Doch Paris und London müssten auf Privilegien verzichten und 27 Staaten müssten zum Konsens fähig sein. Deutschland, das sich ebenfalls um einen ständigen Sitz bewirbt, ist zwar dieser Alternative gegenüber grundsätzlich offen; jedoch gibt es kurz- und mittelfristig zumindest zwei Hindernisse:



Eine EU-Studie zur Entwicklung der Weltlage geht davon aus, dass künftig keine Nation einen derart dominierenden Status wie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg mehr einnehmen wird können.

Erstens ist die UNO eine Staatenorganisation. Staatenverbände könnten nur nach einer Änderung der UNO-Charta Mitglied werden. Sollte eine solche Charta-Änderung wider Erwarten möglich werden, könnten Staatenvereinigungen aus

aller Welt ebenfalls beitreten, von der OAS, MERCOSUR über die Afrikanische Union und die postsowjetische GUS bis zur Arabischen Liga und der Konferenz Islamischer Staaten, um nur die wichtigsten zu nennen.

Zweitens betrachten die gegenwärtigen europäischen ständigen Mitglieder - Großbritannien und Frankreich - ihre ständigen Sitze nicht als Verfügungsmasse der europäischen politischen Zusammenarbeit, sondern als unverzichtbaren Ausdruck ihrer nationalen Souveränität. Diese Sonderrolle ist auch im Vertrag von Maastricht verankert, eine Änderung gab es im Rahmen der Regierungskonferenz nicht. Sie war auch nicht vorgesehen. Wenn sich diese Situation in langfristiger Betrachtung ändert, dann würden drei europäische ständige Sitze eine bessere Verhandlungsgrundlage sein als zwei.

Fazit: Gegen die als Alternative zum deutschen Sitz lancierte Schaffung eines EU-Sitzes im Sicherheitsrat spricht, dass die UNO-Charta nur Staaten und keine Staatenverbände als Mitglieder akzeptiert und es eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik (noch) nicht gibt; außerdem sind weder Frankreich noch Großbritannien bereit, auf einen nationalen Sitz und damit auf eigene weltpolitische Mitgestaltung zu verzichten. Aus diesem Grund ist die deutsche Bewerbung berechtigt. Sie würde im Direktorium mit Frankreich und Großbritannien das europäische Gewicht in der Welt stärken.

### **Außenpolitische Elite und strategisches Denken nicht vorhanden**

Die Frage einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, kurz, nach Europas Rolle in der Welt, stellte sich erstmals anlässlich des Maastrichter Vertrages von 1992. Die Mitgliedstaaten, heißt es darin, „*enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit als kohärente Kraft in den internationalen Beziehungen schaden könnte*“. Der Satz klingt inzwischen wie ein Hohn. Nicht nur die machtpolitische Rolle Europas in der Welt, sondern auch seine inneren Machtstrukturen sind heute Streitpunkt. Vorbei sind die Zeiten, als die christdemokratische Idee eines Kerneuropas, Chiracs Vorstellung einer *groupe pionier* oder Fischers Forderung vom Gravitationszentrum in einer rasch wachsenden Gemeinschaft den Gegensatz verdecken konnten. Die „verstärkte Zusammenarbeit“, wie sie der Vertrag von Nizza seit Jahren ermöglicht, erzeugt vermehrt Konflikte und Dissonanzen.

In einer Zeit des weltpolitischen Umbruchs könnte Europa zu einem internationalen Akteur werden. Doch als Voraussetzung fehlt Europa für weltpolitisches Handeln nicht nur ein operatives Zentrum, es fehlt v.a. - mit Ausnahme von Großbritannien, Frankreich und Deutschland - strategisches Denken. In der EU muss diese Denkkategorie noch enttabuisiert und gefördert werden. Nicht die zahlreichen Institutionen sind die Antworten auf die drängenden Fragen, wie der Vorschlag eines europäischen Außenministers, sondern der politische Wille. Vom Europäischen Rat, der eigentlich die politischen und strategischen Zielvorstellungen vorgeben sollte, ist wenig zu erwarten. Es sind die EU-3, die ihre Konzepte in den Entscheidungsprozess der EU einbringen. Hier zeigt sich der Unterschied zwischen den USA und der EU in der Außen- und Sicherheitspolitik. In den USA gibt es eine außenpolitische Elite, die global denkt, amerikanische Interessen definiert<sup>(60)</sup> und politische Mehrheiten organisiert, um weltweit die Belange des Landes zu fördern. Der EU hingegen fehlt der politische Wille bzw. Konsens, strategische Konzepte und Visionen zu entwickeln.

## **EU-Studie zur Weltlage 2025**

Die Globalisierung werde der Faktor sein, der die internationale Politik am meisten beeinflusst, schrieben die Autoren des Buches „The New Global Puzzle“, das im Herbst 2006 veröffentlicht wurde.<sup>(61)</sup> In dieser Studie, entstanden unter der Leitung von Nicole Gnesotto und Giovanni Grevi am Institut für Sicherheitsstudien der EU in Paris, wird ein Blick in die Kristallkugel geworfen. Die Zukunftsforscher hatten die Aufgabe, den Kontext der geopolitischen Veränderungen des Jahres 2025 zu erfassen.<sup>(62)</sup> In ihrer Prognose wird die Welt etwa so aussehen: Sie wird multipolar und von der Wiederkehr der Großmachtpolitik gekennzeichnet sein. Kein Staat wird in der Zukunft die Regeln der Weltpolitik und der Weltwirtschaft noch einmal so bestimmen können wie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Westen wird sich auf Widerstand, Gegenkoalitionen und Gegenentwürfe einzustellen haben - und auf eine wachsende Zahl von Akteuren. Wie schwer der Westen es heute schon hat, seine politischen Ziele und Interessen gegenüber neuen Aufsteigern und wiedererstarkenden alten Großmächten durchzusetzen, kann man am Fall Iran oder an der Afrika-Politik Chinas erkennen. Um in dieser Welt, in der es neben alten immer mehr neue Mächte gibt, bestehen zu können, geben die Autoren der Zukunftsstudie der EU konventionell-klassische Empfehlungen: Sie solle den Wandel gestalten, sich nicht von ihm treiben lassen. Dazu müsse sie gemeinsame Interessen identifizieren und formulieren - und Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr national betreiben, sondern europäisch. Die Welt werde in knapp zwanzig Jahren noch interdependenter, komplexer und instabiler als heute sein. Deswegen müssten die Mitglieder der EU sich viel mehr noch um europäische Zusammenarbeit und Integration bemühen und müssten als einheitlicher Akteur nach außen auftreten. Nicht das „Management“ einer großen, erweiterten Union sei das wahre Problem: „*Die echten Herausforderungen für den Wohlstand und die Stabilität Europas liegen jenseits seiner Grenzen; sie reichen von geopolitischen Spannungen in der Nachbarschaft bis hin zum Einfluss neuer globaler Akteure auf die internationale Politik und die Weltwirtschaft.*“

Das Kunststück, das die Europäer in den kommenden Jahren demnach vollbringen müssen, liegt in der Herstellung einer europäischen Handlungsfähigkeit nach außen. Diese Aufgabe ist nicht neu, sie begleitet die europäische Einigungspolitik seit ihren Anfängen. Nur stellt sie sich jetzt auf dramatische Weise, weil ihr Rahmen heute und morgen nur noch global zu verstehen ist. Des Weiteren weist die Prognose der Studie auf Handlungsbedarf der EU hin: Wer in der multipolaren Welt bestehen will, muss sich Partner suchen, mit deren innerer Ordnung und weltpolitischen Zielen er weitgehend übereinstimmt. Hier bietet sich eine enge Kooperation zwischen Europa und den USA an. Denn es geht nicht nur darum, dass Europa und die USA Einfluss in der Welt verloren haben, sondern Asien an Einfluss gewonnen hat. Und das wird in absehbarer Zeit so bleiben.

## **Ergebnis**

Die EU hat im Binnen- und Außenverhältnis im Wesentlichen drei Aufgaben zu bewältigen:

- inneres Gleichgewicht herstellen und bewahren,
- Handlungsfähigkeit als globaler Akteur gewinnen,
- von den EU-Bürgern akzeptiert werden.

Denn „*der alte Kontinent ist nicht*“ - wie Günter Verheugen in seinem Erfahrungsbericht (2005) betont - „*zum Niedergang*

verurteilt“. Der langjährige EU-Kommissar ist vielmehr der Meinung, dass das 21. Jahrhundert durchaus noch ein europäisches Jahrhundert werden könne und „*Europa ein unabhängiger und selbstbewusst handelnder globaler Akteur, eine Weltmacht neuen Typs, wenn die Europäer es wollen und wenn sie endlich verstehen, dass sie ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen müssen*“. Voraussetzung für gemeinsames Handeln ist allerdings, dass die Einzelinteressen der Mitgliedstaaten mit einem europäischen Gesamtinteresse in Übereinstimmung gebracht werden können. Eine solche Zielsetzung ist nötig, wenn Europa zwischen den Kraftzentren des 21. Jahrhunderts nicht untergehen will. ■

## ANMERKUNGEN:

- 1) Vgl. Ludwig Dehio: Gleichgewicht oder Hegemonie. Krefeld 1948. Neuauflage Zürich 1996.
- 2) Kenneth Waltz: Structural Realism after the Cold War. In: International Security 25 (2000) 1, S.5-41.
- 3) Vgl. Eckart D. Stratenschulte (Hrsg.): Europas Außenpolitik. Die EU als globaler Akteur. Frankfurt/M. 2006.
- 4) Vgl. Lars Heweil: Hegemonie und Gleichgewicht in der europäischen Integration. Baden-Baden 2006.
- 5) Vgl. Peter-Christian Müller-Graff (Hrsg.): Die Rolle der erweiterten Europäischen Union in der Welt. Baden-Baden 2006.
- 6) Vgl. Paul Luif: Die Europäische Union als globaler Akteur. In: Peter Filzmaier/Eduard Fuchs (Hrsg.): Supermächte. Zentrale Akteure der Weltpolitik. Wien 2003, S.78-91.
- 7) Vgl. Grundriss der Geschichte (Bd. 2). Stuttgart 1984, S.375/376.
- 8) Vgl. Klaus Stüwe: Der Staatenbund als europäische Option. Förderative Entwicklungsperspektiven der Europäischen Union. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/99, S.22-31.
- 9) Vgl. Christian Starck: „Allgemeine Staatslehre in Zeiten der Europäischen Union.“ In: Göttinger Tageblatt, 1.4.2005, S.24.
- 10) Vgl. Krieg und Frieden. In: NZZ, Nr. 129, 6.6.2003, S.36.
- 11) Richard Coudenhove-Kalergi: „Paneuropa.“ (Wien 1923, Neuauflage München 1982) Vgl. hierzu auch Vanessa Conze: Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas. Gleichen/Zürich 2004.
- 12) Vgl. Der Spiegel, Nr. 2, 5.1.1998, S.28/29.
- 13) Vgl. Andreas Rödder: Coudenhove-Kalergi: Schlagwortwirkung. In: FAZ, Nr. 78, 5.4.2005, S.7.
- 14) Vgl. Helmut Schmidt: Die Mächte der Zukunft. Gewinner und Verlierer in der Welt von morgen. München 2004, S.123ff. u. 138ff.
- 15) Vgl. Heinz Brill: Rezension zu Helmut Schmidt. In: General-Anzeiger (Bonn), 21.3.2005, S.1.
- 16) Vgl. Elga Lehari: Brasilien, Russland, Indien und China (BRIC). In: Handelsblatt, Nr. 50, 10.3.2006, S.10.
- 17) Vgl. Klaus-Dieter Frankenberger: Aufsteiger. In: FAZ, Nr. 227, 29.9.2006, S.1.
- 18) Vgl. Günter Verheugen: Europa in der Krise. Köln 2005, S. 217 u. 229.
- 19) Vgl. Jochen Buchensteiner: Die Stunde der Asiaten. Wie Europa verdrängt wird, 2. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2005, S.177.
- 20) Vgl. Roman Kirt u.a. (Hrsg.): Kleinstaaten-Kontinent Europa. Baden-Baden 2001, S.30ff.
- 21) Vgl. Peter Münch: Kontinent der Kleinstaaten. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 118, 23.5.2006, S.4.
- 22) Friedrich List: Schriften, Reden, Briefe an Van Büren, 9.8.1830. Zitiert nach Erwin Hölzle: Russland und Amerika. München 1953, S.152f. u. 285.
- 23) Alexis de Tocqueville: De la démocratie en Amérique, Paris 1836, 4. Aufl., S.434f.
- 24) Ebd.
- 25) Friedrich Ratzel: Die Gesetze des räumlichen Wachstums der Staaten. In: Petermanns Mitteilungen. Hrsg. Von A. Supan, Bd. 42, Gotha 1896, S.97-107.
- 26) Friedrich Ratzel, ebd., S.106.
- 27) Friedrich Ratzel: Erdenmacht und Völkerschicksal. Stuttgart (1940), S.140.
- 28) Julius Fröbel: Die europäischen Ereignisse und die Weltpolitik. In: San Francisco Journal, 16.6.1855; abgedruckt in: ders., Kleine politische Schriften, Bd. 1, Stuttgart 1866, S. 50-56 (hier S.50f).
- 29) Vgl. Heinz Brill: Geopolitische Analysen. Bissendorf 2005, S.445.
- 30) Wilfried von Bredow: Turbulente Weltordnung. Stuttgart 1994, S.56.
- 31) Werner Weidenfeld: Europa - Weltmacht im Werden. In: Internationale Politik, 5/1995, S.17ff.
- 32) Vgl. Neun-Länder-Studie von TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, Berlin 2006.
- 33) Benita Ferrero-Waldner: Europa als globaler Akteur. In: Sicherheit und Stabilität, 1/2005, S.8.
- 34) Vgl. Ludger Kühnhardt: Die Europäische Union muss lernen, global zu denken. In: Rheinischer Merkur, Nr. 46, 12.11.1999, S.3.
- 35) Vgl. Klaus Schubert u.a.: EU als Akteur der Weltpolitik. Opladen 2000, S.282.
- 36) Vgl. Gordon Brown: Wir brauchen ein globales Europa. In: Handelsblatt, Nr. 204, 23.10.2003, S.11.
- 37) Vgl. Stefan Kornelius: Die überdehnte Union. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 208, 8.9.2004, S.4.
- 38) Vgl. Stephan Martens: Das erweiterte Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/2004, S.3-5.
- 39) Vgl. Stefan Kornelius: Die überdehnte Union, a.a.O.
- 40) Vgl. „Europa braucht stärkere Identität“. In: FAZ, Nr. 116, 19.5.2004, S.6.
- 41) Vgl. Ulrike Guérot: Europas neue Geostrategie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/2004, S.6-12.
- 42) Vgl. Werner Weidenfeld: Europa ist erschöpft. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 14, 19.1.2005, S.2.
- 43) Vgl. Joachim Fritz-Vannahme: „Sag niemals nie.“ In: Die Zeit, Nr. 41, 30.9.2004, S.4.
- 44) Vgl. Horst Bacia: Keine einfache Formel. Die Europäische Union denkt über ihre künftige Aufnahmefähigkeit nach. In: FAZ, Nr. 293, 16.12.2006, S.8.
- 45) Vgl. Michael Borgolte: Türkei ante portas. In: FAZ, Nr. 44, 21.2.2004, S.39.
- 46) Vgl. Borgolte, ebd.
- 47) Vgl. FAZ, Nr. 257, 4.11.2006, S.12.
- 48) Vgl. Fischer warnt vor EU als Freihandelszone. In: Die Welt, 21.6.2005, S.3.
- 49) Vgl. Stephan Martens: Das erweiterte Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/2004, S.3-5.
- 50) Herbert Kremp: Die Deutschen in der Welt. In: Die Welt, 6.9.2006, S.8.
- 51) Uwe Verkötter: Fremdes Europa. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 303, 30.12.2006, S.3.
- 52) Vgl. European Commission, Economic and financial Consequences of aging populations, in: European Economy Review (November 2002); vgl. Economist, Demography and the West vom 2.8.2002.
- 53) Vgl. Martin Winter: Vorraum zur EU. Pläne zur engeren Anbindung von Nichtmitgliedern. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 21, 21.6.2006, S.8.
- 54) Vgl. Helmut Schmidt: Bitte keinen Größenwahn. Ein Beitritt der Türkei würde die Europäische Union überfordern. In: Die Zeit, Nr. 49, 25.11.2004, S.3.
- 55) Vgl. Sarkozy will Mittelmeer-Union nach EU-Vorbild gründen. In: Die Welt, 9.2.2007, S.1.
- 56) Michaela Wiegel: Im Süden die Zukunft Europas. In: FAZ, Nr. 34, 9.2.2007, S.3.
- 57) Zitiert nach Benita Ferrero-Waldner: Europa als globaler Akteur. In: Sicherheit und Stabilität, 1/2005, S.8.
- 58) Vgl. Jochen Buchensteiner: Die Stunde der Asiaten, 2. Aufl., Reinbek bei Hamburg 2005, S.182ff.
- 59) Vgl. Heinz Brill: Die Reform des UNO-Sicherheitsrates und die Interessen der Mächte. In: ÖMZ, 5/2005, S.585f.
- 60) Vgl. Fehlen einer außenpolitischen Elite. In: Financial Times Deutschland, 28.7.2005, S.25.
- 61) Vgl. Klaus-Dieter Frankenberger: Eine Studie über die Politik des Jahres 2025. In: FAZ, Nr. 257, 4.11.2006, S.12.
- 62) Vgl. Michael Stürmer: Prognosen zur Weltlage 2025. In: Die Welt, 4.1.2007, S.7.

**Dr. disc. pol. Heinz Brill**

Geb. 1940; Politologe und freier Autor; 1958 Eintritt in die Bundeswehr (Luftwaffe); 1984 Oberstleutnant der Reserve; 1977 Promotion an der Universität Göttingen; 1975/76 u. 1980/81 Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg; 1978-1997 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr, zuletzt Wissenschaftlicher Direktor im Zentralen Forschungs- und Studienbereich; Lehrbeauftragter für deutsche und internationale Sicherheitspolitik an den Universitäten Göttingen (1977-1996), Köln (1991-2002) und Würzburg (2003-2004); zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt 2005 das Standardwerk „Geopolitische Analysen. Beiträge zur deutschen und internationalen Sicherheitspolitik“.



# Mehrheitsentscheidung - Europäische Armee - Gemeinsame Verteidigung

## Entwicklungstendenzen der ESVP

Jochen Rehr

Die ESVP steckt realpolitisch zwar noch in den Kinderschuhen; wenn man jedoch die Geschichte des europäischen Einigungswerkes betrachtet, so findet man schon zu Beginn Ansätze für die Integration des verteidigungspolitischen Gedankens in das „Europa der Zukunft“.<sup>1)</sup>



Bild nur im  
Heft verfügbar

Am 10. November 1997 wurden durch den Vertrag von Amsterdam u.a. die so genannten Petersberg-Aufgaben in den Vertrag der Europäischen Union übernommen (hier die Unterschriften der Signatäre von Luxemburg, der Niederlande, Österreichs und Portugals).

### Die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

Bereits 1954 versuchten die sechs Gründerstaaten<sup>2)</sup> der *Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS) neben einer Wirtschaftsgemeinschaft auch eine *Europäische Verteidigungsgemeinschaft* (EVG) zu schaffen. Dieser frühe ambitionierte Versuch scheiterte damals jedoch an einem Veto der französischen Nationalversammlung und wurde während der Fortdauer des Kalten Krieges nicht weiterverfolgt. Wie uns aber die europäische Geschichte lehrt, kehrt eine Idee, die einmal geäußert und von den Eliten für gut befunden wurde, immer wieder zurück - doch meist in kleinen Schritten (evolutionäre Entwicklung).

Der erste Schritt in diese Richtung erfolgte durch die Umsetzung des Davignon Berichts<sup>3)</sup> in eine *Europäische Politische Zusammenarbeit* (EPZ), die den Grundstein für die mit der Errichtung der EU im Jahr 1992 geschaffene *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik* (GASP) legte. In diese GASP integrierte man neben dem außen- und sicherheitspolitischen zugleich einen verteidigungs-

politischen Aspekt, den jedoch zu dieser Zeit die damals noch aktive *Westeuropäische Union* (WEU) abdecken sollte.

Erst durch den Zerfallprozess Jugoslawiens und die Machtlosigkeit der Europäer auf Grund fehlender Mittel und Fähigkeiten im Bereich des Krisenmanagements wurde klar, dass die EU über eigene „Werkzeuge“<sup>4)</sup> verfügen müsse, um Krisen und Konflikte zumindest im nahen Umfeld der EU selbstständig bewältigen zu können.<sup>5)</sup>

Die EU setzte sich mit dem Vertrag von Amsterdam im Jahr 1997 einen von der WEU übernommenen Aufgabenkatalog als Ziel, die so genannten Petersberg-Aufgaben.<sup>6)</sup> Um diese Aufgaben erfüllen zu können, verfolgte die EU im Gegensatz zu den bereits bestehenden Militärbündnissen NATO und WEU einen zivil-militärischen Ansatz. Dieser Ansatz macht auch die Ambitionen der EU im Bereich des Krisenmanagements einzigartig. Mit ihm bündelt die Union neben ihren gemeinsamen Politikbereichen der 1. Säule (*Wirtschafts- und Währungsunion* - WWU) auch die Krisenmanagementfähigkeiten der 2. Säule (GASP), die durch die EU-Mitgliedstaaten aufgebracht werden können, speziell bei Polizei-, Militär-, Justiz- und Verwaltungsmissionen.

Im Jahr 1999 wurden erste Fähigkeitsziele militärisch durch das *Helsinki Headline Goal*, 2003 und zivil durch den Gipfel von Feira formuliert.

Nachdem diese Ziele grobteils erreicht wurden, konnte die Union in der Zwischenzeit im zivilen (*Headline Goal* 2008) und im militärischen Bereich (*Headline Goal* 2010) neue Fähigkeitsziele festschreiben, um ihre ambitionierten strategischen Ziele umsetzen zu können, nämlich umfassend als weltweiter Akteur (*global player*) wahrgenommen zu werden.

### Grundlagen für die Entwicklungstendenzen

Seit Gründung der ESVP 1999 wurden verschiedenste Konzepte auf operationeller und strategischer Ebene implementiert, um diesem Politikbereich auch ein gewisses inhaltlich-konzeptives Gewicht zu verleihen. U.a. wurden im europäischen Institutionengeflecht neue zivile und militärische Strukturen geschaffen. Das wichtigste ESVP-Gremium ist das *Politische und Sicherheitspolitische Komitee* (PSK),<sup>7)</sup> das sich selbst auch gerne als „Sicherheitsrat der EU“ bezeichnet. Dieser Begriff scheint zwar derzeit noch etwas zu weitreichend, jedoch sollte es für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden, dass das PSK wirklich diese Rolle einnimmt.

Die wohl wichtigsten niedergeschriebenen Grundlagen für eine Einschätzung, in welche Richtung sich die EU sicherheits- und verteidigungspolitisch entwickeln könnte, bilden einerseits die 2003

verabschiedete *Europäische Sicherheitsstrategie* (ESS) und andererseits die politisch akkordierten Passagen des Vertragsentwurfes für eine Verfassung für Europa,<sup>8)</sup> die sich mit der GASP beschäftigen. Zusätzlich zu diesen beiden Dokumenten sollte speziell im militärischen Bereich die so genannte *Long-Term-Vision* Berücksichtigung finden, welche die Beschreibung der Entwicklung von Operationen in einem Zeitfenster bis 2030 zum Ziel hat. Neben den von der Union entwickelten Konzepten und Strategien sollte aber die derzeit noch am besten funktionierende transatlantische Sicherheitsorganisation nicht vergessen werden, nämlich die NATO. Diese wird - unabhängig davon, ob von allen EU-Mitgliedstaaten gewünscht oder nicht - zumindest mittelfristig die verteidigungspolitische Dimension der ESVP mitbestimmen, speziell wenn es um laufende oder zukünftige Operationen bzw. um die Entwicklung von militärischen Fähigkeiten samt dazugehöriger Standardfestsetzung und somit um Interoperabilität der Streitkräfte geht.



Am 29. Oktober 2004 wurde der „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ unterzeichnet. Durch das „Nein“ der Franzosen und Niederländer bei den jeweiligen Volksabstimmungen wurde der Ratifizierungsprozess blockiert (im Bild der damalige Bundeskanzler Wolfgang Schäuble und Außenministerin Ursula Plassnik bei der Unterzeichnung des Vertrages in Rom).

### Die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)

Nachdem der Hohe Repräsentant für Außenpolitik und Generalsekretär des Rates, Javier Solana, beim Europäischen Rat in Thessaloniki 2003 einen ersten Entwurf einer solchen Strategie vorgelegt hatte, wurde ein halbes Jahr später nach Befassung von verschiedenen Expertenrunden eine endgültige Sicherheitsstrategie angenommen. Diese dient seither als Basis für das langfristige Handeln der Union.<sup>9)</sup>

Die Strategie ist klassisch gegliedert und beschreibt die Bedrohungen und davon abgeleitet die zu verfolgenden Ziele. Die Conclusio aus diesem Papier ist die Forderung, dass die EU „*more coherent, more capable and more active*“ werden müsse.<sup>10)</sup>

Für die langfristige Entwicklung der ESVP lässt sich aus diesem Dokument schließen, dass die EU neben den anderen großen außenpolitischen Akteuren wie USA, Russische Föderation, China, Japan und Indien weltpolitisch offensiver bei ihrer Interessendurchsetzung auftreten wird und somit mehr in Streitigkeiten der o.a. „Spieler“ verwickelt werden könnte.<sup>11)</sup> Der große Vorteil der EU gegenüber den anderen Akteuren ist und bleibt aber weiterhin der multilaterale Ansatz zum Meistern von Herausforderungen.<sup>12)</sup>

### Vertrag über eine Verfassung für Europa

Am 29. Oktober 2004 unterzeichneten die Staats- und Regierungschefs der damals 15 EU-Mitgliedstaaten in Rom den Vertrag über eine Verfassung für Europa. Diesem Vertragsentwurf ging eine mehrjährige Regierungskonferenz voraus, an der sich alle EU-Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen beteiligten. Der Vertrag selbst ist noch nicht in Kraft, obwohl er schon von einer Mehrheit der EU-Mitglieder ratifiziert wurde.<sup>13)</sup> Die festgeschriebenen Neuerungen und Weiterentwicklungen der ESVP haben jedoch entweder bereits außerhalb des EU-Verfassungsvertrages durch politische Absichtserklärungen (z.B. Solidaritätsklausel im Fall „Terrorismus“<sup>14)</sup> oder durch eigene vertragliche Akte (z.B. die Gemeinsame Aktion zur Schaffung der „Europäischen Verteidigungsagentur“<sup>15)</sup>) Geltung erlangt. Für die anderen Teile kann noch immer angenommen werden, dass sie grundsätzlich außer Streit stehen.<sup>16)</sup> Insofern sind sie für die Beurteilung von Entwicklungstendenzen eine wichtige Grundlage.

- Zuerst wird durch Einfügung einer Beistandsgarantie die verteidigungspolitische Komponente auf eine neue Ebene gestellt. Erste Ansätze sind zwar schon im Vertrag von Maastricht erkennbar und wurden unverändert durch den Vertrag von Amsterdam übernommen, jedoch wurde in keinem der voran genannten Verträge in so klaren Worten der verpflichtende Beistand im Falle einer bewaffneten Aggression festgeschrieben.

- Weiters wird in einem angehängten Teil die ESVP-Dimension bei Anlassfällen wie Naturkatastrophen oder terroristischen Angriffen definiert. In der „Solidaritätsklausel“ sollen alle Mittel und Fähigkeiten, die den EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen, zur Abwehr und Beseitigung von derartigen Bedrohungen herangezogen werden können.

- Für ESVP-Operationen soll in Zukunft auch die Möglichkeit bestehen, dass einige EU-Mitgliedstaaten mit der Durchführung einer Operation betraut werden können. In dieselbe Richtung, nämlich einer gewissen Ausschließlichkeit, geht auch die „strukturierte Zusammenarbeit“, bei der EU-Mitgliedstaaten, die bestimmte Kriterien erfüllen, im Bereich der Verteidigung näher zusammenarbeiten können.

- Auch wenn es im neuen Reformvertrag keinen EU-Außenminister geben wird (dieser Posten war im Verfassungsvertrag vorgesehen, scheiterte aber am „Veto“ von Polen und Großbritannien, die keinen EU-Minister schaffen wollten), so wird die Funktion des EU-Außenbeauftragten aufgewertet und ein eigenes Diplomatisches Korps geschaffen.

- Die Aufgaben gemäß Art. 17 Abs. 2 EU-V Nizza wurden ergänzt und umfassen nun auch gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen, Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung, Aufgaben der Konfliktverhütung, Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten, Bekämpfung des Terrorismus sowie Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus auf ihrem Hoheitsgebiet. Der Begriff „Petersberg-Plus-Aufgaben“ bzw. „erweitertes Petersberg-Spektrum“ wird in diesem Vertragswerk nicht erwähnt. Wenn man nun dieses neue umfassende Aufgabenfeld ansieht, fällt der Bezug zu Petersberg sehr schwer. Ein Festhalten am Begriff „Petersberg-Aufgaben“ bzw. eine Weiterentwicklung des Begriffs in „Petersberg-Plus“ ist weder sachlich gerechtfertigt noch von EU-Seite erwünscht (bereits in alten Dokumenten wurden die „Petersberg-Aufgaben“ mit „Art. 17-Aufgaben“ umschrieben).

Insofern sollte sich der Begriff „ESVP-“ bzw. „GSVP-Aufgaben“ etablieren.

### Die Long-Term-Vision (LTV)

Durch die Errichtung der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA) zur Förderung der Fähigkeitsentwicklung in der EU wurde u.a. die Notwendigkeit erkannt, einen langfristigen Plan zu entwickeln, um rüstungspolitische Entscheidungen der Gegenwart auch als richtige Entscheidung der Zukunft betrachten zu können.<sup>17)</sup> Diese langfristige Perspektive wurde in der so genannten *Initial Long-Term-Vision for European Defence Capability and Capacity Needs*<sup>18)</sup> niedergelegt. An der Erarbeitung dieses Dokuments arbeiteten verschiedene *Think Tanks* wie z.B. das EU-Institut für Sicherheitsstudien in Paris (EU-ISS),<sup>19)</sup> EU-Gremien wie z.B. das EU-Militärkomitee und EU-Agenturen, wie z.B. die EVA, mit.

Das fertige Werk beschreibt die Umwelt/das Umfeld in ca. 20 Jahren und davon abgeleitet die möglichen militärischen Betätigungsfelder. Die Erkenntnisse daraus sollen wiederum die Basis für die heutige Streitkräfte- bzw. Fähigkeitsentwicklung darstellen.

Die Kernaussagen der *Long-Term-Vision* sind, dass sich die Streitkräfte auf Grund des weiterentwickelten Verhältnisses zwischen Politik/Militär/Medien anzupassen haben, dass die weiter voranschreitende „technologische Revolution“ u.a. auf den Gebieten der Mikroelektronik sowie der Kommunikation die Streitkräfte vor neue Herausforderungen stellen wird und dass die zukünftigen ESVP-Operationen fordernder werden. Deshalb sind folgende Charakteristika für die Streitkräfte der Zukunft ausschlaggebend: Synergie zwischen zivilen und militärischen Akteuren,<sup>20)</sup> schnelle Reaktionszeit und Wendigkeit (Anpassungsfähigkeit), Auswahlmöglichkeit für verschiedene Lösungsansätze sowie die Möglichkeit, über längere Dauer Truppen im Ausland versorgen zu können.

Die in der *Long-Term-Vision* festgestellten Entwicklungsmöglichkeiten bieten aber auch eine Handhabe für die Betrachtung der langfristigen Entwicklungstendenz der ESVP-Grundlagen, um die strukturellen und inhaltlich notwendigen Adaptierungen vornehmen zu können. Die Schwierigkeit dieses Unterfangens ist es, zwischen dem Sinnvollen und dem realistisch Umsetzbaren zu unterscheiden. Idealtypisch sollte sich das Sinnvolle mit dem realistisch Umsetzbaren decken. Dass dies nicht so ist, muss der Abhängigkeit der Politiker von den Legislaturperioden und somit der Wählbarkeit ihrer Standpunkte zugeschrieben werden. Insbesondere das Gebiet der Sicherheits- und im Speziellen der Verteidigungspolitik war von jeher ein Spannungsverhältnis zwischen Populismus und staatstragender Verantwortung. Ein Ausweg aus dem Dilemma wäre ein breiter Konsens in diesem Politikfeld, wo Notwendiges ohne viel Aufsehen einfach erledigt wird.

### Das Verhältnis EU/NATO

Bereits vor Etablierung der ESVP versuchte man das Verhältnis mit der NATO zu klären, um einerseits nicht den wichtigsten transatlantischen Partner, die USA, vor den Kopf zu stoßen und andererseits das angespannte Verhältnis zwischen Griechenland und der Türkei nicht noch weiter auszureizen. Ebenso sollte die delikate politische Position von Frankreich gegenüber der NATO respektiert werden.

Das grüne Licht der USA zur Gründung einer eigenen ESVP umschrieb die damalige US-Außenministerin Madeleine Albright mit ihrem legendären 3-D-Ausspruch:<sup>21)</sup> kein Abkoppeln Europas von den USA (*decouple*), keine Duplizierung von Strukturen (*duplicate*) und keine Diskriminierung von Nicht-EU-Mitgliedern der NATO (*discriminate*).

Die Positivierung des EU-NATO-Verhältnisses brauchte jedoch trotz Berücksichtigung der o.a. Aspekte weitere zwei Jahre, bis ein Minimalkompromiss für die gegenseitige Unterstützung bei der Durchführung von Operationen gefunden werden konnte. Die rechtliche Basis für die Zusammenarbeit der beiden Organisationen wird durch den Begriff „Berlin-Plus-Vereinbarung“ umschrieben, was faktisch ein Briefwechsel der beiden Generalsekretäre war. Dieser Begriff stammt noch aus der Zeit der WEU, als nämlich dieser Organisation ein Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO erlaubt wurde. Mit der Berlin-Plus-Vereinbarung kann nun auch die EU auf diese Mittel und Fähigkeiten der NATO zugreifen, insbesondere auf Planungs- und Führungskapazitäten.



Multinationale Kooperationen können als Zwischenschritt zu einer „gemeinsamen Verteidigung“ verstanden werden (im Bild die Unterzeichnung eines *Memorandum of Understanding/MoU* für eine multinationale EU-Battle Group durch die Verteidigungsminister von Deutschland, Lettland, Litauen, Polen und der Slowakei).

Die politische Zusammenarbeit der beiden Organisationen funktioniert nur sehr schleppend, wobei selbst diese Ausdrucksweise optimistisch formuliert ist. Das PSK der EU trifft sich regelmäßig mit dem politischen Gegengewicht der NATO, dem Nordatlantikat, und ebenso finden regelmäßige Treffen der beiden Militärkomitees statt, wobei beide Treffensformate inhaltlich meist wenig Substanz aufweisen. Schuld an dieser Pattsituation haben mehrere Faktoren. Zwei davon betreffen sowohl das Verhältnis Türkei versus Griechenland/Zypern als auch die Rolle Frankreichs in der NATO, da die „Grande Nation“ der NATO eine rein militärische Rolle (und nicht mehr) im Bereich des Krisenmanagements zubilligen will, die anderen Nationen aber eine Ausweitung des Aufgabenbereiches begrüßen würden.

### Die rechtliche Einordnung der ESVP

Die ESVP ist in der zweiten Säule, nämlich der GASP, angesiedelt und somit zwischenstaatlich organisiert. Dieses virtuell geschaffene Säulenkonstrukt der EU soll durch den neu-



en Reformvertrag abgeschafft werden, was aber vorerst keine Auswirkungen auf die Einstimmigkeit im Bereich der GASP haben wird.

Die Beschlüsse der GASP umfassen insbesondere Gemeinsame Standpunkte, Gemeinsame Maßnahmen und Gemeinsame Aktionen. Die dem sekundären Unionsrecht<sup>22)</sup> angehörenden Rechtsinstrumente verpflichten nur die Mitgliedstaaten der EU und nicht die Union an sich. Sie sind insofern Ausdruck des intergouvernementalen, also zwischenstaatlichen Charakters der GASP/ESVP und sind mangels einer entsprechenden Kompetenz der Union kein supranationales Recht, wobei der völkerrechtlich verbindliche Charakter trotzdem erhalten bleibt.

Die wesentlichen Entscheidungen werden im Rat der EU getroffen. Grundsätzlich gibt es nur einen Rat, aber auf Grund der sachspezifischen Themen tritt der Rat in verschiedenen Formationen zusammen. In den 90er-Jahren gab es 22 Ratsformationen; ihre Zahl wurde im Juni 2000 auf 16 und im Juni 2002 auf 9 verringert.<sup>23)</sup> Wenn man den Verteidigungsministern eine hervorgehobene Stellung in diesem System zuerkennen möchte, sollte die Ratsformation „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen (einschließlich ESVP und Entwicklungszusammenarbeit)“ dazu genutzt werden, um zumindest einmal pro Ratspräsidentschaft einen RAA/AB ohne Außenminister abzuhalten. Die Schlussfolgerungen dieser Ratstagung, die dann nur von den Verteidigungsministern beschickt werden würde, könnten sich demzufolge zu 100% der verteidigungspolitischen Dimension der ESVP widmen.

ESVP-Operationen werden grundsätzlich durch Annahme einer Gemeinsamen Aktion (*Joint Action*) initiiert. Die Annahme erfolgt durch den Rat der EU („Ministerrat“), wobei jede Ratsformation „annahmefähig“ ist, weil es eben nur einen Rat der EU gibt. So wurde z.B. die ESVP-Operation *Artemis* im Kongo nicht durch die Außen- oder Verteidigungsminister beschlossen, sondern im Rahmen der Ratsformation „Justiz und Inneres“ in Luxemburg.<sup>24)</sup> Welche Ratsformation schlussendlich die Entscheidung trifft, wird im Rechtsdokument selbst nicht ausgeführt.

Der Rat beschließt mit den Stimmen der Minister. Je nachdem, welches Abstimmungsverfahren im Vertrag festgeschrieben ist, unterscheidet man drei Arten:

- (a) die einfache Mehrheit (für Verfahrensbeschlüsse),
- (b) die qualifizierte Mehrheit (ein System mit Stimmenwägung nach der Bevölkerungszahl der Mitgliedstaaten für eine Vielzahl von Beschlüssen in den Bereichen Binnenmarkt, Wirtschaft und Handel) und
- (c) die Einstimmigkeit (für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung, justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit und Steuern). Zur leichteren Durchsetzung von Aktionen wurde das Einstimmigkeitsprinzip der GASP durch das Modell der „konstruktiven Enthaltung“ erweitert. Jeder Staat kann, wenn nationale Interessen entgegenstehen, sich bei der Abstimmung konstruktiv enthalten. Dieses Abstimmungsverhalten hat als Konsequenz, dass die GASP-Abstimmung ohne Gegenstimme, also einstimmig, erfolgt und bei einer zivilen Mission diese in weiterer Folge durch das GASP-Budget bedeckt werden kann.

## Entwicklungstendenzen

Unter Zugrundelegung der o.a. Basisdokumente und des Verhältnisses von EU und NATO können nun folgende mittel- bis langfristige Entwicklungstendenzen der ESVP festgestellt werden. Den u.a. skizzierten Entwicklungstendenzen werden folgende drei Grundannahmen vorangestellt.

1. Als Basis der Überlegungen kann angenommen werden, dass in Zukunft keine rein militärischen oder rein zivilen Operationen durchgeführt werden, sondern dass es von Anfang an einen gemeinsamen zivil-militärischen Ansatz geben wird (siehe hiezu auch die Überlegungen zur zivil-militärischen Interaktion - CMCO). Diesem Aspekt wurde vorerst durch Schaffung der *CivMil-Cell* im EU-Militärstab<sup>25)</sup> Rechnung getragen.



Die EU verfolgt einen umfassenden Krisenmanagementansatz. Im Kongo führte dieser Ansatz dazu, dass drei ESVP-Operationen zeitgleich durchgeführt wurden, nämlich eine Polizeimission, eine *Security-Sector-Reform*-Mission und eine militärische Operation (im Bild deutsche Truppen im Rahmen von EUFOR RD CONGO).

2. Die zweite Annahme ist, dass die nationalen monetären Verteidigungsanstrengungen nicht steigen werden. Auf Grund des Anspruchs der EU, global tätig sein zu wollen und das Leben eigener Soldaten bestmöglich zu schützen, kann angenommen werden, dass die ESVP-Operationen fordernder (große Distanz zu Europa, schwierige Verhältnisse im Operationsgebiet), schwieriger (im Sinne von Entscheidungsfindung, insbesondere durch schnelle Reaktionszeiten) und teurer (z.B. strategischer Transportraum, sichere Kommunikationswege) werden.

3. Die dritte Annahme ist, dass die Zivilgesellschaft der EU-Mitgliedstaaten immer kritischer gegenüber reinen Militäreinsätzen eingestellt ist und den Begriff Sicherheit vor den Begriff Verteidigung stellt. Das soll heißen, dass die Notwendigkeit, im Ernstfall nicht nur willig, sondern auch in der Lage zu sein, sein Territorium zu verteidigen und seine Interessen mit Waffengewalt durchzusetzen, immer weniger in den Köpfen der Europäer verankert ist.

## Von Zwischenstaatlichkeit in Richtung Supranationalität

Derzeit ist die GASP/ESVP in einem zwischenstaatlichen Modell geregelt, sprich der EU-Mitgliedstaat kann bis zuletzt entscheiden, ob eine Operation stattfindet oder nicht und falls eine Operation

stattfindet, ob er sich daran beteiligt oder nicht und falls er sich nicht mit Truppen daran beteiligt, ob er zu den Kosten beiträgt oder nicht (konstruktive Enthaltung mit formeller Erklärung).

Der Vorteil dieser Art von Politik ist es, dass die Entscheidung auf dem Grundsatz der Einstimmigkeit beruht und somit auch ein starkes politisches Signal an die Konfliktparteien sendet. In Frage zu stellen ist, ob das zwischenstaatliche Modell die o.a. Anforderungen bei der Durchführung von ESVP-Operationen bewältigen kann. Eine rasche Entscheidung zu einem Einsatz ist nicht so sehr auf Grund der langwierigen Krisenmanagementverfahren innerhalb der EU schwierig zu bewerkstelligen, sondern vielmehr auf Grund der schleppenden Prozesse in den Hauptstädten, sofern nicht ein klarer politischer Wille formuliert ist.

In diesem Zusammenhang hat der EU-Verfassungsvertrag die Möglichkeit geschaffen, eine bestimmte Staatengruppe mit der Durchführung einer Operation zu betrauen. Am Prinzip der Einstimmigkeit wurde jedoch auch hier nicht gerüttelt.

Umso interessanter sind Überlegungen, in der zweiten Säule auf Mehrheitsentscheidungen zu drängen. Dem Vorteil der rascheren Entscheidungsfindung steht der Nachteil entgegen, dass es unter Umständen vorkommen kann, dass zwar die EU-Mitgliedstaaten einen Mehrheitsbeschluss zur Durchführung einer Operation fällen, aber im Nachhinein feststellen müssen, dass ihnen die Kapazitäten fehlen. Allerdings wirkt dieses Beispiel eher theoretisch, weil die Entscheidung, egal ob einstimmig oder mehrheitlich, zuvor in informellen Zusammenkünften besprochen wird, um eine derartige Situation zu vermeiden. Die Sinnhaftigkeit von Mehrheitsentscheidungen, insbesondere bei militärischen ESVP-Einsätzen, ist demzufolge nur gegeben, wenn die EU über Schlüsselkapazitäten wie z.B. strategischen Transportraum verfügt. Denn die Abhängigkeit von bestimmten EU-Mitgliedstaaten wegen Schlüsselfähigkeiten würde diesen Staaten eine De-facto-Vetoposition verschaffen und am grundsätzlichen Gleichheitsprinzip der EU rütteln. Tatsache bleibt aber auch, dass es bei Mehrheitsentscheidung nicht nur Staaten gibt, die sich vielleicht enthalten, sondern auch Partner offen gegen die Durchführung einer Mission auftreten, jedoch nach einer Abstimmungsniederlage gezwungen sind, sich zumindest politisch an einer „nicht gewollten“ Operation zu beteiligen.

Die Frage, ob Mehrheitsbeschlüsse sinnvoll im Rahmen der GASP/ESVP eingesetzt werden können, hängt auch eng damit zusammen, welche Kompetenzen die EU-Mitgliedstaaten nach Brüssel abgeben wollen, ob sich EU-Mitgliedstaaten auch gegen deren Willen an ESVP-Operationen mit Truppen beteiligen müssen (z.B. Einsatz einer *Battle Group*) und ob die EU über eigene Fähigkeiten verfügen soll, die relativ unbürokratisch zum Einsatz gebracht werden können. Will man weiterhin am zwischenstaatlichen Charakter festhalten und die militärischen Fähigkeiten der EU einzig über nationale Beiträge definieren, so müssten möglichst rasch die Verteidigungsbudgets aller EU-Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Frankreich und Großbritannien, angehoben werden.<sup>26)</sup>

An die Frage der Mehrheitsentscheidungen knüpft sich demzufolge auch die Frage, ob sich der militärische Arm der ESVP in Richtung einer Europäischen Armee weiterentwickeln soll. Kurz- bis mittelfristig kann die Schaffung einer Europäischen Armee auf Grund von nationalen Überlegungen ausgeschlossen werden, wobei langfristig die Anzeichen durchaus in diese Richtung deuten. Es kann davon ausgegangen werden, dass teure Fähigkeiten, die der EU nicht im ausreichenden Maß oder überhaupt nicht zur Verfügung stehen, gemeinsam angeschafft werden (im Rahmen von FRONTEX<sup>27)</sup> wird z.B. überlegt, gemeinsam Boote für die Grenzüberwachung

anzuschaffen, im Rahmen der NATO gibt es bereits gemeinsam angeschaffte und betriebene AWACS-Flugzeuge). Die gemeinsame Lösung des strategischen Lufttransports wird durch SALIS<sup>28)</sup> und die C17-Initiative innerhalb der NATO nicht nur angedacht, sondern bereits umgesetzt. Einzelstaatliche Lösungen zur Minderung eines Fähigkeitsmangels gibt es nur mehr im beschränkten Umfang.

Die Steigerung von EU-Kompetenzen im Bereich der GASP wird auch durch den Ausbau der Kommissionsvertretungen zu richtigen EU-Botschaften visualisiert (die EU-Kommission erarbeitet derzeit ein Papier, wie die diesbezüglichen Vorgaben des Europäischen Rates umgesetzt werden können).

National gesehen kann es aus militärischen Überlegungen nur zu einer Unterstützung von einem Mehr an EU-Kompetenzen im Bereich des Krisenmanagements auch unter bewusster Inkaufnahme und Zurückdrängung der nationalen Souveränität kommen. Die zukünftigen Herausforderungen sind durch die beschränkten budgetären Vorgaben nur schwierig - wenn überhaupt - zu erfüllen.

Ebenso wäre eine Verlagerung von Kompetenzen nach Brüssel bei dadurch erzwungener Aufgabe nationaler Restriktionen (z.B. Neutralität) für ein effektives globales Krisenmanagement der EU förderlich. Die Kostenfrage für das Militär an sich, aber auch bei ESVP-Operationen, würde sich zwar nur auf den ersten Blick abschwächen (Argument: „Brüssel zahlt“), wäre aber wahrscheinlich trotzdem national leichter zu argumentieren (Argument: „Wir müssen mitmachen“).

### Die EU und das transatlantische Verhältnis

Je nachdem, in welche Richtung die Entwicklung der NATO gehen wird, kann sie einerseits in Konkurrenz zur EU treten und ebenso wie diese den umfassenden Ansatz im Krisenmanagement verfolgen, was zur Folge hätte, dass wichtige Fähigkeiten der EU durch die NATO aufgesaugt werden könnten. Andererseits besteht auch die Möglichkeit, dass die NATO langfristig in die Bedeutungslosigkeit verschwindet, da sie auf Grund der schwierigen und damit langwierigen Entscheidungsfindungsprozesse von den wichtigen NATO-Mitgliedstaaten keine Aufgaben mehr übertragen bekommt.<sup>29)</sup>

Unabhängig davon, welchen Weg die NATO einschlagen wird, bleibt die Bedeutung und Notwendigkeit einer engen transatlantischen Zusammenarbeit bestehen. Sowohl die beiden nordamerikanischen Staaten als auch die EU-Mitgliedstaaten teilen ihre auf Demokratie und Menschenrechte beruhenden Werte und können somit getrost als Wertegemeinschaft angesehen werden.<sup>30)</sup>

Im Gegensatz dazu kann ein Verhältnis zwischen zwei Organisationen, die im selben Politikbereich tätig sind, grundsätzlich nicht friktionsfrei verlaufen. Es wäre jedoch an der Zeit, über Alternativen nachzudenken, ohne dabei gut etablierte Prozeduren und Mechanismen aufzugeben. Die NATO wird so lange eine Rolle spielen, als die USA gewillt sind, ihre europäische Sicherheitspolitik auf diese Organisation abzustützen. Nichtsdestotrotz bleibt die Frage, inwieweit die USA bereit sind, auch weiterhin bei militärischen Operationen auf ihre NATO-Partner zu vertrauen und sich damit einem langen und schwierigen Entscheidungsfindungsprozess auszusetzen. Die USA haben in den vergangenen Operationen schon mehrfach gezeigt, dass für rasche Entscheidungen die Suche nach einer *coalition of the willing* schneller und effizienter ist. Dabei haben sie aber auch in Kauf genommen, dass die NATO an Glaubwürdigkeit verliert (siehe Afghanistan-Einsatz).<sup>31)</sup> Ob sich die NATO langfristig als „Aufräumkommando“ für US-Operationen heranziehen lassen wird, bleibt zu bezweifeln, da zusätzlich die in diesem Fall wich-

tigen zivilen Komponenten des Krisenmanagements in der NATO nahezu vollends fehlen.

Auf Grund obiger Überlegungen wäre es durchaus sinnvoll, über direkte Verbindungen zwischen der EU und den nordamerikanischen Staaten nachzudenken. Die Vorteile dieser Direktkommunikation lägen klar auf der Hand. Man könnte verkrustete Konflikte, die derzeit das Verhältnis EU-NATO belasten, aussparen und somit wirklich inhaltliche Gespräche führen, und die USA hätten endlich den von ihnen selbst lange geforderten Gesprächspartner. Ob sich die USA jedoch auf diese Konstellation, mit einem ebenbürtigen Gegenüber verhandeln zu müssen, einlassen werden, bleibt fraglich. Derzeit bevorzugen sie noch immer die bilaterale Politik mit einzelnen EU-Mitgliedstaaten gegenüber einem ausgeglichenen EU-US-Verhältnis (siehe z.B. das US-Vorgehen im Fall des Raketenabwehrschirms mit Tschechien und Polen). Leider treffen sie dabei auch auf EU-Staaten, die sich gerne in die Rolle des „besonderen Partners der USA“ begeben.



Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen/FRONTEX ist im Bereich Grenzschutz für die Koordinierung einzelstaatlicher Aktionen zur Durchführung von Gemeinschaftsmaßnahmen an den Außengrenzen zuständig.

## Ausgewählte Problemfelder

### Mehrheitsentscheidungen

Die Zwischenstaatlichkeit und somit auch das Politikfeld der GASP basieren auf dem Einstimmigkeitsprinzip. Der Vorteil dieses Prinzips ist es, dass jede Handlung von allen Mitgliedstaaten mitgetragen und somit ein starkes außenpolitisches Signal an Drittstaaten gesendet wird. Der Nachteil liegt ebenso klar auf der Hand, nämlich dass es zu keiner Entscheidung kommt, sofern nur ein Mitgliedstaat mit Nein stimmt.

Der EU wurde und wird immer wieder vorgeworfen, bei wichtigen Entscheidungen - wenn überhaupt - zu spät zu kommen. Manchmal vermisst man die europäische Position komplett. Diese Stärke und gleichzeitig Schwäche der Union bringt die Forderung, auch bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen (wie im Übrigen bereits bei wirtschaftspolitischen und allen anderen Fragen der 1. Säule etabliert) mit Mehrheitsentscheidungen zu arbeiten. Als erster Schritt in diese Richtung kann die Einführung der „konstruktiven Enthaltung“ angesehen werden. Die Forderung nach einer Mehrheitsentscheidung geht jedoch noch einen Schritt weiter, denn bei dieser Entscheidungsform könnte sich der überstimmte Staat bei

der Umsetzung nicht mehr herausnehmen, sondern müsste den Beschluss mit allen Konsequenzen mittragen.

Das Einstimmigkeitsprinzip im Bereich der GASP ist bereits jetzt durchlöchert und wird aller Voraussicht nach durch die globale Zuständigkeit der EU als Sicherheitsakteur weiter zurückgedrängt werden. In diesem Zusammenhang werden auch die Auswirkungen der Strukturierten Zusammenarbeit und die Durchführung einer ESVP-Operation durch bestimmte Staaten eine Rolle spielen.

Erste Felder im Bereich der GASP, die mit Mehrheitsentscheidung arbeiten, wurden in der EVA und im *Europäischen Sicherheits- und Verteidigungskolleg* (ESVK/ESDC) eingeführt. Doch auch andere Bereiche, in denen es um besonders rasche Entscheidungsfindungen geht, könnten in absehbarer Zeit folgen. So könnten z.B. Einsätze der EU *Battle Groups* auf Mehrheitsentscheidung basieren. In diesem Fall müsste man aber der *Battle Group* stellenden Nation ein spezielles Votum zubilligen. Diese Mehrheitsentscheidung könnte z.B. so aussehen, dass im Vorfeld bestimmte Kriterien geschaffen werden, die bei Erfüllung eine Mehrheitsentscheidung ermöglichen. Diese vorbestimmten Kriterien könnten u.a. ein vorhandenes UNO-Mandat und/oder Einsatz in einem auf der „EU-Watch-List“ befindlichen Land sein.

### Europäische Armee

Die Diskussion zur Schaffung einer Europäischen Armee (EA) erfuhr durch die „Berliner Erklärung“ anlässlich der 50-Jahr-Feier der Römischen Verträge eine Renaissance. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat am Rande dieser Feierlichkeiten während der deutschen Ratspräsidentschaft angemerkt, dass das langfristige Ziel der Union auch diesen Aspekt umfassen müsse.<sup>32)</sup>

Bevor jedoch der Schritt in Richtung „gemeinsame Verteidigung“<sup>33)</sup> gemacht werden kann, müssen etliche Vorbedingungen erfüllt werden. U.a. müssten die Verteidigungsminister im Rahmen des Rates der EU besser positioniert werden. Genauso müsste ein Verteidigungsausschuss im Europäischen Parlament eingerichtet werden, um die demokratische Kontrolle sicherstellen zu können. Im Bereich der Ausbildung sollten die Militärakademien vereinheitlicht, eventuell sogar zusammengeführt werden.

Für die höhere Offiziersausbildung wäre die Schaffung einer eigenen europäischen Militäruniversität anzudenken. Nationale Restriktionen - wie z.B. die strikte Trennung von Polizei- und Heeresaufgaben - wären aufzulösen und die dienstrechtlichen Besonderheiten der jeweiligen Staaten anzugleichen.<sup>34)</sup>

Trotz all dieser meist schwierig umzusetzenden Vorgaben hat der Gedanke, anstelle von 27 nationalen Armeen eine einzige europäische Armee zu haben, nicht nur Charme, sondern macht auch doppelt Sinn, nämlich erstens unter dem haushaltsrechtlichen Aspekt und zweitens unter Berücksichtigung der zukünftigen Herausforderungen bei ESVP-Operationen (schwieriger, fordernder, teurer).<sup>35)</sup> Derzeit verfügen die EU-Mitgliedstaaten zusammen genommen über sehr teure, aber nicht unbedingt schlagkräftige Armeen. Ein weiteres Argument, das für die Schaffung einer EA sprechen würde, wäre der beschleunigende Faktor für den europäischen Integrationsgedanken.<sup>36)</sup>

Um der Idee einer EA auch ein Bild zu geben, wäre folgender Aufbau denkbar. Die europäischen Streitkräfte könnten über zwei Standbeine verfügen. Das erste Standbein wäre für die Erfüllung aller Aufgaben gemäß dem umfassenden GSVP-Aufgabenspektrum verantwortlich. Die Gliederung hätte sich streng an die durch die



*Headline Goal Task Force* (HTF), eine dem EUMC angehängte Ratsarbeitsgruppe mit der Aufgabe der Streitkräfteplanung, erarbeiteten Ziele zu halten. Das zweite Standbein sollte sich aus einer Art „technischem Hilfswerk“ und einer Form der „European Gendarmerie Force“ zusammensetzen. Diese Elemente sollten vorwiegend zur Erfüllung der Aufgaben gemäß der Solidaritätsklausel herangezogen werden.

Beide Standbeine wären für die Aufgaben, die durch die Aktivierung der Beistandsgarantie aktualisiert werden können, auszubilden und heranzuziehen. Es könnte auch die Möglichkeit eröffnet werden, Reservekomponenten (ehemalige EA-Angehörige) in das System zu integrieren.

Grundsätzlich würde dieses Modell mehr als eine Halbierung der derzeitigen Personalstärke (aktuell verfügen die 27 EU-Mitgliedstaaten über rund zwei Mio. Soldaten) ermöglichen und insgesamt auch zu einer Kürzung der Verwaltungsausgaben führen. Falls ein Rekrutierungsmangel entstehen sollte, könnte der Dienst in der EA auch für Nicht-EU-Staatsangehörige geöffnet werden. Diesen Nicht-EU-Staatsangehörigen könnte, ähnlich wie es bereits in der französischen Fremdenlegion oder in den USA<sup>37)</sup> üblich ist, nach einer bestimmten Verpflichtungsdauer als Anerkennung ihrer Leistungen die Unionsbürgerschaft zuerkannt bzw. das Einbürgerungsverfahren erleichtert werden.

Trotz der Vision einer EA bleibt die Grundvoraussetzung zur Umsetzung dieses Gedankens eine umfassende und implementierte GASP, also ein Hintanstellen von nationalen Befindlichkeiten gegenüber gemeinschaftlichen Bestrebungen. Auch wenn die Idee einer EA kurz- bis mittelfristig nicht zu realisieren scheint, so wird der Gedanke immer wieder aufkommen und getreu dem Motto „steter Tropfen höhlt den Stein“ langfristig auch umgesetzt werden können, vorausgesetzt, der europäische Integrationsprozess hält an.<sup>38)</sup>

Bis es allerdings soweit sein wird, hat insbesondere ein bündnisfreier und noch viel mehr ein neutraler Staat die Verpflichtung, seinen Beitrag zur europäischen Sicherheit selbst aufzubringen. Deshalb sind die Überlegungen, Österreich könne sich auf „Nischenkapazitäten“ spezialisieren oder im Bereich Verteidigung könnte es zu einer „internationalen Arbeitsteilung“ kommen, für Österreich nicht anwendbar. Für das bündnisfreie und neutrale Österreich bedeutet seine sicherheitspolitische Sonderstellung die Aufrechterhaltung einer militärischen Komponente mit allen notwendigen Fähigkeiten, solange noch keine gemeinsame europäische Verteidigung implementiert ist.

### Beistandsgarantie und Solidaritätsklausel

Einen Meilenstein in der Entwicklung der sicherheits- und verteidigungspolitischen Komponente des europäischen Einigungswerkes stellt die Aufnahme einer Beistandsgarantie und einer Solidaritätsklausel in den Verfassungsvertrag (= Entwurf für einen Verfassungsvertrag für Europa) dar. Denn dadurch wurden die ersten Ideen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) bzw. die seit Maastricht festgeschriebene Schaffung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und gemeinsamen Verteidigung „umgesetzt“, ohne jedoch den zwischenstaatlichen Charakter aufzuheben und somit wirklich eine Vergemeinschaftung zuzulassen, aber trotzdem die Evolution zu einem potenziellen supranationalen Politikfeld der Zukunft zu fördern.<sup>39)</sup>

### Die Beistandsgarantie

Die Beistandsgarantie war ursprünglich als ein Ausfluss der verstärkten Zusammenarbeit in der zwischenstaatlichen Ausformung gedacht. Der Sinn hinter dieser Klausel war die Umsetzung des Solidaritätsgedankens im Unionsvertrag, dem sich alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtet fühlen sollten, denn der Angriff auf einen Staat und somit auf die Souveränität eines Unionspartners kann von den anderen nicht tatenlos hingenommen werden, wobei durch einen Angriff nicht nur die territoriale Integrität eines EU-Mitgliedstaates in Frage gestellt werden würde, sondern zusätzlich auch die den Unionspartnern gemeinsamen Werte. Das Leitbild für die Beistandsgarantie war demzufolge, für diese Werte solidarisch einzustehen.

Beispiele für diese Beistandsklausel finden sich mannigfaltig in der europäischen Geschichte. In diesem Zusammenhang soll nur kurz auf die Art. 5 NATO-Vertrag und Art. V WEU-Vertrag verwiesen werden. Nichtsdestotrotz haben es die EU-Staaten geschafft, eine Beistandsgarantie zu schaffen, die sich inhaltlich von den o.a. vergleichbaren Artikeln merklich unterscheidet. Sowohl der Anlassfall als auch der zu gewährende Beistand bzw. der geografische Anwendungsbereich sind im EU-Verfassungsvertrag umfassender formuliert als in den bekannten und zitierten Militärbündnissen.



Bild nur im  
Heft verfügbar

Die EU-Battle Groups sollen die EU in die Lage versetzen, innerhalb von wenigen Tagen auf Krisen entsprechend reagieren zu können. Vorerst bis 2012 kann die EU pro Halbjahr auf zwei nationale, bilaterale oder multinationale Gefechtsverbände zugreifen.

Der Anlassfall ist die Aggression, also ein völkerrechtlicher Begriff, der sich doch beträchtlich von den bislang in Beistandsgarantien und auch im Art. 51 UNO-Satzung verwendeten Begriff des Angriffes unterscheidet. Denn der Begriff Aggression inkludiert neben allen Varianten des Angriffs auch noch darüber hinausgehende Aktivitäten, wie z.B. die Blockade von Häfen oder eben auch die Unterstützung von terroristischen Gruppierungen.

Der Beistand muss, ohne auf besondere Gegebenheiten oder Einschränkungen Bedacht zu nehmen, umfassend und zielgerichtet geleistet werden. Eine Limitierung - wie z.B. die des NATO-Vertrages mit den Worten „as it deems necessary“ - ist in der Beistandsgarantie des EU-Verfassungsvertrages nicht zu finden.

Und ebenso ist die geografische Dimension der Beistandsklausel umfassender, weil weltumfassend, wenn man die ganzen überseeischen Gebiete von diversen EU-Mitgliedstaaten mitdenkt. Auch wenn im

Artikel III-286 eine gewisse geografische Einschränkung vermutet werden kann,<sup>40)</sup> wird sie in der Praxis nur wenig Relevanz haben.

### Die Solidaritätsklausel

Die Solidaritätsklausel umfasst solidarisches Handeln bei terroristischen Bedrohungen, bei terroristischen Angriffen und bei Naturkatastrophen. Die beiden letztgenannten Anwendungsbereiche sind relativ klar mit dem englischen Ausdruck des *consequence management* umschrieben. Das heißt, dass bei den Aufräumungsarbeiten nach einem Angriff, einem Anschlag oder einer Katastrophe alle EU-Mitgliedstaaten Schulter an Schulter stehen.

Schwieriger wird die Auslegung bei der solidarischen Verpflichtung zur Hilfe bei der Abwendung von terroristischen Bedrohungen, also im Bereich der Vorsorge. Dabei wird man sofort an den durch die ESS geprägten Begriff des *preventive engagement* erinnert. Ist damit wirklich gemeint, dass man bereits vor einem eigentlichen terroristischen Angriff Hilfe und Unterstützung leisten muss, im Geiste der Solidarität? Und wie ist es dabei mit der Abgrenzung zur Beistandsgarantie? Ist hier nicht eine Vermengung der neuen GSVP-Operationen<sup>41)</sup> mit der Solidaritätsklausel gegeben?

### Exkurs: Spannungsverhältnis zwischen Beistandsgarantie und Solidaritätsklausel

Im Zusammenhang mit der Beistandsgarantie und der Solidaritätsklausel muss auch das Spannungsverhältnis bzw. das Verhältnis dieser beiden Klauseln zueinander diskutiert werden. Es stellen sich die Fragen, wie die Beistandsgarantie bzw. die Solidaritätsklausel im Innenverhältnis, also bei Aktualisierung auf EU-Gebiet sowie im Außenverhältnis angewandt werden können bzw. auf Grund von welchen Ereignissen sich welche Klauselverpflichtungen für die EU-Mitgliedstaaten aktualisieren. Denn in weiterer Folge müssen die Fragen beantwortet werden, wer der Adressat der Hilfe, Unterstützung und des Beistands sowie der Solidarität sein soll und welche Mitteln, ja, noch interessanter, welche Kräfte, nämlich Polizei, Militär oder zivile Rettungsdienste zum Einsatz gebracht werden sollen. Diese Fragen sollen anhand des Phänomens Terrorismus besprochen werden, da dieser Begriff auch in den durch den Verfassungsvertrag neu definierten Aufgabenbereich der GASP fällt.

Wie bereits oben besprochen wurde, wird die Beistandsgarantie durch eine Aggression aktualisiert und somit werden die Regelungen gemäß Art. 51 UNO-Satzung im Sinne einer individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung aktiviert. Die Maßnahmen nach Art. 51 sind grundsätzlich militärische Verteidigungsmaßnahmen, die unter Umständen auch präventives Tätigwerden umfassen können.

Die Solidaritätsklausel wird ebenfalls präemptiv, eventuell sogar präventiv, tätig, weil sie nicht nur *consequence management* inkludiert, sondern auch in der Terrorismusabwehr eine Aufgabe sieht. Die Abwehr von terroristischen Angriffen kann einerseits im Schutz von kritischer Infrastruktur gesehen werden und andererseits im Aufspüren von terroristischen Zellen im In- und Ausland bestehen. Bei diesem Begriff wurde hauptsächlich an polizeiliche bzw. zivile Kräfte gedacht, wobei im Rahmen von Assistenzleistungen auch auf militärische Einheiten zugegriffen werden könnte, speziell wenn es sich um den Schutz von kritischer Infrastruktur handelt.

Eine mögliche Variante der Abgrenzung am Beispiel des Phänomens Terrorismus könnte folgendermaßen aussehen:

Externes Handeln der Union, also außerhalb des Unionsgebietes, könnte, wenn es sich dabei um vorwiegend militärische Aktivitäten

handelt, unter den Rahmen der Beistandsklausel subsumiert werden. Polizeiliche Aktivitäten, die ebenso im EU-Ausland stattfinden, jedoch nicht einen bestimmten Umfang überragen und noch keine klassischen militärischen Operationen umfassen, würden unter die Solidaritätsklausel fallen. Eine Definitionshilfe stellt dabei der Verweis der EU-Beistandsgarantie auf Art. 51 UNO-Satzung dar, während die Solidaritätsklausel weder diesen Bezug aufweist noch explizit auf die Begrifflichkeiten Angriff bzw. Aggression Bezug nimmt.



Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik muss zur Durchführung ihres Aufgabenkatalogs über moderne Technologie verfügen. Die Europäische Verteidigungsagentur soll dabei helfen, die Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten zu verbessern (im Bild eine Drohne beim Einsatz EUFOR RD CONGO).

Eine Geiselnbefreiung oder Evakuierungsoperation würde zwar unter die GSVP-Aufgaben fallen, jedoch weder der Beistandsgarantie noch der Solidaritätsklausel zuzurechnen sein, da in ersterem Fall die Bedrohung des Territoriums nicht gegeben ist und im zweiten Fall weder die Terrorismusabwehr noch das *consequence management* angesprochen würde. Hier würde sich jedoch dann wieder die Frage nach der Legitimität eines externen EU-Vorgehens stellen, wenn weder die Einwilligung des „Gastlandes“ noch ein UNO-Mandat vorliegt. Jedoch ist gerade bei diesen Arten von Operationen der Zeitfaktor ein entscheidender und das Zuwarten-Müssen auf eine Entscheidung von nicht beeinflussbaren Drittfaktoren unverantwortlich gegenüber den Unionsbürgern, die in Geiselschaft genommen wurden.<sup>42)</sup>

### Schlussbemerkungen

Entwicklungstendenzen zu beschreiben und somit einen Blick in die viel beschriebene Glaskugel zu wagen ist am besten mit dem Spruch zu beschreiben: „Nichts ist so unvorhersehbar wie die Zukunft.“ Deshalb kann dieser Versuch, Entwicklungstendenzen anhand von ausgewählten Dokumenten und deren Analysen aufzuzeigen, keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben, sondern soll vielmehr als Diskussionsbeitrag zur Weiterentwicklung der ESVP verstanden werden. Unbestritten bleibt, dass die EU bereits viel erreicht hat und noch viel erreichen kann, sofern der politische Wille in den Mitgliedstaaten vorhanden ist.

Zusammenfassend dürfen hier noch einmal die wesentlichsten, oben skizzierten Entwicklungstendenzen in Schlagworten aufgezählt werden:

- Die ESVP wird sich immer mehr von einem zwischenstaatlichen Konstrukt in Richtung Supranationalität entwickeln.
- Mehrheitsentscheidungen im Bereich der GASP werden bei einem weiteren Anwachsen der EU-Mitgliedstaaten der einzige Weg sein, um Entscheidungen zu finden.
- Operationen werden durch zivil-militärische Interaktion geprägt sein.
- Teure Fähigkeiten werden multilateral, vielleicht auch gemeinschaftlich angeschafft.
- Eine „europäische Armee“ wird es kurz- bis mittelfristig nicht geben.

Wie bereits früher festgestellt, wird der Grad der Integration sehr stark vom politischen Willen der Entscheidungsträger abhängen. Aber auch plötzlich eintretende Ereignisse - wie z.B. die Terroranschläge in New York (2001), Madrid (2004) und London (2005) - können einen enormen Impuls und beschleunigenden Faktor für die europäische Integration bedeuten. Die Bevölkerung sollte bei jedem Vorhaben der EU so intensiv wie möglich eingebunden werden, wobei man auch ehrlich bekennen muss, dass sicherheitspolitische Themen in der breiten Öffentlichkeit nicht nur wenig Anklang, sondern v.a. wenig Interesse finden. Nichtsdestotrotz darf man nicht müde werden, in Europa ein positives Umfeld zu schaffen, um es für die kommenden Aufgaben zu wappnen. Das kann durch Schaffung einer europäischen Identität, durch Etablieren einer europäischen Sicherheitskultur<sup>43)</sup> und durch ein Vertrauen in die eigenen Stärken geschehen. Ebenso müsste aus demokratiepolitischen Überlegungen die Rolle des Europäischen Parlaments im Bereich der ESVP gestärkt werden, um dem Anspruch der „demokratischen Kontrolle der Streitkräfte“ gerecht zu werden. Die Rolle des Parlaments scheint insbesondere unter Berücksichtigung der möglichen Entwicklung hin zu Mehrheitsentscheidungen und langfristig auch zur Schaffung einer EA verbesserungswürdig.

Stärke bringt Verantwortung mit sich. Und Europa ist stark. Diese Stärke muss wohl dosiert gegen Bedrohungen und für Herausforderungen eingesetzt werden. Deshalb braucht Europa eine gemeinsame ESVP. ■

#### ANMERKUNGEN:

*Der hier abgedruckte Text gibt die persönliche Meinung des Verfassers wieder und entspricht nicht notwendigerweise der Auffassung des Bundesministeriums für Landesverteidigung.*

- 1) Zur Entwicklung der ESVP siehe u.a. Gnesotto, Nicole (ed.): EU Security and Defence Policy - The first five years (1999-2004). EU-ISS. Paris 2004.; Wolfgang Wosolsobe, Jochen Rehl: Die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. In: Steirische Berichte 7-8/2002, S.39ff.
- 2) Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande.
- 3) 1970 legte der Belgier Vicomte Étienne Davignon als Ausschussvorsitzender der politischen Direktoren der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft den „Davignon-Bericht zur Weiterentwicklung und politischen Einigung der EWG“ vor, in dem er einen Informations- und Konsultationsmechanismus auf dem Gebiet der Außenpolitik der damals noch sechs Staaten vorschlug. Siehe Internet Dokument: [http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%89tienne\\_Davignon](http://de.wikipedia.org/wiki/%C3%89tienne_Davignon), abgerufen am 1.5.2007.
- 4) Im Englischen wird in diesem Zusammenhang sehr gerne von einer „tool box“ (Werkzeugkiste) gesprochen. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, dass man für verschiedene Probleme ein spezifisches Instrument zur Problemlösung parat haben sollte.
- 5) „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Dieser Ausspruch, den Michail Gorbatschow angeblich anlässlich der 40-Jahr-Feier der DDR im Oktober 1989 in Berlin knapp vor dem Fall der Mauer tätigte, trifft in abgewandelter Form auch auf die EU zu. Denn beim Zerfallsprozess von Jugoslawien war die GASP erst im Aufbauprozess (der Vertrag von Maastricht trat im Übrigen erst im Jahr 1994 in Kraft) und während der Kosovo-Krise hat es noch keine ESVP gegeben, die bereit und in der Lage gewesen wäre, sich dieser Problemstellung anzunehmen.

6) „Apart from contributing to the common defence in accordance with Article 5 of the Washington Treaty and Article V of the modified Brussels Treaty respectively, military units of WEU member States, acting under the authority of WEU, could be employed for:

- humanitarian and rescue tasks;
  - peacekeeping tasks;
  - tasks of combat forces in crisis management, including peacemaking.“
- WEU Council of Ministers (ed.): Petersberg Declaration of 12th June 1992. Chapter II para 4. Bonn 1992, S6. Vgl. Internet-Dokument [www.weu.int](http://www.weu.int) (documents), abgerufen am 1.5.2007.

7) Council Decision of 22 January 2001 setting up the Political and Security Committee (2001/78/CFSP). In: Official Journal of the European Communities. L 27/1. 30th January 2001.

8) Beim Europäischen Rat im Juni 2007 konnten sich die Staats- und Regierungschefs darauf einigen, eine neue Regierungskonferenz (Beginn am 23. Juli 2007) einzuberufen, um die meisten Inhalte des Verfassungsvertrages in einen „Reformvertrag“ überzuführen (Ziel: „Ein einheitliches klares Auftreten und ‚schlankere‘ Arbeitsweisen“). Im Bereich der GASP/ESVP sind beinahe keine Änderungen zu erwarten. Deshalb beschränkt sich die Beschreibung weiterhin auf den Verfassungsvertrag, für den es zumindest eine schriftliche Ausfertigung gibt (Stand 22. August 2007).

9) Vgl. Council of the European Union/General Secretariat (ed.): A secure Europe in a better world. Brussels 2004.

10) Vgl. Sven Biscop: The European Security Strategy. A Global Agenda for Positive Power. Brussels/Ghent 2005.

11) Im Gegensatz dazu argumentiert Joenniemi, dass die „securitization“ der EU einem veralteten Denken anhängt und die Vorteile von „Nordic Peace“ (Passivität/Neutralität) zu einem Hinterfragen der ESS führen sollten. Vgl. Pertti Joenniemi: Towards a European Union of Post-Security? In: Cooperation and Conflict. Journal of the Nordic International Studies Association 1/2007, S.127-148.

12) Eine sehr kritische Analyse der EU-Sicherheitspolitik gibt Manning, wobei er hauptsächlich auf den Einsatz von Spezialeinsatzkräften reflektiert: „... Es wird voraussichtlich ein struktureller Nachteil in der EU-Sicherheitspolitik bleiben, dass Machtprojektion weder mit der nötigen Geschwindigkeit noch mit der notwendigen Entschlossenheit und Nachhaltigkeit verfolgt wird.“ Stephan Manning: „Wer wagt, gewinnt“ - Kritische Anmerkungen zum Einsatz westlicher Militärspezialkräfte im Zeichen multipler Konfliktszenarien. In: ÖMZ 4/2006, S.473 (470-474). Seine Kritik richtet sich v.a. auf die nationalen Restriktionen gegenüber einem offensiven Auftreten in sicherheitspolitischen Fragen und die Überregulierung von militärischen Einsätzen, die bei asymmetrischer Kriegführung (z.B. Terrorismus) zu suboptimalen Einsätzen führt.

13) Frankreich und die Niederlande haben den Verfassungsentwurf in einem Referendum am 29. Mai bzw. am 1. Juni 2005 abgelehnt. Angesichts dieser Ergebnisse gelangte der Europäische Rat auf seiner Tagung am 16. und 17. Juni 2005 zu der Einschätzung, dass „die ursprünglich für den 1. November 2006 geplante Bestandsaufnahme zur Ratifizierung nicht mehr haltbar ist, da jene Länder, die den Text nicht ratifiziert haben, nicht vor Mitte 2007 eine gute Antwort geben könnten“. In der Berliner Erklärung vom März 2007 kamen die EU-Staats- und Regierungschefs überein, die Union „bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage (Reformvertrag) zu stellen“. Eine interessante Analyse zu den EU-Referenda bietet Ben Crum: Party Stances in the Referendums on the EU Constitution. Causes and Consequences of Competition and Collusion. In: European Union Politics 1/2007, S.61-82.

14) Vgl. Erklärung zum Kampf gegen den Terrorismus vom 25. März 2004. Vgl. Internet-Dokument: <http://www.europa.gv.at/Docs/2005/10/13/79640.pdf>, abgerufen am 1.5.2007.

15) Vgl. Gemeinsame Aktion (GA) 2004/551/GASP des Rates vom 12. Juli 2004.

16) Die Tschechische Republik und in abgeschwächter Form auch Großbritannien machten nach den 50-Jahr-Feiern anlässlich der Römischen Verträge klar, dass nach dem Ratifikationsstopp und der Möglichkeit einer Neuausarbeitung eines Vertragstextes sowohl die Worte „Verfassung“ als auch „Minister“ nicht mehr vorkommen sollten.

17) Einen hervorragenden Überblick über die Problemfelder der Transformation am Beispiel der USA findet man bei Kevin Reynolds: Building the Future Force: Challenges to Getting Military Transformation Right. In: Contemporary Security Policy 3/2006, S.435-471.

18) Vgl. Internet-Dokument: <http://eda.europa.eu/genericitem.aspx?area=Organisation&id=146>, abgerufen am 1.5.2007.

19) Vgl. Nicole Gnessoto, Giovanni Grevi (ed.): The New Global Puzzle. What World for the EU in 2025? EU-ISS, Paris 2006.

20) Zu den bereits jetzt vorhandenen Auswirkungen dieses zivil-militärischen Ansatzes vgl. Stuart Gordon: Exploring the Civil-Military Interface and its Impact on European Strategic and Operational Personalities: „Civilianisation“ and Limiting Military Roles in Stabilisation Operations? In: European Security 3/2006, S.339-361.

21) Vgl. Friedrich Mielke: USA und Europa - Partner oder Rivalen? Die Krise der Transatlantischen Beziehungen. In: Rissener Einblicke (RE) 02/03-2004, S.10 (5-20).

22) Die Rechtsgrundlage der ESVP kann sowohl im primären als auch im sekundären Unionsrecht gefunden werden. Das primäre Unionsrecht mit dem Unionsvertrag von Amsterdam in der Fassung von Nizza regelt u.a. die Zielsetzungen sowie das Solidaritätsgebot (Artikel 11 EU-V Nizza), die Instrumente und das Harmonisierungsgebot (Artikel 12 EU-V Nizza), die Durchführung (Artikel 13 EU-V Nizza) und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Artikel 17 EU-V Nizza). Ebenso wird die Finanzierung von GASP/ESVP-Operationen vertraglich geregelt (Artikel 15 EU-V Nizza).

23) Während der spanischen Ratspräsidentschaft 2002 wurden die Räte von 16 auf 9 Ratsformationen „gekürzt“.

24) Vgl. Council Joint Action 2003/423/CFSP of 5 June 2003 on the European Union military operation in the Democratic Republic of Congo. In: Official Journal of the European Communities. L 143/50. 11th June 2003.

25) Vgl. Council Decision 2005/395/CFSP of 10 May 2005 amending Decision 2001/80/CFSP on the establishment of the Military Staff of the European Union. In: Official Journal of the European Communities. L 132/17. 26th May 2005.

26) Zu diesem Schluss kommt auch Schweiger: „... all EU member states and especially Germany, will finally have to show a serious commitment to CFSP by substantially increasing their spending on defence and by overcoming national vanity on foreign policy matter.“ Christian Schweiger: Britain, Germany and the future of the European Union. Hampshire/New York 2007, S.150.

27) FRONTEX ist die Abkürzung für „frontières extérieures“. Die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurde durch die Verordnung (EG) 2007/2004 des Rates vom 26. Oktober 2004 errichtet. In: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. L 349. 25. November 2004.

28) Strategic Airlift Interim Solution. Mit dieser Übergangslösung im strategischen Lufttransport ist es gelungen, diese Fähigkeitslücke zu schließen, bis voraussichtlich ab 2010 die neuen Transportflugzeuge des Typs A 400M einsatzbereit sind.

29) Hauser ist einer der bewusst atlantisch orientierten Autoren, die der NATO auch für die Zukunft eine entscheidende Rolle zubilligen. So meint er u.a.: „Die ESVP kann auf Grund militärischer Ausrüstungsdefizite in den EU-Mitgliedstaaten (...) jedoch nur über jene Kräfte und Mittel wirksam werden, über die ausschließlich die NATO verfügt.“ Um dann abschließend festzustellen: „Die NATO bleibt somit weiterhin das Rückgrat der europäischen Sicherheitspolitik.“ Gunther Hauser: Europäisches Krisenmanagement: Neue Aufgaben für das Militär. In: The Austrian Peacekeeper 1/2007, S.10 (10-11). Bei dieser Argumentation lässt er völlig außer Acht, dass die NATO an sich nur über sehr beschränkte eigene Mittel verfügt (z.B. AWACS) und das Gros der Fähigkeiten von den NATO-Mitgliedstaaten gestellt wird. Fraglich ist auch, ob ein Militärbündnis jemals das Rückgrat einer Sicherheitspolitik darstellen kann. Meines Erachtens wären die entscheidenden Faktoren eine bewährte Außen- und Wirtschaftspolitik. Denn das Militär kann „nur“ das letzte Mittel sein und sollte in einer Demokratie niemals das Rückgrat der Sicherheitspolitik bilden.

30) Vgl. insbesondere Marcin Zaborowski (ed.): Friends again? EU-US relations after the crisis. Transatlantic Books 2006. EU-ISS, Paris 2006; und Gustav Lindstrom (ed.): Shift or Rift. Assessing US-EU relations after Iraq. Transatlantic Books 2003. EU-ISS, Paris 2003.

31) Beim Afghanistan-Einsatz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 begannen die USA trotz Aktivierung des Artikel 5 NATO-Vertrag (kollektive Selbstverteidigung - Beistandsgarantie) den Feldzug gegen die Taliban außerhalb des Nordatlantikpaktes. Paul Wolfowitz, ehemaliger US-Vizeverteidigungsminister, prägte in diesem Zusammenhang den Ausspruch: „The mission determines the coalition.“ Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wenn Buckley zum Ergebnis kommt: „... I share the frustration of those who believe that the United States could have done more to engage the Alliance in its efforts against the Taliban and Al Qaida.“ Edgar Buckley: Invoking Article 5. In: NATO Review Summer 2006. Vgl. Internet-Dokument: <http://www.nato.int/docu/review/2006/issue2/english/art2.html>, abgerufen am 1.5.2007.

32) Zu einem identen Ergebnis kommt ein Positionspapier mit dem Titel „Auf dem Weg zu einer Europäischen Armee“ der Arbeitsgruppen „Sicherheitsfragen“ und „Angelegenheiten der Europäischen Union“ der SPD-Bundestagsfraktion vom März 2007. „Deutschland lebt mit seinen Nachbarn seit Jahrzehnten in Frieden, viele sind mit uns gemeinsam Mitglied der NATO und der EU. Wir sind bereit, in einen Prozess einzutreten, an dessen Ende wir unsere nationalen Armeen in eine supranationale Armee, eine europäische Armee einfügen.“ Vgl. Internet-Dokument: <http://www.rainer-arnold.de/pdf/WegEuropaeische%20Armee020307.pdf>, abgerufen am 1.5.2007.

33) Vgl. Michel Scialom: Qu'est-ce que l'Europe de la défense? In: Défense Nationale et Sécurité Collective 4/2007, S.77-85.

34) Vgl. hierzu auch die Auflistung auf S.6 des Positionspapiers „Auf dem Weg zu einer Europäischen Armee“.

35) Im Zusammenhang mit der Erreichung der ersten Einsatzfähigkeit meinten die Herausgeber des Buches „Europas ferne Streitmacht“: „... die Eingreiftruppe stellt einen ersten Schritt in einem Entwicklungsprozess der Union dar, der bei den Europäern allmählich das Vertrauen entstehen lassen kann bzw. soll, sicherheitspolitisch handeln zu können. Noch aber befindet sich Europa im Spannungsbogen zwischen

der unbegrenzten Absicht, handeln zu wollen, und der begrenzten Fähigkeit, handeln zu können.“ Erich Reiter, Reinhardt Rummel, Peter Schmidt (Hrsg.): Europas ferne Streitmacht. Chancen und Schwierigkeiten der Europäischen Union beim Aufbau der ESVP. Forschungen zur Sicherheitspolitik, Band 6, Hamburg 2002, S.9.

36) Vgl. Dustin Dehé, Christian Rieck: Die europäische Marine - Eine Vision für die europäische Verteidigungsintegration. In: ÖMZ 1/2007, S.46 (43-46). In ihrem Aufsatz fördern sie - als ersten Schritt - die Schaffung einer europäischen Marine. Die Forderung wird folgendermaßen begründet: „Für eine europäische Marine sprechen also erhöhte militärische Schlagkraft, geringere Verteidigungsausgaben und stärkere Identifizierung mit dem europäischen Projekt, das damit auch als Friedensprojekt wieder deutlicher sichtbar würde.“ In eine ähnliche Richtung, jedoch mit einem Fokus auf die Luftwaffe, argumentiert Wolfgang Luttenberger: Mögliche Entwicklungstendenzen der europäischen Luftwaffe und zu erwartende Auswirkungen auf Österreich. In: ÖMZ 3/2007, S.265-270.

37) Wenn man drei Jahre Dienst in der U.S. Army versehen hat oder an Kampfeinsätzen für die U.S. Army beteiligt war, kann man unabhängig von seiner aktuellen Staatsbürgerschaft und den gültigen „US residency requirements“ um die US-Staatsbürgerschaft ansuchen. Internet-Dokument: <http://usmilitary.about.com/od/theorderlyroom/l/aacitizen1.htm>, abgerufen am 1.5.2007.

38) Einen gelungenen Überblick über die verschiedenen Flexibilisierungskonzepte im ESVP-Bereich gibt Anja Opitz: Die Gratwanderung der EU zwischen Erweiterung und Vertiefung. Die Integrationswirkung von Flexibilisierungskonzepten in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Diplomarbeit an der Universität Passau, 2005.

39) Zur Entwicklung der Beistandsgarantie und der Solidaritätsklausel im EU-Verfassungsvertrag und deren Konsequenzen siehe insbesondere Jochen Rehrl: Beistandsgarantie und Solidaritätsklausel. Völker- und verfassungsrechtliche Herausforderungen für Österreich durch den neuen EU-Verfassungsvertrag. In: Zeitschrift für Öffentliches Recht (ZÖR) 60 (2005), S.31-53.

40) Teil III. Titel IV. Artikel III-286. Absatz 1 EU-V: „Die außereuropäischen Länder und Hoheitsgebiete, die mit Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich besondere Beziehungen unterhalten, sind mit der Union assoziiert.“ Europäische Gemeinschaften (Hrsg.): Vertrag über eine Verfassung für Europa. Luxemburg 2005, S.135. Die Beistandsgarantie im Artikel I-41 (7) spricht im Bezug auf die geografische Dimension von „Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates“. Alleine durch eine schlichte Wortinterpretation muss man zu dem Schluss kommen, dass eben auch diese Länder und Hoheitsgebiete durch die Beistandsgarantie umfasst sind.

41) Damit sind die im Art. 17 Abs. 2 EU-V Nizza festgeschriebenen und durch den Verfassungsvertrag erweiterten Aufgaben gemeint. GSVP = Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

42) Freudenberg spricht in diesem Zusammenhang vom „Vertrauensschutzprinzip“, das er auf nicht-staatliche Akteure zutreffend ausgedehnt sehen möchte. „Da Terrorangriffe grundsätzlich ohne Vorwarnung erfolgen, muss der Staatsapparat, der folgerichtig nicht den Schutz jedes einzelnen Bürgers garantieren kann, sondern der die Lebensgrundlagen sichern muss, aus der Reaktion heraus handeln.“ Dirk Freudenberg: Herausforderung Terrorismus. Grundsätzliche Überlegungen zu einem komplexen Phänomen. In: ÖMZ 3/2005, S.302 (301-312).

43) Zur Schaffung einer gemeinsamen Sicherheitskultur - einer der Schwerpunkte während der griechischen Ratspräsidentschaft 2003 - siehe Jochen Rehrl, Irene Terpetschnig: Promoting a shared security culture. In: ESDP Newsletter 2/2006, S.11ff.

## MMag. Dr. Jochen Rehrl M.A.I.S.

Geb. 1970; Hauptmann; 1989-1990 EF-Ausbildung; 1990-1998 Studium der Rechtswissenschaften, Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften an der Universität Salzburg; 1998-1999 Gerichtsjahr am Bezirks- und Landesgericht Salzburg; 1999-2000 Diplomatische Akademie Wien (Master of Advanced International Studies); 2000-2001 Auslandseinsatz AUCON3/KFOR; 2001-2004 Bundesministerium für Landesverteidigung (Abteilung Militärpolitik); seit 2005 Politischer Berater der Österreichischen Militärvertretung Brüssel (MVB); Absolvent des NATO Defence College (NDC), European Security and Defence College (ESDC), École Militaire Paris, Academia Diplomatica Europaea (Brüssel), BMLV-Ausbildungslehrgang Juristischer Dienst. Mehrere Publikationen zum Thema Sicherheitspolitik mit dem Schwergewicht ESVP.



# Subsahara-Afrika im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus?

Martin Pabst

Die Anschläge vom 11.9.2001 in den USA alarmierten die Weltöffentlichkeit. Legitimiert durch die UNO-Sicherheitsratsresolution 1368 vom Folgetag, starteten die USA und rund 70 weitere Nationen die Operation *Enduring Freedom* zur Bekämpfung und Gefangennahme internationaler islamistischer Terroristen sowie zur Ausschaltung ihrer Führungs- und Ausbildungseinrichtungen. Mit dem Sturz der *Taliban*-Regierung verlor die *Al Qaida* Ende 2001 ihre Stützpunkte in Afghanistan. In Nordafrika, Vorder- und Zentralasien wurden untergetauchte internationale islamistische Terroristen (auch *Dschihadisten* genannt) mit erhöhtem Verfolgungsdruck konfrontiert.



Am 28. November 2002 kam es in der kenianischen Hauptstadt Mombasa zu schweren Anschlägen. Ein mit drei Attentätern besetzter Geländewagen durchbrach das Tor zur Hotelanlage „Paradise Mombasa“. Bei der folgenden Explosion kamen zehn Kenianer und drei Israelis ums Leben. Nahezu zeitgleich entging ein Passagierflugzeug der israelischen Fluggesellschaft Arkia nur knapp einem Raketenanschlag.

Vor diesem Hintergrund war zu vermuten, dass sich das *Al Qaida*-Netzwerk neue Rückzugs-, Rekrutierungs-, Ausbildungs- und Operationsräume suchen würde. Von Anfang an identifizierten die Strategen von *Enduring Freedom* Subsahara-Afrika als Risikozone, insbesondere das Horn von Afrika und Ostafrika.

Subsahara-Afrika war zu diesem Zeitpunkt bereits von *Al Qaida*-Aktivitäten betroffen. Die sudanesisische Regierung hatte von 1991-96 Osama bin Laden beherbergt und ihm gestattet, vom Sudan aus sein weltweites Finanzierungsnetzwerk aufzubauen. In Subsahara-Afrika verübte die *Al Qaida* ihre ersten großen Anschläge: Bei gleichzeitigen Bombenattentaten auf die US-Botschaften in Nairobi (Kenia) und Dar-es-Salaam (Tansania) am 7.8.1998 starben mehr als 220 Menschen, über 4.000 wurden verletzt.

Das Komitee 1267 des UNO-Sicherheitsrates stellte 1999 eine - bis heute fortgeschriebene - Liste von 124 zur *Al Qaida* gehörenden oder mit ihr in Verbindung stehenden Organisationen auf und untersagte jegliche Unterstützung oder Finanzierung. Zu Subsahara-Afrika finden sich 24 Einträge: Firmen der Banken- und

Dienstleistungsgruppe *al-Barakaat* (Somalia/Dubai), Zweige der *al-Haramayn Islamic Foundation* (Äthiopien, Komoren, Kenia, Somalia, Tansania), *al-Itihaad al-Islamiya* (Ort nicht angegeben; Somalia/Äthiopien), die *Global Relief Foundation* (weltweit; in Subsahara-Afrika in Äthiopien, Eritrea, Sierra Leone, Somalia), *Heyatul Ulya* (Somalia) sowie die *Somali Internet Company* (Somalia).<sup>1)</sup>

Als Bestandteil der multinationalen Operation *Enduring Freedom* wurde Ende 2002 in Dschibuti das Hauptquartier einer *Combined Joint Task Force - Horn of Africa* eingerichtet.<sup>2)</sup> Die Führung erfolgte durch das US-Regionalkommando USCENTCOM in Tampa/Florida. Aufgabe ist die Überwachung und Verhinderung grenzüberschreitender terroristischer Aktivitäten in Äthiopien, Dschibuti, Eritrea, Kenia, Somalia, dem Sudan sowie Jemen an der arabischen Gegenküste. In Dschibuti sind Heeres-, Marine- und Luftwaffenkräfte, private Sicherheitsdienstleister sowie US-Spezialeinheiten und CIA-Personal stationiert. Die Gesamtstärke beläuft sich auf ca. 1.600 Mann. In Camp Lemonnier befindet sich eine permanente US-Basis. Mit Kenia und Äthiopien ist die Sicherheitskooperation besonders eng. Als weitere Stützpunkte nutzen die US-Amerikaner inzwischen Manda Bay (Kenia) sowie Bilate und Hurso (Äthiopien).<sup>3)</sup>

Die Errichtung eines vereinigten Regionalkommandos USAFRICOM zum 1.10.2007 weist darauf hin, welches Bedrohungspotenzial die US-Sicherheitspolitik dem internationalen Terrorismus in Nord- und Subsahara-Afrika zuerkennt. Provisorisch bei USEUCOM in Stuttgart untergebracht, soll das Regionalkommando ab Ende 2008 auf afrikanischem Boden stationiert werden und für alle Staaten mit Ausnahme Ägyptens zuständig sein.

Wie richtig die Lageeinschätzung war, belegten Folgeattentate von *Al Qaida* in Ostafrika: Am 28.11.2002 wurde bei Mombasa (Kenia) ein Suizidattentat auf ein von israelischen Touristen frequentiertes Hotel verübt. Zehn Kenianer und drei Israelis wurden getötet, 15 Menschen verletzt. Gleichzeitig verfehlten am Flughafen Mombasa zwei schultergefeuerten Raketen ein israelisches Charterflugzeug. Wie bereits 1998 bekannte sich *Al Qaida* zu den Anschlägen.

Die Machtübernahme der *Union of Islamic Courts* (UIC) in Süd- und Zentralsomalia 2006 rief die Befürchtung hervor, dass radikale UIC-Kräfte den Dschihadisten Somalia als Rückzugs-, Ausbildungs- und Rekrutierungsgebiet zur Verfügung stellen könnten. Die USA ermunterten Äthiopien, in Somalia einzumarschieren und die UIC-Regierung zu stürzen. In der ersten Jahreshälfte 2007 griffen US-Militärs mehrmals auch direkt in Kämpfe ein. Von Dschibuti aus koordinierten die USA die Gefangennahme verdächtiger Individuen und engagierten sich vor Ort sowie im kenianischen Grenzgebiet mit Spezialkräften.

Auch die Propagandisten des Dschihadismus werben für eine Ausweitung des Kampfes in Subsahara-Afrika. So publizierte Abu Azzam al-Ansari, Herausgeber des saudi-arabischen Internetmagazins „Sada al-Jihad“ (Echo des Dschihad), im Juni 2006 den Artikel „*Al Qaida is moving to Africa*“.<sup>4)</sup> Beginnend 2003

mit einer Nennung Nigerias in einem Aufruf Osama bin Ladens, hat auch die *Al Qaida*-Führung in den letzten Jahren verstärkt auf Subsahara-Afrika verwiesen.

Dieser Aufsatz untersucht, welche Faktoren den Dschihadismus in Subsahara-Afrika begünstigen und welche ihm entgegenstehen. Er beschreibt dessen Strategie in diesem Raum und unternimmt eine Bestandsaufnahme terroristischer Aktivitäten sowie eingeleiteter Anti-Terror-Maßnahmen.

## Begünstigende Faktoren

Dschihadisten können in Subsahara-Afrika von zahlreichen begünstigenden Faktoren profitieren:

- z.T. starken muslimischen Bevölkerungsgruppen in vielen Staaten,
- engen historischen Verbindungen zum arabischen Raum am Horn von Afrika und in Ostafrika,
- ausgedehnten, schlecht überwachten Staatsgrenzen,
- einer großen Zahl „gescheiterter“ Staaten mit schwacher staatlicher Autorität,
- verbreiteter Korruption in staatlichen Institutionen,
- kritischer oder zumindest passiver Haltung vieler Bürger gegenüber den Sicherheitskräften,
- einem reichlichen Waffenangebot infolge von Proliferation,
- florierenden kriminellen Netzwerken (Drogen-, Waffen-, Rohstoff- und Menschenmuggel, Geldwäsche, Cyberkriminalität),
- wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit von Jugendlichen, insbesondere in Städten,
- Verfall staatlicher Dienstleistungen,
- hoch entwickelter Infrastruktur in einigen Staaten (Transport, Kommunikation, Finanzdienstleistungen),
- engen Verbindungen mit Westeuropa (insbesondere mit Großbritannien und Frankreich),

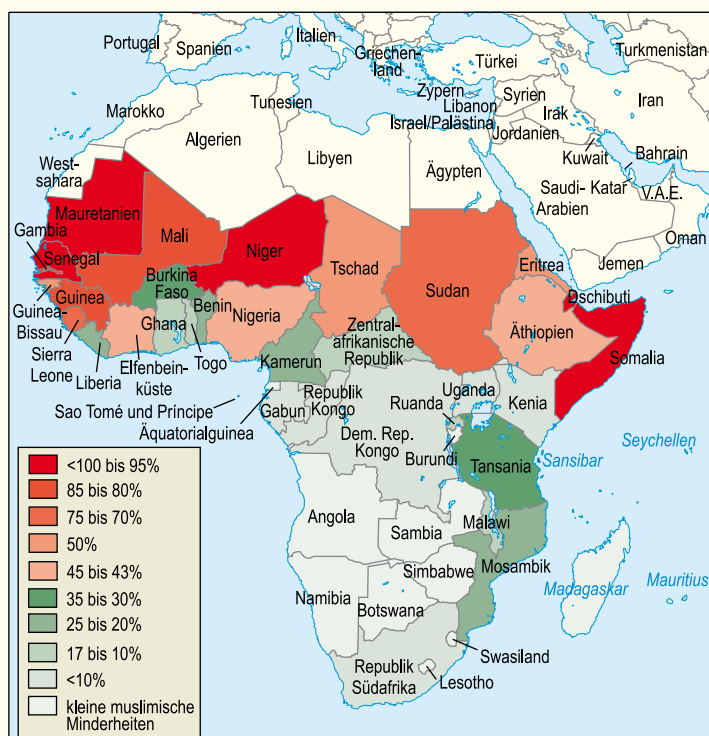
- vergleichsweise hoher und ungeschützter Präsenz westlicher Bürger (diplomatisches Personal, Ingenieure, Geschäftsleute, Auswanderer, Kirchenmitarbeiter, Entwicklungshelfer, Touristen),
- strategischer Verwundbarkeit des Westens bei Rohstoffausbeutung (z.B. Öl, Erdgas) und Rohstofftransport (Tankerrouten durch das Rote Meer und um das Kap der Guten Hoffnung).

„Kollabierte“ Staaten wie Somalia ermöglichen es Dschihadisten unterzutauchen, leichte und auch schwere Waffen problemlos zu erwerben sowie Transitwege zur Verschleierung von Anschlägen zu nutzen. Noch nützlicher sind „gescheiterte“ Staaten mit einem Restbestand staatlicher Autorität. Noch vorhandene, korrupte Institutionen können eine terroristische Präsenz durch Ausgabe von Pässen und Visa, Duldung von Schmuggel und Finanztransaktionen, Schutz vor Verfolgung usw. decken. Muslimische Gemeinschaften bieten Unterschlupf. Dabei müssen diese nicht notwendigerweise sympathisieren: Auf Grund des verbreiteten Misstrauens gegenüber staatlichen Sicherheitskräften wird in der Regel wenig nach den Aktivitäten eines aus dem Ausland kommenden Muslims gefragt - noch stärker ist die Solidarität, wenn er eine örtliche Muslimin heiratet.

In vergleichsweise entwickelten afrikanischen Staaten wie Kenia, Nigeria oder Südafrika stehen Flugverbindungen in alle Teile der Welt, gute innerstaatliche Transportverbindungen, ein hoch entwickeltes Banken- und Finanzwesen sowie funktionierende Telekommunikationsnetze zur Verfügung. Kontrollmechanismen sind in geringerem Maß als in Europa oder Nordamerika etabliert; Korruption tut ein Übriges. In solchen Staaten finden sich auch kriminelle Syndikate, die sich als Partner z.B. für Finanztransaktionen anbieten. Auch locken die genannten Staaten mit westlichen Anschlagzielen, und die engen Verbindungen zu Europa und Nordamerika sorgen nach der Tatausführung für entsprechende öffentliche Aufmerksamkeit.

Abb. 1

## Muslime in Subsahara-Afrika



Muslimische Mehrheit oder Parität			Muslimische Minderheit		
Staat	Anteil an der Gesamtbevölkerung (in %)	Gesamtzahl (in Mio., 2007)	Staat	Anteil an der Gesamtbevölkerung (in %)	Gesamtzahl (in Mio., 2007)
Somalia	<100%	10.9	Tansania	35%*	13.6
Mauretanien	<100%	3.1	Burkina Faso	30%	4.0
Dschibuti	<100%	0.8	Benin	25%	1.9
Niger	95%	12.5	Mosambik	23%	4.7
Senegal	95%	10.7	Kamerun	22%	3.8
Guinea	85%	7.3	Liberia	20%	0.7
Gambia	85%	1.3	Mauritius	17%	0.2
Mali	80%	10.3	Ghana	16%	3.6
Sierra Leone	75%	4.3	Togo	15%	0.8
Sudan	70%	25.7	Zentralaf. Rep.	15%	0.6
Tschad	50%	4.8	Malawi	13%	1.5
Eritrea	50%	2.4	Ruanda	10%	0.9
Guinea-Bissau	50%	0.8	Madagaskar	7%	1.3
Nigeria	45%	67.5	Kenia	6%**	2.1
Äthiopien	45%	33.6	Uganda	5%	1.4
Elfenbeinküste	43%	7.8	Gabun	5%	0.1
			Rep. Südafrika	2%***	1.0
			D. Rep. Kongo	2%	1.2
			Rep. Kongo	2%	0.1
<b>Gesamt: &gt;247 Millionen</b>					

Kleine muslimische Minderheiten in Angola, Äquatorialguinea, Botswana, Burundi, auf den Kapverden, in Lesotho, Namibia, Sambia, auf Sao Tomé und Príncipe, den Seychellen, in Simbabwe und Swasiland.  
\*) auf Sansibar 98 %\*\*) In anderen Quellen werden höhere Anteile für Kenia angegeben. In Mombasa ca. 60 % \*\*\*) in Kapstadt 10 %

Quelle: Fischer-Weltatlas 2006 (Bevölkerungszahl auf Datenbasis 2003, entsprechend Bevölkerungswachstum auf 2007 projiziert)

Die Rekrutierung von Mitkämpfern ist besonders aussichtsreich in Staaten mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteil. Islamische Missions- und Wohlfahrtseinrichtungen machen sich den schleichenden Rückzug vieler Staaten aus dem Bildungs- und Sozialbereich zunutze und locken mit freiem Schulunterricht, sozialen Dienstleistungen sowie Stipendien in arabischen Staaten. Manche dieser Einrichtungen werden aus Saudi-Arabien oder den Golfstaaten finanziert und lehren eine radikal-wahhabitische Richtung des Islam. In gemischt-religiösen Staaten sind die Muslime häufig schlechter in den modernen Staat und seine Wirtschaft integriert als ihre christlichen Landsleute. Wirtschaftliche Perspektivlosigkeit macht arbeitslose Jugendliche für islamistische Propaganda besonders anfällig.

Das Problem der Gesetzlosigkeit ist ein weiterer Rekrutierungsfaktor. Horrende Kriminalität ist in vielen afrikanischen Staaten an der Tagesordnung. Staatliche Sicherheitskräfte sind oft ineffizient, schlecht motiviert oder gar selbst in kriminelle Aktivitäten verstrickt. Islamische Organisationen können mit einem strikten Moralkodex punkten, teilweise radikalisierten sie sich wie auf Mauritius, in Nigeria und Südafrika zu Vigilantengruppen. Auch vom Thema HIV/Aids können solche Organisationen profitieren, gehen sie doch aggressiv gegen Promiskuität und Prostitution vor, was in der Bevölkerung Zustimmung findet.

### Hemmende Faktoren

In Subsahara-Afrika trifft der Dschihadismus auch auf Faktoren, die seine Ausbreitung hemmen:

- verbreitete prowestliche Einstellung ungeachtet antikolonialer Ressentiments,
- tolerante Prägung des Islams in Subsahara-Afrika,
- vorherrschenden Pragmatismus und geringe Bereitschaft zu politischem bzw. religiösem Fanatismus,
- Vorrang säkularer Bindungen (Klan, Stamm, Ethnie) gegenüber religiösen,
- nationale, nicht globale Orientierung bestehender Widerstands- und Rebellengruppen,
- gering entwickelte terroristische Traditionen (häufigste Widerstandsformen sind ländliche Guerillakriege, die Beherrschung peripherer Räume, der Aufbau semikrimineller Parallelgesellschaften).

Es gibt jedoch Anzeichen, dass die Bereitschaft von Schwarzafrikanern zur Radikalisierung und zur Unterstützung dschihadistischer Ziele steigt. Wie in Somalia zu beobachten, dienen dabei v.a. Rückkehrer aus arabisch/islamischen Ländern als Kristallisationsfiguren.

### Strategie der Dschihadisten

Strategie der Dschihadisten ist es, die Schwäche der Staaten in Subsahara-Afrika zu verfestigen. Einerseits suchen sie bei ihren verdeckten Aktivitäten davon zu profitieren, andererseits versprechen sie sich Propagandaerfolge, indem sie stabilisierende Maßnahmen der UNO, der G8, der EU oder der USA als „abendländische Interventionen“ brandmarken und kooperierende afrikanische Regierungen als „Marionetten“ diskreditieren.

Darüber hinaus suchen die Dschihadisten regionale Konflikte wie den Bürgerkrieg zwischen schwarzafrikanischen und arabisierten Muslimen in Darfur oder den jahrzehntealten äthiopisch-somalischen Regionalkonflikt als Teil eines globalen Krieges zwischen dem „christlich-zionistischen Abendland“ und der islamischen Welt darzustellen. Dadurch sollen Solidarisierungseffekte ausgelöst werden. Beispielsweise wird Äthiopien als „christliche“ Vormacht

bezeichnet und zum „Heiligen Krieg“ gegen die „Kreuzzügler“ in Somalia aufgerufen, obwohl Christentum und Islam in Äthiopien etwa gleich stark vertreten sind und die politische Vorherrschaft christlicher Eliten mit dem Sturz der äthiopischen Monarchie im Jahr 1974 endete.

Neu eröffnete Schlachtfelder sollen als Kristallisationspunkte internationaler Solidarisierung dienen. Die Dschihadisten setzen darauf, dass sich westliche Mächte in Subsahara-Afrika in langwierige asymmetrische Konflikte verstricken und schließlich unter dem Druck der öffentlichen Meinung zum Rückzug gezwungen werden, was als globale Niederlage des Westens interpretiert werden kann. Ähnlich wie die Niederlage der Roten Armee gegen die Mudschaheddin in Afghanistan wird das US-amerikanische Debakel Anfang der 1990er-Jahre in Somalia zum Mythos stilisiert - ungeachtet der Tatsache, dass es Kämpfer des wenig religiösen Warlord Mohamed Farah Aidid waren, die am 3./4.10.1993 in Mogadischu 18 US-Soldaten töteten, 78 verwundeten und einzelne Gefallene öffentlich schändeten. Osama bin Laden verstieg sich in einer Botschaft sogar zur Behauptung, dass er Mohamed Farah Aidid damals im Kampf gegen die „Ungläubigen“ unterstützt habe.

In besonderem Maß sind die Dschihadisten daran interessiert, Konflikte in geografischer Nähe zum Palästinakonflikt anzuheizen, um die Radikalisierung in dessen Umfeld voranzutreiben. So schreibt der oben erwähnte Propagandist Abu Azzam al-Ansari: „(...) it is the time to start hotfiring a circle of fire around Palestine from every side.“<sup>5)</sup> Mit besonderer Aufmerksamkeit wird daher der Darfur-Konflikt im Sudan verfolgt. Eine Radikalisierung im Sudan könnte auf Ägypten überschwappen und dortigen militanten Islamisten Auftrieb geben.

Angesichts des moderaten Charakters des Islams in Subsahara-Afrika und der einflussreichen Stellung spiritueller, innengewandter Sufi-Orden ist den Dschihadisten bewusst, dass hohe Rekrutierungszahlen, wie z.B. in Pakistan, unwahrscheinlich sind. Mit einem pragmatischen Ansatz versuchen sie einerseits, bestehende islamische Strukturen zu unterwandern, andererseits Koalitionen mit innerstaatlich orientierten Widerstandsgruppen einzugehen und diese an ihre Ziele heranzuführen.

### Somalia

Seit den 1980er-Jahren etablierten Rückkehrer aus Afghanistan und Pakistan in Somalia radikal-islamistische Gruppen. So wurde 1984 die kleine wahhabitische Organisation *al-Itihaad al-Islamiya* (AIAI) gegründet. US-Regierungsvertreter behaupten, dass deren militärischer und sozialer Flügel 1991/92 mit Unterstützung Osama bin Ladens aufgebaut worden sei. AIAI-Führer wie Scheich Hassan Dahir Aweys und Scheich Hassan Abdullah Hersi „Al-Turki“ hätten enge Kontakte zur *Al Qaida* aufgebaut.<sup>6)</sup> Beide wurden im September 2001 auf die US-Liste vermutlicher Terrorismusunterstützer (*Executive Order* 13224) gesetzt und finden sich auch auf der Personenliste des Komitees 1267 des UNO-Sicherheitsrates. Beweise für eine Kooperation der AIAI mit *al Qaida* auf Organisationsebene wurden allerdings nicht bekannt.

Von 1991-96 kontrollierte die AIAI die Stadt Luuq und Umgebung im südwestlichen Distrikt Gedo an der Grenze zu Äthiopien. Wegen geringer Kriminalitätsraten und funktionierender Verwaltungsstrukturen war die Organisation bei Einheimischen wie ausländischen Hilfsorganisationen beliebt. Die AIAI unterstützte den großsomalischen Befreiungskampf in der äthiopischen Ogaden-Provinz. In Äthiopien beheimatete AIAI-Kommandos verübten eine Serie von Bombenanschlägen in Addis Abeba. Daraufhin marschierte

1996 die äthiopische Armee in Luuq ein und zerschlug die AIAI. Die Organisation ist seither als solche nicht mehr aktiv; ihre Mitglieder zogen sich insbesondere in den Raum Mogadischu zurück und verlegten sich auf Missionierung und Sozialfürsorge.

In einzelnen Stadtteilen von Mogadischu bildeten sich ab 1994 islamische Gerichtshöfe, um im herrschenden Chaos Recht und Ordnung durchzusetzen. Im Jahr 2000 schlossen sich die Gerichtshöfe zu einer *Union of Islamic Courts* (UIC) zusammen. Gleichzeitig wurden die diversen Milizen der Gerichtshöfe zu einer schlagkräftigen Truppe vereinigt. Mit dem Geld von Geschäftsleuten und den Waffen örtlicher Klans wurde *Warlords* und Kriminellen der Kampf angesagt.<sup>7)</sup>

Ihre somalischen und äthiopischen Gegner warfen der UIC vor, enge Verbindungen zur *Al Qaida* zu unterhalten. Ähnlich äußerten sich auch US-Regierungskreise. Zum Jahresanfang 2002 plante US-Präsident George Bush sogar eine Militäraktion, die aber wieder abgesagt wurde - wohl auch wegen der unklaren Beweislage.<sup>8)</sup>

Zweifelsohne geriet Somalia in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der *Al Qaida*. Bei den Terroranschlägen in Kenia und Tansania in den Jahren 1998 und 2002 hatten die Attentäter Somalia als Transitland genutzt. Die beim Angriff auf das israelische Charterflugzeug (2002) eingesetzten Flugabwehrraketen SA-7 waren in Somalia gekauft worden. Im Juni 2003 wurde ein geplantes *Al Qaida*-Suizidattentat mit einem Leichtflugzeug und einem Lastwagen auf die (neue) US-Botschaft in Nairobi verhindert - erstmals waren nun Somalier als Täter beteiligt.<sup>9)</sup>

Die UIC hat Verbindungen zur *Al Qaida* stets vehement bestritten. Richtig ist wohl, dass die Organisation als breite Sammelbewegung aus verschiedenen Strömungen entstand: missionsorientierte unpolitische Islamisten, innerstaatlich ausgerichtete politische Islamisten sowie global ausgerichtete Dschihadisten.<sup>10)</sup> Als moderat galt der UIC-Vorsitzende Scheich Sharif Ahmed. Andererseits stiegen in der UIC-Hierarchie die früheren AIAI-Kader Hassan Hersi „Al-Turki“ und Scheich Hassan Dahir Aweys auf. Letzterer brachte es zum Vorsitzenden des UIC-Rates.

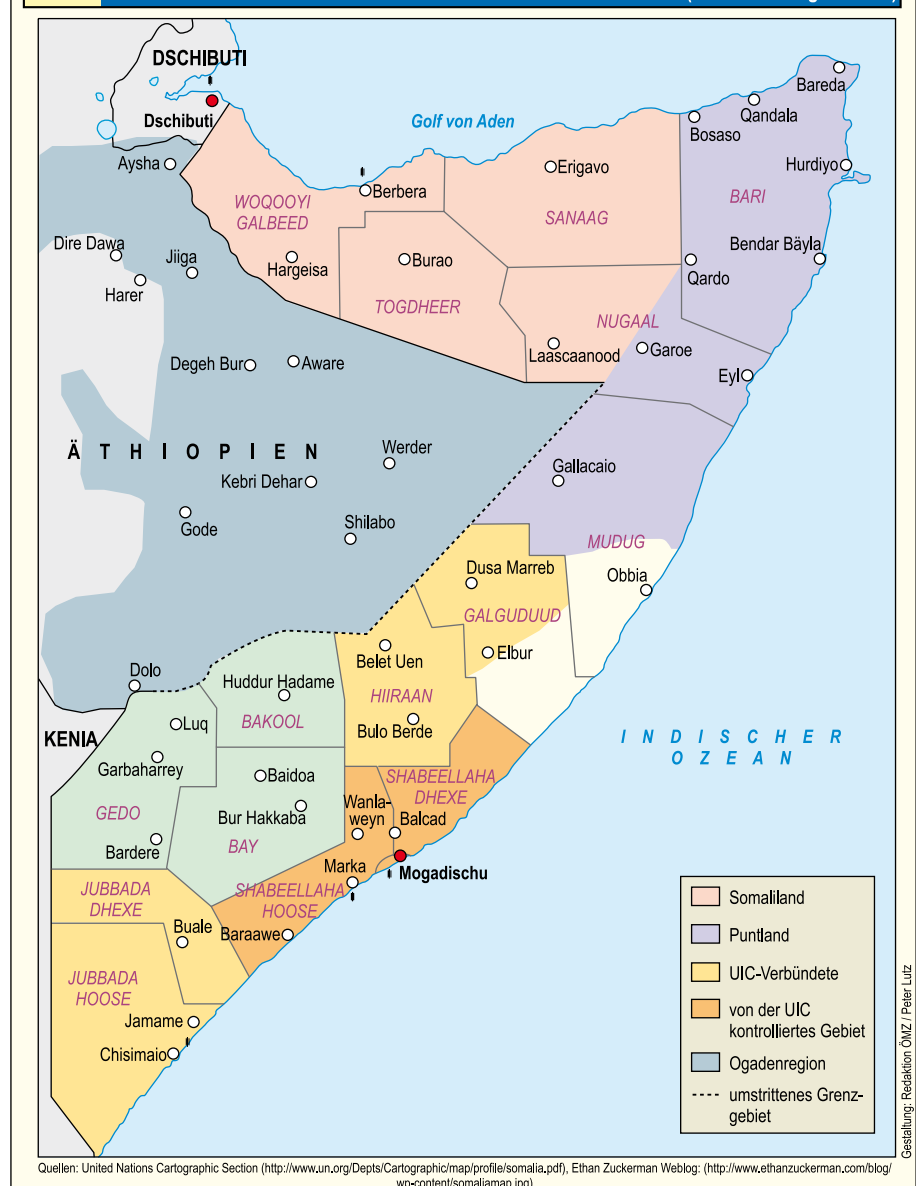
Nähe zum Dschihadismus wurde der 2005 gegründete Jugendorganisation *al-Shabaab* („die Jugend“) nachgesagt, die gleichzeitig die Elitetruppe der UIC bildete. Einer ihrer Führer war der vor dem 11.9.2001 in Afghanistan ausgebildete Adan Hashi Ayro. In Somaliland soll er 2003 für die Ermordung von Entwicklungshelfern verantwortlich sein. Auch weitere *Shabaab*-Kommandeure waren Afghanistan-Veteranen, so Ahmad Abdi Godane und Ibrahim Haji Jama „al-Afghani“. Gemäß Zeugenaussagen von Somaliern sollen Hunderte Ausländer (Araber, Afghanen, Pakistanis) rekrutiert und in Lagern zu Kämpfern ausgebildet worden sein.<sup>11)</sup> Nach anfänglichen Dementis von UIC-Führern

gab Hassan Hersi „Al-Turki“ nach der Eroberung von Kismayo im September 2006 den Ausländereinsatz zu: „*Brothers in Islam, we came from Mogadishu and we have thousands of fighters, some are Somalis and others are from the Muslim world* (...)“<sup>12)</sup>

Der Versuch der USA, aus entmachteten und diskreditierten *Warlords* eine Gegenallianz mit dem hochtrabenden Namen *Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism* (ARPCT) zu schmieden, erwies sich als militärischer und politischer Fehlschlag. Im Juni 2006 konnte die UIC diese Allianz vernichtend schlagen und Mogadischu vollständig unter ihre Kontrolle bringen. Die strikte Anwendung der *Scharia* - öffentliche Exekutionen und Prügelstrafen, Verbot westlicher Medien - stieß bei den überwiegend pragmatisch eingestellten Somaliern auf geteilte Zustimmung, doch schätzten sie die von der UIC gewährleistete öffentliche Sicherheit.

Zum Ende des Jahres kontrollierten die Islamisten weite Teile Süd- und Zentralsomalias. Doch überspannten sie ihre Möglichkeiten durch eine aggressiv antiäthiopische und großsomalische Politik. Im Dezember entschloss sich Äthiopien zum Einmarsch in Somalia. Dem mit schweren Waffen vorgetragenen und von den USA unterstützten Angriff hatten die UIC-Milizen nichts Gleichwer-

**Abb. 2** Machtübernahme der UIC in Süd- und Zentralsomalia (Stand: ca. August 2006)





tiges entgegenzusetzen. Im Januar 2007 kündigten UIC-Vertreter an, künftig aus dem Untergrund Widerstand zu leisten. Diverse Führer entkamen nach Jemen, andere dürften sich in Eritrea aufhalten. Erbeutete Dokumente deuten darauf hin, dass der gefürchtete Adan Hashi Ayro heute in Somalia Widerstandsgruppen anführt.<sup>13)</sup>

Der Widerstand konzentriert sich auf die städtische Kampfzone Mogadischu, wo die Chancen gegenüber den schlagkräftigen äthiopischen Truppen größer als auf dem Land sind. Rund 3.000 frühere *Shabaab*-Kämpfer sollen hier aus der Zivilbevölkerung heraus operieren. In kleinerem Umfang bildet die südliche Hafenstadt Kismayo ein Zentrum des Widerstandes.

Die bewaffneten Kräfte der Übergangsregierung sind zu schwach, weswegen äthiopische Truppen länger als geplant stationiert bleiben müssen. Von der in einer Stärke von 8.000 Mann beschlossenen *African Union Mission in Somalia* (AMISOM) war im Juli 2007 erst ein ugandisches Kontingent mit 1.600 Mann in Mogadischu präsent. Andere Truppensteller scheuen noch die Risiken eines Einsatzes. Auch die Ugander mussten bereits einen Blutzoll entrichten: Seit ihrer Stationierung im März 2007 wurden fünf Soldaten getötet.

Nach dem Sturz der UIC-Regierung im Dezember 2006 bat Verteidigungschef Scheich Yusuf Mohamed Siad „Indha-Adde“ um weltweite Unterstützung: „*The country is open to all Muslim jihadists worldwide.*“<sup>14)</sup> Sowohl die ideologische Positionierung wie auch die Kampfweise des Widerstandes deuten auf eine zunehmende Dschihadisierung hin. So formierte sich im Januar 2007 als UIC-Nachfolgeorganisation die *Popular Resistance Movement in the Land of Two Migrations*. Der Name erinnert an Emigrationen von Somaliern im 8. Jahrhundert - mit deutlicher Anspielung an die im Irak aktive *Al Qaida of the Jihad in the Land of the Two Rivers*. Als weitere neue Widerstandsgruppen sind die *Tawhid wa'l-Jihad*-Brigaden und das *Mujahideen Youth Movement* in Erscheinung getreten. Raffinierte Sprengfallen und ferngesteuerte Bomben am Straßenrand verweisen auf die Vorbilder Irak und Afghanistan. Auch kommt es zunehmend zu Suizidattentaten, wie z.B. am 4.6.2007 bei einem gescheiterten Anschlag auf Premierminister Ali Mohamed Gedi (sechs Todesopfer). Diese Anschlagform war in Somalia bisher nicht üblich.

Im April 2007 forderte die Nr. 2 der *Al Qaida*, der Ägypter Ayman al-Zawahiri, in zwei Tonbandbotschaften die afrikanischen und arabischen Muslime dazu auf, in Somalia gegen die äthiopischen Besatzer und die abendländischen „Kreuzritter“ zu kämpfen. US-Geheimdienste gehen davon aus, dass sich eine kleine Zahl von *Al Qaida*-Kämpfern in Somalia versteckt hält. So sei mit Abdullahi Sudi Arale im Juni 2007 ein „extrem gefährlicher Terrorist“ festgenommen und nach Guantanamo überstellt worden. Laut dem Pentagon war er als Kurier zwischen der *Al Qaida*-Führung in Pakistan und Somalia unterwegs und diente als Lieferant von Waffen und Identitätsdokumenten.<sup>15)</sup>

Nach Auskunft der Regierung der autonomen nördlichen Region Puntland landete am 30.5.2007 eine Gruppe Widerstandskämpfer mit zwei aus Südsomalia kommenden Schnellbooten beim Ort Bargal an der Spitze des Horns von Afrika. Nach Gefechten mit Sicherheitskräften hätten sie sich in das Bergland zurückgezogen. Ein US-Zerstörer beschoss in der Nacht vom 1./2.6. die Höhenzüge. Nach puntländischen Angaben sind in den Kämpfen sechs Dschihadisten aus Schweden, Amerika, Jemen, Marokko und Pakistan getötet worden. Eine Woche später überflogen US-Aufklärungsflugzeuge die Berge auf der Suche nach eventuellen *Al Qaida*-Verstecken.<sup>16)</sup> Die USA haben den Aufbau vergleichsweise gefestigter Strukturen

in Puntland (autonom) und Somaliland (einseitig für unabhängig erklärt) begrüßt und dort die Aufstellung von Sicherheitskräften und Geheimdiensten unterstützt.

Die US-Amerikaner jagen in Somalia v.a. drei *Al Qaida*-Mitglieder:

- den von den Komoren stammenden Fazul Abdullah Mohammed, der für den Drahtzieher der Anschläge von 1998 gehalten wird,
- den Kenianer Saleh Ali Saleh Nabhan (als ein Rädelsführer bei den Anschlägen von 2002 verdächtigt) sowie
- den Sudanesen Abu Talha „al-Sudani“, angeblich *Al Qaida*-Führer in Ostafrika.

Die Meinungen gehen auseinander, ob diese Personen in Somalia nur untergetaucht sind oder ob sie sich an den aktuellen Kämpfen beteiligen - der US-Wissenschaftler Peter Pham sieht in Fazul Abdullah Mohammed gar den Koordinator des somalischen Widerstands.<sup>17)</sup> Auf dessen Kopf hat das FBI ein Lösegeld von 5 Mio. USD ausgesetzt. Jüngste Angriffe von US-Kampfflugzeugen und US-Kriegsschiffen in Somalia galten insbesondere diesen drei Männern.

Momentan weist das somalische Konfliktszenario zahlreiche irakische Ingredienzien auf. Die Übergangsregierung hat nur geringe Legitimität und wurde von fremden Truppen an die Macht gebracht - für viele Einheimische eine Provokation. Die Präsenz ausländischer Truppen facht den nationalen Widerstand an und bringt den Islamisten Zulauf. Täglich explodieren Bomben, gezielte Erschießungen werden zur Normalität. Zehntausende Zivilisten sind aus der Hauptstadt geflohen. Die Übergangsregierung fördert in erster Linie die Interessen einer bestimmten ethnischen Gruppe, nämlich der *Darud*. Damit werden die *Hawiye* auf die Seite des Widerstands getrieben. Hinzu kommt das Paktieren mit zweifelhaften *Warlords*, was der Übergangsregierung weitere Sympathien kostet. Das Nachbarland Eritrea wirkt nach Kräften an der Destabilisierung des Landes mit, ebenso interessierte Kreise aus Saudi-Arabien und den Golfstaaten. Dschihadisten haben Somalia als neuen Kriegsschauplatz entdeckt und nutzen die geografische Nähe zu Arabien - von der jemenitischen Insel Abd al-Kuri sind es weniger als 100 km nach Somalia. Mit der Zersplitterung der Akteure rückt eine politische Lösung in immer größere Ferne, und der bewaffnete Konflikt greift bereits auf die von Somaliern bewohnten Gebiete in den Nachbarländern Äthiopien und Kenia über.

Nur wenn es gelingt, eine nationale Übereinkunft zu schließen, die alle Klans sowie gemäßigte Islamisten an der Macht und den Ressourcen beteiligt, die gewachsenen neuen Strukturen in Puntland und in Somaliland einbezieht und den Abzug der äthiopischen Truppen ermöglicht, kann die weitere „Irakisierung“ des Konfliktes verhindert werden.

## Sudan

Charakteristisch für den Sudan ist der mit großem Eifer gelebte Islam.<sup>18)</sup> Fromme Bruderschaften und Sekten üben großen Einfluss aus. Sie bestimmen auch die politische Kultur im Nordsudan. Manche Bruderschaften überlappen sich mit politischen Parteien: *Al-Ansar* (die Mahdi-Anhänger) mit der *Umma Party* (UP), die konservativ-islamische *Al-Khatmiyya* mit der *Democratic Unionist Party* (DUP), die islamistischen *Al-Ikhwan Al-Muslimin* (Muslimbrüder) mit der *National Islamic Front* (NIF), heute gespalten in die regierende *National Congress Party* (NCP) und in die oppositionelle *Popular Congress Party* (PCP) unter Führung des charismatischen Denkers Dr. Hassan Abd Allah al-Turabi.

Im Jahr 1983 wurde die *Scharia* im Sudan eingeführt, 1986 wurde das Land zur „Islamischen Republik“ erklärt. Nach dem Mi-

litärputsch von 1989 wurde die Islamisierung vorangetrieben. Unter dem Einfluss von Hassan al-Turabi wurden islamistische Gruppen aus aller Welt gefördert und im Land beherbergt, so von 1991-96 Osama bin Laden. Hier baute er seine weltweiten Finanzstrukturen auf, hier unterhielt er Ausbildungslager und beteiligte sich am Krieg gegen die „Ungläubigen“ im Südsudan.

Diese internationalistische Politik hat die sudanesisische Regierung angesichts US-amerikanischen Drucks aufgegeben. Nach dem 11.9.2001 versicherte sie die USA ihrer Unterstützung. US-Geheimdienste haben bei der Verfolgung internationaler Terroristen in den letzten Jahren recht erfolgreich mit den sudanesischen Geheimdiensten zusammengearbeitet.

Seit dem Bruch mit Hassan al-Turabi (1999) verfolgt die Regierung einen pragmatischen Kurs. Bei den diversen Bürgerkriegen geht es eher um Kontrolle von Macht und Ressourcen als um Islamisierung, wenngleich dieses Schlagwort immer noch als Überbau dient. Turabis PCP folgt weiterhin einer islamistischen Agenda, gibt sich heute aber gemäßigt und demokratisch.

Die aus Ägypten stammende, verbotene Bewegung *Al-Takfir wa l-Hijra* (Gemeinschaft der Bezeichnung des Unglaubens und der Auswanderung) hat im Sudan mit vereinzelt Anschlägen von sich reden gemacht. Viele ihrer Mitglieder sind radikalisierte frühere NIF-Anhänger. Die konspirative Organisation sucht die „ungläubige“ Gesellschaft zur Rückkehr auf den rechten Pfad zu zwingen. Ein Anhänger erschoss am 8.12.2000 in Omdurman 23 Gläubige in einer Moschee, bevor er selbst von der Polizei getötet wurde.<sup>19)</sup> Der US-Sender „Christian Broadcasting Network“ (CBN) zeigte 2005 ein Video unbekannter Herkunft, das nahelegt, dass in Madani (Hauptstadt des Bundesstaates al-Dschazira) Kinder und Jugendliche von islamistischen Predigern indoktriniert und für Anschläge ausgebildet werden.<sup>20)</sup>

Möglicherweise dulden manche Regierungsvertreter militante Strömungen - aus Sympathie oder aus politischem Kalkül. So mobilisierte die Regierung im Jahr 2006 Großdemonstrationen gegen die Entsendung einer UNO-Friedenstruppe nach Darfur. Dabei drohten fanatisierte Demonstranten mit „Heiligem Krieg“ und Terroranschlägen gegen Blauhelme. In diesem aufgeheizten Klima wurde am 5.9.2006 ein Journalist, der provokative Deutungen des Islam veröffentlicht hatte, entführt und geköpft. Ein Abu Hafs al-Sudani, angeblich Führer der *Al Qaida* im Sudan, übernahm im Internet die Verantwortung.<sup>21)</sup> Ob konkrete Verbindungen zur *Al Qaida* bestehen, ist unklar - möglicherweise hängten sich militante sudanesischen Islamisten nur diesen Mantel um. Andererseits wäre es durchaus möglich, dass sich die *Al Qaida* nach 1996 eine Untergrundpräsenz im Sudan bewahrte.

Osama bin Laden befasste sich erstmals im April 2006 mit dem Sudan. In einer Tonbandbotschaft verurteilte er das Friedensabkommen mit den südsudanesischen Rebellen und die geplante Entsendung einer UNO-Friedenstruppe nach Darfur. Er rief die *Mudschaheddin* im Sudan und in anderen Ländern dazu auf, „alles für einen Krieg gegen die Kreuzzügler im Westsudan vorzubereiten“. <sup>22)</sup> Die sudanesische Regierung distanzierte sich von der ungebeten Unterstützung Osama bin Ladens.

Am 20.8.2007 räumte die sudanesische Nachrichtenagentur SUNA ein, dass die Regierung eine Untergrundgruppe unschädlich gemacht habe, die mit Granaten, Bomben und anderen Waffen Anschläge gegen die Botschaften Frankreichs, Großbritanniens, der USA und der UNO geplant habe. Acht Personen seien festgenommen, drei Waffenverstecke beschlagnahmt worden. Verbindungen zur *Al Qaida* wurden bestritten.<sup>23)</sup>

Auch wenn die Regierung nun dem Kompromiss einer „hybriden“ Friedensmission von UNO und AU in Darfur mit begrenzten Kompetenzen zugestimmt hat, könnte deren Entsendung Widerstandsakte provozieren und Dschihadisten anlocken. Möglicherweise müssen diese nicht einmal illegal einsickern. Denn das Establishment fürchtet nicht nur einen Verlust der Macht in Darfur, sondern auch Maßnahmen zur Ergreifung international gesuchter mutmaßlicher Kriegsverbrecher (darunter hohe Regierungsfunktionäre).

## Sahelzone

Diverse Staaten in der niederschlagsarmen Sahelzone - Mauretanien, Mali, Niger, Tschad - sind dünn besiedelt und verfügen über schwache Regierungen und Sicherheitskräfte. Nomaden wie die Tuareg und die Tubu sind auf Unabhängigkeit vom Staat bedacht und kümmern sich wenig um Grenzen. Gut organisierte Netzwerke betreiben einen florierenden Schmuggel mit Waffen, Drogen und Menschen.

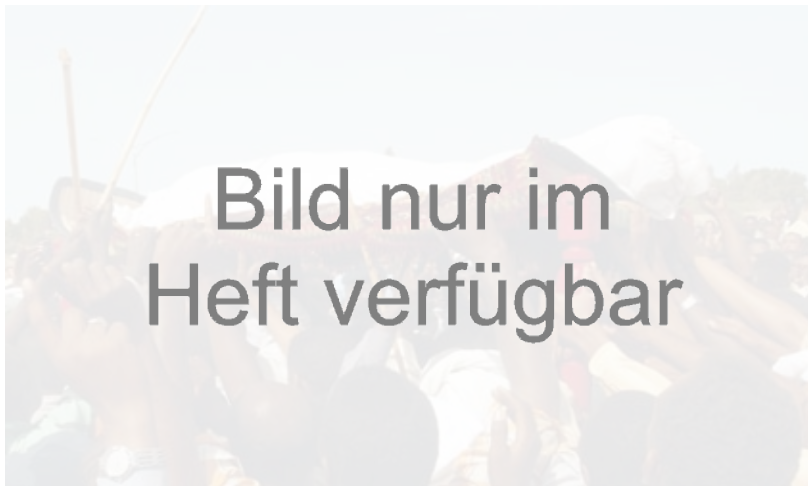
Wiederholt haben sich in der Vergangenheit militante Islamisten aus Algerien in den Sahelraum zurückgezogen. So entführte im März 2003 ein Kommando der algerischen *Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat* (GSPC) in Südalgerien 32 europäische Touristen, darunter 16 Deutsche und 10 Österreicher. Nach Lösegeldzahlungen wurden sie einen Monat später im algerisch/malischen Grenzgebiet freigelassen. Die Entführer entwichen über Mali und Niger teilweise bis in den Tschad.

Normalerweise nutzt die GSPC die Sahelländer als Rückzugsraum und verhält sich dort relativ ruhig. Doch am 4.6.2005 machten ca. 100-150 Mann mit einem Angriff auf einen entlegenen mauretanischen Militärposten von sich reden. 15 Soldaten wurden getötet, 17 weitere verwundet. Die mauretanische Regierung wurde wegen der Verhaftung von Islamisten, wegen ihrer Zusammenarbeit mit den USA und wegen ihrer pro-israelischen Haltung attackiert: Neben Ägypten und Jordanien ist Mauretanien das einzige Mitglied der Arabischen Liga, das Israel diplomatisch anerkannt hat. Unter den Angreifern sollen sich auch Mauretanier befunden haben. Gerade in Mauretanien haben in den letzten Jahren wahhabitische Missionseinrichtungen aus Saudi-Arabien Anhänger gefunden.<sup>24)</sup> Im Jahr 2000 bildete sich eine radikal-islamistische *Groupe Mauritanien pour la Prêche et le Jihad* (GMPJ). Westliche Geheimdienste vermuten in dem armen, sehr religiösen Land eine Präsenz der *Al Qaida* und getarnte Ausbildungslager für Terroristen.<sup>25)</sup>

Am 23.1.2007 verkündete die GSPC ihre Umbenennung in *Al Qaida pour le Maghreb islamique* (*Al Qaida* für den islamischen Maghreb) und erklärte sich damit zum Bestandteil des weltweiten *Al Qaida*-Netzwerkes. Die einige hundert bis tausend Mann starke Organisation dürfte nun auf verstärkte externe Unterstützung rechnen können. Im April machte sie mit mehreren schweren Bombenanschlägen in Algier auf sich aufmerksam.

Zwei Kampfgruppen der *Al Qaida pour le Maghreb islamique* sollen sich im unwirtlichen Nordmali aufhalten. Die nördlich von Timbuktu stationierte Gruppe *Benouar* wird von dem Algerier Mokhtar Belmokhtar geführt, einem Afghanistan-Veteranen. Im hohen Norden des Landes hält sich die Gruppe *Tarik ibn Ziad* auf. Unterstellt werden neben politischen auch kriminelle Interessen, so ist Belmokhtar als Waffenschmuggler bekannt.<sup>26)</sup> Manche Beobachter vermuten sogar eine teilweise staatliche Manipulation: Aktivitäten der Terroristen würden häufig dann erfolgen, wenn die algerische Regierung um westliche Unterstützung oder Militärhilfe werbe.<sup>27)</sup>

Der Sahel-Zone schenken die USA besondere Aufmerksamkeit. Im Oktober 2002 wurde die zweijährige *Pan Sahel Initiative* (PSI) in Gang gesetzt. Ziel war, die Fähigkeiten der Staaten Mauretanien, Mali, Niger und Tschad auf folgenden Gebieten zu stärken: Schutz der Grenzen; Überwachung der Bewegung von Personen und Gütern; Kampf gegen Terrorismus; regionale Zusammenarbeit.<sup>28)</sup> Die USA lieferten militärische Ausrüstung und ließen in jedem der vier Staaten mindestens eine schnelle Eingreifkompanie durch US-Spezialkräfte und private Militärdienstleister ausbilden. Algerien, Niger, Nigeria und der Tschad wurden von den USA ermuntert, im Juli 2003 eine Konvention gegen Terrorismus zu unterzeichnen.<sup>29)</sup> In Tamanrasset gestattete die algerische Regierung, dass die USA einen Flughafen als Aufklärungsposten nutzen. Ein US-Aufklärungsflugzeug *P-3 Orion* überwacht von hier die Sahelzone.<sup>30)</sup>



REUTERS/MOHAMED NURELDIN ABDALLAH

Am 6. September 2006 wurde südlich von Khartum der enthauptete Leichnam des Journalisten Mohamed Taha gefunden. Der für die Tageszeitung „Al-Wifaq“ tätige Journalist stand 2005 wegen Blasphemie vor Gericht, nachdem eine islamische Gruppierung wegen eines seiner Artikel Klage gegen ihn eingereicht hatte. Demonstranten in Khartum forderten das Todesurteil gegen ihn.

Im Jahr 2005 lief die fünfjährige *Trans-Sahara Counter Terrorism Initiative* (TSCTI) an.<sup>31)</sup> Mit rund 100 Mio. USD pro Jahr ist sie wesentlich besser ausgestattet als ihre Vorgängerin und wird durch zivile Entwicklungsprogramme ergänzt. Räumlich wurde sie auf Nord- und Westafrika ausgedehnt. Zusätzliche Mitglieder sind Algerien, Ghana, Marokko, Nigeria, Senegal, Tunesien, künftig möglicherweise auch Libyen. Im Juni 2005 brachte die Eröffnungsübung *Flintlock 2005* Algerien, Mauretanien, Mali, Niger, Senegal, Tschad, Tunesien, die USA sowie EU- und NATO-Partner zusammen.<sup>32)</sup>

Eine neue Entwicklung sind Kämpfe zwischen vormaligen malischen Tuareg-Rebellen der *Alliance Démocratique du 23 mai pour le Changement* (ADC) und Angehörigen der *Al Qaida pour le Maghreb islamique*. Die Tuareg-Rebellen hatten im Juli 2006 in Algier ein Abkommen mit der Regierung geschlossen. Sie werden künftig Anti-Terroreinheiten der Polizei stellen und in einem Lager in Kidal (Nordostmali) ausgebildet.<sup>33)</sup> In ähnlicher Weise instrumentalisieren die USA in Somalia bestimmte Klans.

## Westafrika

Viele westafrikanische Staaten sind in einen christlichen Süden und einen islamischen Norden gespalten. Vielerorts haben die Muslime ihre traditionelle Vorrangstellung eingebüßt. Christen dominieren heute gehobene Positionen in Staat und Wirtschaft. Regierungen kooperieren zunehmend mit den USA, während in

marginalisierten Bevölkerungsgruppen die Frustration über die eigene Lage zunimmt.

In Nigeria, wo die meisten Muslime südlich der Sahara konzentriert sind (ca. 67,5 Mio.), kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Zusammenstößen zwischen militanten Muslimen und militanten Christen. In manchen Fällen waren Hunderte Tote zu beklagen.

Auch wenn der Islam in Westafrika als moderat gilt, haben wahhabitische Prediger und Wohlfahrtsorganisationen in jüngster Zeit Fortschritte erzielt. In Nordnigeria machen seit einigen Jahren kleine militante Gruppen von sich reden. So wurde im Februar 2006 die Vigilantenmiliz *Hisbah* verboten, die die Einhaltung von *Scharia*-Bestimmungen wie das Alkoholverbot oder die Trennung von Frauen und Männern in Transportmitteln mit Gewalt durchsetzte. Seit 1999 gilt in - heute - zwölf Bundesstaaten Nordnigerias die *Scharia*.<sup>34)</sup>

An der Universität Maiduguri (nördlicher Bundesstaat Borno) entstand unter Studenten die islamistische Gruppe *Al Sunna Wal Jamma* (Jünger der Lehren Mohammeds). Es handelt sich vorwiegend um junge Männer aus wohlhabenden Familien, die die traditionellen islamischen Strukturen bekämpfen. Eine nahestehende Bewegung fordert seit einigen Jahren einen Gottesstaat nach dem Vorbild der afghanischen *Taliban*; sie bezeichnet sich denn auch als *Nigerianische Taliban*. Zur Jahreswende 2003/04 versuchten die *Taliban* in den Bundesstaaten Borno und Yobe einen Aufstand, der acht Tote forderte und 10.000 Menschen in die Flucht schlug.<sup>35)</sup> Im September 2004 griffen bewaffnete *Taliban* erneut Polizeistationen in Borno an. 27 Angreifer, drei Polizisten und sieben Zivilisten starben. Einer der Anführer soll in Afghanistan ausgebildet worden sein.<sup>36)</sup> Im April 2007 wurden bei Gefechten zwischen Polizisten und wahrscheinlich aus Niger eingesickerten Kämpfern in Kano 25 Angreifer getötet. Sie hatten zuvor elf Polizisten und die Ehefrau eines Polizisten umgebracht.<sup>37)</sup>

Einen Monat nach dem 11.9.2001 hielten muslimische Demonstranten in Kano (Nordnigeria) Plakate mit dem Bild von Osama bin Laden und der Aufschrift „Die Amerikaner sind Terroristen“ hoch. Sie skandierten: „*Osama, wir werden Deinem Aufruf folgen!*“<sup>38)</sup> Im Gegenzug nannte Osama bin Laden im Februar 2003 in einer Tonbandbotschaft Nigeria erstmals als mögliches Kampfgebiet. In den letzten Jahren unterstellten US-Diplomaten und US-Geheimdienstmitarbeiter verstärkte *Al Qaida*-Aktivitäten in Nigeria und warnten vor einer Gefährdung der strategisch wichtigen US-Ölimporte aus Westafrika.

Im Januar 2007 wurde der nigerianische Zeitungsverleger Mohammed Damagun angeklagt, 300.000 USD vom *Al Qaida*-Netzwerk erhalten und die militärische Ausbildung von 17 *Taliban*-Mitgliedern in Mauretanien organisiert zu haben.<sup>39)</sup> Einen Monat später begann in Abuja der Prozess gegen den Nigerianer Mallam Mohammed Ashafa. Er ist angeklagt, mit pakistanischem Geld eine *Al Qaida*-Zelle aufgebaut und Anschläge gegen in Nigeria lebende US-Amerikaner vorbereitet zu haben.<sup>40)</sup>

Die Banden im ölreichen Nigerdelta führen vor, wie bedroht westliche Anlagen und Mitarbeiter hier sind. Bombenattentate und Entführungen von Ausländern sind inzwischen an der Tagesordnung. Religion spielt dabei bisher keine Rolle - verantwortlich sind lokale politische Interessen und kriminelle Motive.

Auf Grund seiner gut entwickelten Infrastruktur und der florierenden Schattenwirtschaft ist Nigeria auch für illegale Transaktionen interessant. In den 1990er-Jahren finanzierte sich die *Al Qaida* mit illegal gehandelten Diamanten aus Sierra Leone und Liberia, wobei westafrikanische Libanesen als Mittelsmänner fungierten.<sup>41)</sup> *Al Qaida* nutzte außerdem nigerianische Internetseiten und E-Mail-Adressen.<sup>42)</sup>

## Ostafrika

Obwohl die muslimische Minderheit in Kenia vergleichsweise klein und moderat ist, besteht für Dschihadisten ein Rekrutierungspotenzial. Denn die kenianischen Muslime sind unzureichend in die moderne Wirtschaft integriert. Unter arbeitslosen muslimischen Jugendlichen in Mombasa ist Osama bin Laden ein populärer Mann, wie Kundgebungen nach dem 11.9.2001 zeigten.

Kenia besitzt außerdem eine weit entwickelte Infrastruktur und florierende kriminelle Netzwerke, die Terroristen nutzen können. Über vorgelagerte Inseln wie Lamu wird seit jeher Schmuggel von Drogen, Waffen und Menschen zwischen Kenia und Arabien betrieben. Ebenso ungehindert überschreiten Güter die kenianisch-somalische Grenze. Kenia ist auch ein Zentrum westlicher Einrichtungen aller Art. Das Land gilt als prowestlich und pflegt traditionell enge Kontakte zu Israel. *Al Qaida* verübte im Zeitraum 1998-2003 in Kenia zwei Anschläge und plante einen dritten (siehe oben). Mangelhafte Kontrollen und korrupte Beamte erleichtern solche Aktivitäten.

Kenianer wirkten sowohl als Helfershelfer wie als Attentäter mit. Der auf den Komoren geborene Fazul Abdullah Mohammed kam über Afghanistan nach Kenia und plante dort die Botschaftsattentate von 1998. Auf der Insel Lamu heiratete er eine Frau aus der lokalen muslimischen Gemeinde, lehrte in der Koranschule und eröffnete eine Scheinfirma. Für sein Vorhaben rekrutierte er Mitkämpfer wie Scheich Ahmed Salim Swedan aus Mombasa, der bei einem Aufenthalt in Pakistan radikalisiert worden war.<sup>43)</sup>

Die Geheimdienste vermuten, dass sich in Kenia 10-15 internationale *Al Qaida*-Terroristen im Untergrund aufhalten.<sup>44)</sup> Die US-Regierung hat ihre Bürger in den letzten Jahren immer wieder vor den Risiken einer Reise nach Kenia gewarnt.

Tansania ist weniger entwickelt als Kenia und in geringerem Maß westlich dominiert. Das Land ist stärker islamisch geprägt; auf den Inseln Pemba und Sansibar leben fast ausschließlich Muslime. Die verbreiteten Missions- und Wohlfahrtseinrichtungen aus den Golfstaaten, Saudi-Arabien und dem Sudan werden von westlichen Geheimdiensten verdächtigt, als Vehikel für Dschihadisten zu dienen. Besonderes Augenmerk richten die Geheimdienste auf die Inseln Sansibar und Pemba, deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung hinter dem Festland Tanganjika zurückbleibt. Befürchtet wird, dass die dortige Oppositions- und Autonomiebewegung von Islamisten unterwandert werden könnte. Auf Sansibar hat in den letzten Jahren der militante Prediger Scheich Issa Ponda von sich reden gemacht. Anhänger gründeten die Organisation *Simba wa Mungu* (Gottes Löwe), die Touristen, „korrupte“ Muslime und „schamlos“ gekleidete Frauen angegriffen hat.<sup>45)</sup>

Auf Sansibar wurden mindestens zwei *Al Qaida*-Kämpfer rekrutiert: Khalfan Khamis Muhammad, der der Teilnahme an den Anschlägen von 1998 überführt wurde, und der 2002 im Jemen von einer CIA-Drohne getötete Qaed Sanyan al-Harithi.<sup>46)</sup>

Im Juni 2003 stellte die US-Regierung 100 Mio. USD für eine *East African Counter-Terrorism Initiative* (EACTI) zur Verfügung. Im Zentrum stehen die Verbesserung der Grenzüberwachung, die

Steigerung militärischer und polizeilicher Effizienz und Maßnahmen gegen Geldwäsche. In Kenia haben die USA den Aufbau einer Anti-Terror-Polizei unterstützt.

## Südliches Afrika

Als einziges Land in Subsahara-Afrika hat Südafrika eine lange zurückreichende Tradition des Terrorismus aufzuweisen. Der heute regierende *Afrikanische Nationalkongress* (ANC) ging nach seinem Verbot im Jahr 1960 zum bewaffneten Untergrundkampf über. Sein militärischer Flügel *Umkhonto We Sizwe* (Speer der Nation) machte erstmals am 16.12.1961 mit Bombenanschlägen von sich reden. Vom Vorgehen gegen schwarze „Kollaborateure“ abgesehen, richteten sich Anschläge in der Regel nicht gegen Zivilisten, nahmen aber „Kollateralschäden“ in Kauf. Angesichts der Stärke des Staates konnten durchaus spektakuläre Erfolge erzielt werden: So explodierten am 19.12.1982 Bomben auf dem Gelände des Kernkraftwerks Koeberg bei Kapstadt und richteten erheblichen Schaden an. Am 20.5.1983 wurde das Luftwaffenhauptquartier in der Church Street in Pretoria durch eine Autobombe beschädigt. Dabei wurden 18 Menschen getötet und fast 200 verletzt - vorwiegend Straßenpassanten. Die Apartheid-Regierung erließ Anti-Terror-Gesetze und griff ihrerseits zu Gegenterror: Verdeckte Einheiten verübten im In- und Ausland Anschläge. So wurde am 29.3.1988 die ANC-Vertreterin Dulcie September in ihrem Pariser Büro erschossen.<sup>47)</sup>

Die 1991 eingeleiteten Verhandlungen zwischen der weißen Minderheitsregierung und der ANC-Allianz wurden von einer nachhaltigen, dezentralen Bombenkampagne gegen Staats- und Infrastruktureinrichtungen begleitet. Auf diese Weise suchten militante Weiße die Verhandlungen zu verhindern bzw. in ihrem Sinn zu beeinflussen. Die Schäden beliefen sich auf mehrere Millionen USD und unterbrachen u.a. Stromversorgungsnetze oder Bahngüterverbindungen. Der Widerstand kulminierte in einer Anschlagserie der *Afrikaner Weerstandsbeweging* (AWB) während der Wahlen vom April 1994. Die bis dato massivsten Bombenexplosionen des Landes in Johannesburg, Pretoria, am East und West Rand töteten 21 Menschen und verletzten 46. Einer der Anschlagorte war der stark bewachte Internationale Flughafen von Johannesburg.<sup>48)</sup> Terroranschläge militanter Weißer ebten 1995/96 ab. 2002 erfolgte eine Wiederbelebung durch eine neu formierte, aber bald durch Verhaftungen unschädlich gemachte Untergrundorganisation *Boeremag* (Burenmacht). Ein Dutzend Bombenanschläge wurde vor allem im schwarzen Johannesburg Stadtteil Soweto verübt. In dieser aus neuen, mittelständischen Milieus rekrutierten Organisation hatten sich aktive weiße Armeeoffiziere mit calvinistischen Fundamentalisten zu Umsturzplänen zusammengefunden.<sup>49)</sup>

Es folgte eine Periode islamistischer Terroranschläge. Beeinflusst durch die iranische Revolution, hatten muslimische Studierende im Westkap Anfang der 1980er Jahre die Bewegung *Qibla* (die muslimische Gebetsrichtung) gegründet, die sich dem Kampf gegen die Apartheid anschloss. Ihr Schlachtruf lautet: „*One Solution, Islamic Revolution*.“ Ungeachtet ihrer sunnitischen Ausrichtung wird *Qibla* vom Iran unterstützt. Die Organisation baute ein religiös-soziales Netzwerk auf und betreibt die Radiostation 786.<sup>50)</sup>

Radikale *Qibla*-Anhänger gehörten im Dezember 1995 zu den Gründern der Bürgerrechtsorganisation *People Against Gangsterism and Drugs* (PAGAD). Zunächst trat PAGAD als Lobbygruppe auf und prangerte staatliche Ineffizienz bei der Kriminalitätsbekämpfung an. Doch zunehmend griff ihr militanter Flügel *G-Force* zu Attentaten und Lynchjustiz. So wurde der bekannte Kapstädter Drogenhändler Rashaad Staggie am 4.8.1996 vor seinem Haus



angeschossen und bei lebendigem Leib verbrannt. Anwesende Polizisten griffen nicht ein. Ab 1998 folgte PAGAD einer deutlich erkennbaren islamistischen Agenda. Nun wurden auch US-amerikanische Einrichtungen, gemäßigte Politiker und Kritiker der Organisation attackiert. Zwischen Januar und August 1999 forderten PAGAD-Anschläge 17 Tote und 81 Verwundete. Sie weiteten sich aus und waren weniger zielgerichtet. Auch paktierten nun einzelne Drogenhändler mit PAGAD und instrumentalisierten die Bewegung gegen Konkurrenten. Im November 2002 erfolgte der letzte Anschlag. Der Staat konnte die Führer von PAGAD gefangen setzen und die Organisation damit zerschlagen.<sup>51)</sup>

## Bild nur im Heft verfügbar

AP Photo/Benny Gool

Radikale Anhänger einer muslimischen Studentenbewegung gründeten Ende 1995 die Organisation *People Against Gangsterism and Drugs*/PAGAD mit. Dem Feldzug gegen das Bandenwesen und den Drogenhandel fielen 28 Menschen zum Opfer. Aufsehen erregte v.a. der Tod von Rashaad Staggie. Der Drogenbaron wurde am 4. August 1996 von PAGAD-Leuten gelyncht. Fernsehteams filmten das makabre Schauspiel, während die Polizei untätig zusah.

Die Muslime in Südafrika teilen sich in zwei Hauptgruppen auf: die vergleichsweise vermögenden „Inder“ in *Kwazulu-Natal* und *Gauteng* mit Wurzeln in Indien/Pakistan sowie die weniger wohlhabenden „Kapmalaien“ mit Wurzeln in Südostasien. Erstere Gruppe hat das Potenzial zur Finanzierung, letztere zur Rekrutierung von Dschihadisten. Wenngleich die muslimische Bevölkerung Südafrikas überwiegend moderat ist, bestehen kleine islamistische Netzwerke, die von Dschihadisten instrumentalisiert werden können. Verbindungen existieren nach Mosambik, Malawi, Madagaskar, Mauritius, den Komoren sowie zu Muslimen in Großbritannien.

Nach dem *Al Qaida*-Anschlag im August 1998 auf die US-Botschaft in Dar es-Salaam (Tansania) setzte sich der Attentäter Khalfan Khamis Muhammad über Mosambik nach Südafrika ab, wo er bis zu seiner Festnahme im Oktober 1999 in Kapstadt unter falschem Namen als Asylant lebte.<sup>52)</sup>

Korrupte Mitarbeiter im südafrikanischen Innenministerium versorgten Dschihadisten mit „echten“ Identitätsdokumenten, wie sie Polizisten im Jahr 2004 kistenweise bei einem *Al Qaida*-Mitglied in Großbritannien konfiszierten.<sup>53)</sup> Mit einem solchen Pass war beispielsweise der britische Bürger indischer Herkunft Haroon Rashid Aswat im südlichen Afrika unterwegs, ein enger Kontaktmann der Attentäter vom 7.7.2005 in London.<sup>54)</sup> Problematisch ist auch die verbreitete Korruption in Häfen: Container können hier relativ einfach ohne Kontrolle abgefertigt werden.<sup>55)</sup>

Im Januar 2007 beschuldigten die USA die Vettern Junaid und Farhad Dockrat in Johannesburg bzw. Pretoria wegen Verdachts auf Finanzierung von *Al Qaida*. Es soll u.a. der Transfer Freiwilliger in pakistanische Ausbildungslager im Jahr 2004 bezahlt worden sein.<sup>56)</sup> Die USA haben sie auf ihre Terror-Liste gesetzt, die UNO noch nicht.

Am 13.3.2007 warnte ein südafrikanischer Geheimdienstvertreter, dass sich internationale islamistische Terroristen im Land befinden könnten.<sup>57)</sup> Bekannt ist beispielsweise, dass sich Abd al-Muhsin „al-Libi“ 2004 in Südafrika aufhielt, der von den USA als führender *Al Qaida*-Finanzier in Pakistan verdächtigt wird.<sup>58)</sup> Im März 2007 behaupteten Zeitungsberichte, dass eine islamistisch gesinnte Familie seit Mitte der 1990er-Jahre außerhalb von Port Elizabeth ein Ausbildungslager unterhalte. Die Existenz eines Lagers wurde bestätigt, doch konnte militärisches Training nicht nachgewiesen werden.<sup>59)</sup>

Westliche Anschlagssziele in Südafrika geraten vermehrt in den Blickpunkt von Dschihadisten. 2004 wurden zwei muslimische Südafrikaner - ein Arzt aus Johannesburg und ein Student aus Pretoria - zusammen mit dem bekannten tansanischen *Al Qaida*-Kämpfer Ahmed Khalfan Ghailani nach zwölfstündigem Feuergefecht in Gujrat (Pakistan) festgenommen. Aussagen und konfiszierte Dokumente deuten angeblich darauf hin, dass sie Anschläge auf von Ausländern frequentierte Einrichtungen planten, so auf die Börse von Johannesburg, auf das Regierungsgebäude, die US-Botschaft und das Sheraton-Hotel in Pretoria, auf das Touristenziel Waterfront in Kapstadt und das Kreuzfahrtschiff *Queen Elizabeth II* bei dessen Aufenthalt im Hafen von Durban.<sup>60)</sup> Vor dem Hintergrund der 2010 in Südafrika stattfindenden Fußball-Weltmeisterschaft muss diese - von der Regierung heruntergespielte - Information zweifellos als Alarmzeichen gewertet werden.

Südafrika ist als Pfeiler westlicher Wirtschaftsinteressen und Sitz einer einflussreichen jüdischen Minderheit im Visier der Dschihadisten. Anschläge würden sich auch gegen die ANC-Regierung richten, die trotz vorsichtiger Kritik an der Kriegspolitik im Irak militärisch, polizeilich und geheimdienstlich eng mit den USA kooperiert. In den letzten Jahren hat sie die Anti-Terror-Gesetze verschärft und eine *Financial Intelligence Unit* ins Leben gerufen.

Freilich steht, wie in vielen afrikanischen Staaten, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus nicht an oberster Stelle. So gehört Südafrika zu denjenigen afrikanischen Staaten, die noch keine Unterabteilung des *African Center for the Study and Research on Terrorism* etabliert haben. Die Polizei hat mit Ausbildungs- und Ausrüstungsmängeln zu kämpfen und ist von der alltäglichen, überbordenden Gewaltkriminalität überfordert.

### Grenzüberschreitende Kooperation ist notwendig

Auch wenn die große Mehrheit der an die 250 Mio. Muslime in Subsahara-Afrika keine Sympathien für Dschihadismus zeigt: Die Terrorgefahr in diesem Raum steigt. Nur mit grenzüberschreitender Kooperation kann ihr begegnet werden. 1999 verabschiedete die *Organisation Afrikanischer Einheit* (OAU) eine Konvention zur Prävention und Bekämpfung von Terrorismus, 2002 beschloss ihre Nachfolgerin *Afrikanische Union* (AU) einen Aktionsplan, 2004 wurde in Algier das *African Center for the Study and Research on Terrorism* eröffnet.<sup>61)</sup>

Die beschlossenen Maßnahmen müssen jedoch in den einzelnen Staaten nachhaltig umgesetzt werden. Auch dürfen autoritäre Re-

gierungen die zusätzlichen Machtmittel und Ressourcen nicht zur Unterdrückung interner Gegner missbrauchen. Schließlich werden Erfolge nur dann möglich sein, wenn die Wurzeln des Terrorismus beseitigt werden: Bürgerkriege, autoritäre Herrschaftsstrukturen, Unterdrückung einzelner Bevölkerungsgruppen, Rechtsunsicherheit, Ineffizienz staatlicher Institutionen, organisierte Kriminalität, Korruption, Armut, Arbeitslosigkeit, Unterentwicklung. ■

## ANMERKUNGEN:

- 1) United Nations Security Council, The Consolidated List established and maintained by the 1267 Committee with respect to Al-Qaida, Osama Bin Laden, and the Taliban and other individuals, groups, undertakings and entities associated with them, D. The list of entities belonging to or associated with the Al Qaida organisation, 9.7.2007. Internet-Dokument: <http://www.un.org/sc/committees/1267/pdf/pdflist.pdf> (Zugriff 3.8.2007).
- 2) Global Security.org: Combined Joint Task Force - Horn of Africa. Internetdokument: <http://www.globalsecurity.org/military/agency/dod/cjtf-hoa.htm> (Zugriff 3.8.2007).
- 3) Andrew McGregor: Battleground Somalia: America's Uncertain Front in the War on Terror, *Terrorism Monitor* 4 (2007) 12, S.9.
- 4) Abu Azzam al-Ansari: Al-Qaida tattajih nahwa Ifrikyia, *Sada al-Jihad*, Nr. 7 (Juni 2006), S.27-30.
- 5) Zit. nach Reuven Paz und Moshe Terdman: Africa: The Gold Mine of Al-Qaeda and Global Jihad. *Global Research in International Affairs Center, The Project for the Research of Islamist Movements (PRISM) Occasional Papers*, 4 (2006) 2 (Juni 2006). Internet Dokument: [http://www.terrorism-info.org.il/malam\\_multimedia/English/eng\\_n/html/tp\\_0606.htm](http://www.terrorism-info.org.il/malam_multimedia/English/eng_n/html/tp_0606.htm) (Zugriff 3.8.2007).
- 6) Erich Marquardt: Al-Qaeda's Threat to Ethiopia, *Terrorism Monitor* 3 (2005) Nr. 3, S.4.
- 7) Cedric Barnes/Harun Hassan: The Rise and Fall of Mogadishu's Islamic Courts, Chatham House, Africa Programme, AFP BP 07/02, April 2007.
- 8) Ken Menkhaus: Somalia: State Collapse and the Threat of Terrorism (= Adelphi Paper 364), Oxford 2005, S.68.
- 9) Ebd., S.70.
- 10) Anouar Boukhars: Understanding Somali Islamism, *Terrorism Monitor*, 4 (2006) Nr. 10, S.3-6.
- 11) Die somalischen Islamisten im Aufwind, *Neue Zürcher Zeitung* 21/22.10.2006; Andrew McGregor: The Leading Factions Behind the Somali Insurgency, *Terrorism Monitor* 5 (2007) Nr. 8, S.2f.
- 12) Daveed Gartenstein-Ross/Bill Roggio: A New Terrorist Haven, the weekly Standard, 30.10.2006. Internet-Dokument: <http://www.theweeklystandard.com/Content/Public/Articles/000/000/012/851cvqch.asp?pg=2> (Zugriff 3.8.2007).
- 13) Andrew McGregor: Somalia's Islamist Leadership: Where Are They Now?, *Terrorism Focus*, 4 (2007) 2, S.2.
- 14) Zit. nach Andrew McGregor: Weapons and Tactics of the Somali Insurgency, *Terrorism Monitor*, 5 (2007) 4, S.8.
- 15) Festnahme am Horn von Afrika, FAZ, 8.6.2007.
- 16) US Navy strikes Al-Qaeda hideouts in north Somalia as two officials slain; bzw. Somalia: US preparing air-strikes against Al Qaeda in Somalia: official. Shabelle.net, 2. bzw. 13.6.2007. Internet-Dokumente: <http://www.shabelle.net/news/ne3025.htm> bzw. <http://www.shabelle.net/news/ne3075.htm> (Zugriff 3.8.2007).
- 17) J. Peter Pham: Mired in Mogadishu, *World Defense Review*, 26-7-2007. Internet-Dokument: <http://worlddefensereview.com/pham072607.shtml> (Zugriff 3.8.2007).
- 18) Fouad und Barbara Ibrahim, Der politische Islam im Sudan heute. In: Bernd Rill (Hrsg.), *Aktuelle Profile der islamischen Welt* (= Berichte und Studien der Hanns-Seidel-Stiftung, Bd. 76), München 1998, S. 179-193.
- 19) Gunman kills 20 in Sudan mosque. BBC News, 9.12.2000, Internet-Dokument: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/1062277.stm> (Zugriff 3.8.2007).
- 20) George Thomas: Africa's Terror Havens: The Next Wave, CBN News, 25.4.2005. Internet-Dokument: <http://www.cbn.com/cbnnews/news/050425a.aspx> (Zugriff 23.8.2007).
- 21) Andrew McGregor: Khartoum's Murdered Journalist: A Casualty in Islam's Theological Civil War, *Terrorism Focus* 3 (2006) Nr. 36, S.5f.
- 22) USA nennen Botschaft Osama bin Ladens authentisch, *Süddeutsche Zeitung* 25.4.2006.
- 23) Sudan breaks plot to attack Western diplomats: SUNA, Reuters World News, 20.8.2007. Internet-Dokument: <http://www.reuters.com/article/worldNews/idUSMCD04701520070820> (Zugriff 23.8.2007).
- 24) Stephen Ulph: Algerian GSPC Launch Attack in Mauritania, *Terrorism Focus* 2 (2005) Nr. 11.
- 25) Ester Pan: Africa: Terror Havens. Council of Foreign Relations, 30.12.2003. Internet-Dokument: <http://www.cfr.org/publication/7716/africa.html> (Zugriff 3.8.2007).
- 26) Jean-Pierre Tuquoi: Le „no man's land“ du Sahara sert de refuge aux islamistes, *Le Monde*, 13.4.2007.
- 27) So Jeremy Keenan, Terror in the Sahara: The Implications of US imperialism for North & West Africa, *Review of African Political Economy* 31 (2004) Nr. 101, S.483f.
- 28) Sigrid Faath, US-Engagement im Sahel-Sahararaum: Terrorismusbekämpfung als Vorwand oder Notwendigkeit?, *DOI-Focus* (2005) 18 (Januar), S.7-15.
- 29) Jeremy Keenan (wie Anm. 27), S.491.
- 30) Daniel Volman: U.S. Military Programs in Sub-Saharan Africa, 2005-2007. Internet-Dokument: <http://www.prairienet.org/acas/military/military06.html>.
- 31) GlobalSecurity: Trans-Sahara Counterterrorism Initiative (TSCTI), <http://www.globalsecurity.org/military/ops/tscti.htm> (Zugriff 3.8.2007).
- 32) Catherine Fellows, US targets Sahara „terrorist haven“, BBC News, 8 Aug 2005, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/4749357.stm> (Zugriff 3.8.2007).
- 33) Mali's ex-rebels to fight terrorism, *Africast*, 22.2.2007. Internet-Dokument: <http://news.africast.com/africastv/article.php?newsID=61301> (Zugriff 23.8.2007).
- 34) Crackdown on Nigeria Sharia group. BBC News, 10.2.2006. Internet-Dokument: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/africa/4700314.stm> (Zugriff 3.8.2007).
- 35) GlobalSecurity: Al Sunna Wal Jamma. Internet-Dokument: <http://www.globalsecurity.org/military/world/para/al-sunna.htm> (Zugriff 3.8.2007).
- 36) Nigeria police „kill 27 Taleban“, BBC News, 24.9.2004. Internet-Dokument: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/africa/3685280.stm> (Zugriff 3.8.2007).
- 37) Gefechte in Nordnigeria. FAZ, 19.4.2007.
- 38) Frank Raether: Der Ruf nach einem Moslem-Staat wird lauter, *Berliner Zeitung* 16.10.2001.
- 39) Nigerian publisher charged with terrorism, *Mail & Guardian online*, 17.1.2007. Internet-Dokument: <http://www.mg.co.za/articledirect.aspx?articleid=295962>
- 40) Ise-Oluwa Ige: Pandemonium in court as trial of Nigerian leader of Al-Qaeda begins. FG applies for further secret trial, *Vanguard*, Apapa (Nigeria) 23.2.2007. Internet-Dokument: <http://odili.net/news/source/2007/feb/23/306.html> (Zugriff 23.8.2007).
- 41) International Crisis Group: Counter-Terrorism in Somalia: Losing Hearts and Minds? (= ICG Africa Report Nr. 95), Brüssel, 11.7.1995, S.26.
- 42) Olayinka Oyegbile: Africa and Threats of Terrorism, *Daily Independent*, Lagos (Nigeria) 6.12.2004. Internet-Dokument: <http://www.worldpress.org/Africa/1989.cfm#down> (Zugriff 23.8.2007).
- 43) William Rosenau: Al Qaeda Recruitment trends in Kenya and Tanzania, *Studies in Conflict & Terrorism* 28 (2005) 1, S.3.
- 44) Ebd., S.2.
- 45) Tanzania: Al Qaeda's East African Beachhead?, *Terrorism Monitor* 1 (2003) 5, S.3f.
- 46) Ebd., S.2.
- 47) Paul Moorcraft: African Nemesis. War and Revolution in Southern Africa 1945-2010, London u.a. 1989, S.344-357.
- 48) Martin J. Murray: The Revolution Deferred. The Painful Birth of Post-Apartheid South Africa, London/New York 1994, S.199-201, 207f.
- 49) Martin Schönteich/Henri Boshoff: „Volk“, Faith and Fatherland: The Security Threat Posed by the White Right (= Institute for Security Studies Monograph No. 81), Pretoria 2003, S.55-78.
- 50) Anneli Botha: PAGAD: A Case Study of Radical Islam in Southern Africa, *Terrorism Monitor* 2 (2005) Nr. 17, S.9.
- 51) Ebd., S.9-11.
- 52) Michael Rifer: SADC and Terrorism. Where is the regional strategy? In: *African Security Review* 14 (2005) 1, S.85.
- 53) John Solomon: The Danger of Terrorist Black Holes in Southern Africa, *Terrorism Monitor*, 5 (2007) Nr. 5, S.3.
- 54) Kurt Shillinger: al-Qaeda in southern Africa. The emergence of a new front in the war on terrorism, *Armed Forces Journal* (2006) February, S.16.
- 55) Ebd., 14.
- 56) Wie Anm. 53, S.2f.
- 57) Wie Anm. 53, S.1.
- 58) Wie Anm. 53, S.3f.
- 59) John Solomon: New Report of Terrorist Camp in South Africa, *Terrorism Focus* 4 (2007) Nr. 12, S.5f.
- 60) Government seeks to quash „al-Qaeda terror“ panic, *SouthScan*, 19 (2004) Nr. 16, S.1f.; Andrew Holt: South Africa in the War on Terror, *Terrorist Monitor* 2 (2004) 23. Internet-Dokument: [http://www.jamestown.org/publications\\_details.php?volume\\_id=400&issue\\_id=3161&article\\_id=2368948](http://www.jamestown.org/publications_details.php?volume_id=400&issue_id=3161&article_id=2368948) (Zugriff 23.8.2007).
- 61) Hierzu Kerstin Petretto: Afrika und der „Global War on Terror“. In Ulrich Schneckenner (Hrsg.): *Chancen und Grenzen multilateraler Terrorismusbekämpfung* (= SWP-Studie S.14), Studie Wissenschaft und Politik, Berlin, Juni 2007. - Siehe auch Stefan Mair: *Terrorismus in Afrika*, SWP-Aktuell 54, Berlin, Dezember 2002.

## Dr. Martin Pabst

Geb. 1959; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Anglistik in München und Würzburg; 1988 Promotion zum Dr. phil.; Reserveoffizier; Forschungsaufenthalte in Lomé (Togo), London und Oxford; Lehrauftrag an der Universität Würzburg; seit 1992 Büro Forschung & Politikberatung in München; zahlreiche Buch- und Aufsatzveröffentlichungen.

# General Emil Spannocchi - Aristokrat, Visionär, Revolutionär

Wolfgang Wildberger

Vor 15 Jahren, Ende Mai 1992, verunglückte General der Panzertruppe in Ruhe Emil Spannocchi bei einem Ausritt im Akademienpark der Theresianischen Militärakademie und verstarb, nachdem er insgesamt drei Monate im Koma gelegen war, am 29. August 1992 in Wiener Neustadt.

Spannocchi ging v.a. als Schöpfer der Raumverteidigung in die Geschichte ein - die öffentlichen Medien verwendeten gerne den griffigen Begriff „Spannocchi-Doktrin“. Aber auch der Auf- und Ausbau der österreichischen Panzerwaffe ist untrennbar mit seinem Namen verknüpft, ebenso die Weiterentwicklung der Stabsakademie in Wien zur Landesverteidigungsakademie.

Spannocchi bestach durch seine Persönlichkeit und Eloquenz, mit der er die Anliegen der Landesverteidigung medienwirksam an die Öffentlichkeit brachte. Es ist sicherlich nicht fehl am Platze, ihn als den bedeutendsten General der Zweiten Republik zu bezeichnen.

In Gesprächen um die Persönlichkeit Spannocchi tauchen v.a. immer drei Fragen auf:

1. Stimmt es, dass die Familie der Grafen Spannocchi seit ihrer Übersiedlung aus der Toskana in die Habsburgermonarchie in jeder Generation einen General hervorgebracht hat?

2. Was hat Spannocchi eigentlich im Zweiten Weltkrieg gemacht?

3. War er nun der Schöpfer der Raumverteidigung oder hat er sie nur gut verkauft?

## Uralte toskanische Familie, dann österreichisch-ungarische Grafen

Die Spannocchis entstammen einer uralten toskanischen Familie aus einem Zweig der Grafen der Pannocchieschi. Vorfahren dieser Familie lassen sich bis ins 8. Jahrhundert im Gebiet südwestlich von Siena nachweisen. Um 1150 erbauten sie in der Nähe von Siena ihre heute noch bestehende Stammburg und nannten sich nach ihr Es-Pannocchia, woraus sich dann der Name Spannocchi entwickelte. Sie siedelten sich auch in der Stadt Siena selbst an, wo heute noch der Palazzo Spannocchi aus dem 15. Jahrhundert besteht.

1737 starb der letzte Großherzog von Toskana aus der Linie der Medici. Neuer Großherzog wurde Franz Stephan von Lothringen, sein Nachfolger in der Toskana wurde sein Sohn Erzherzog Leopold. Als Großherzog führte er den Namen Pietro Leopoldo I.

Als dessen Bruder Kaiser Joseph II. 1790 starb, wurde er als Leopold II. zum neuen römisch-deutschen Kaiser gewählt. Dies bedeutete die Übersiedlung nach Wien.

Mit dem neuen Kaiserpaar kam auch der erste Spannocchi nach Österreich: Lelio Spannocchi, 1739 in Siena geboren, war der militärische Erzieher der Söhne des Kaisers, Erzherzog Carl und Erzherzog Johann. Er wurde als kaiserlicher Offizier 1795 österreichischer Freiherr, begründete die heute nur noch in Österreich existierende Linie der Spannocchis und ging 1806 als Feldmarschallleutnant in Pension.

Sein Sohn Peter Leopold beendete seine militärische Karriere als General der Kavallerie. Er war mit einer ungarischen Gräfin verheiratet und erhielt auch 1825 den ungarischen Grafentitel, dem erst 1846 der eines österreichischen Grafen folgte. Das Paar hatte drei Söhne - Julius, Leopold und Carl - und eine Tochter. Alle drei Söhne schlugen eine militärische Laufbahn ein, aber keiner brachte es zum General. Julius Spannocchi hatte zwei Söhne: Lelio, geboren 1868 in Theresienstadt, und Anton, geboren 1869 in Prag.

Lelio, Emil Spannocchis Onkel, war zu Kriegsende 1918 Generalmajor. Sein Bruder Anton, Emil Spannocchis Vater, absolvierte die k.u.k. Militärakademie in Wiener Neustadt und war zu Kriegsende Oberst.<sup>1)</sup> Der 1909 in Graz mit Gabriella Attems-Heiligenkreuz geschlossenen Ehe entstammten drei Kinder: Tochter Livia und die

Söhne Lelio und Emil. Letzterer sollte bislang der letzte General Spannocchi in österreichischen Diensten werden.

## 1. Bundesheer und Deutsche Wehrmacht

Am 1. September 1916 erblickte Emil Maria Edmund Ignaz Ägydius Graf Spannocchi auf Schloss Aigen bei Salzburg das Licht der Welt. Nach der Volksschule in Lambach besuchte er ab 1927 das Benediktiner-Gymnasium in Seitenstetten. Er maturierte 1934 mit Auszeichnung, übrigens zwei Jahre vor seinem späteren Verteidigungsminister Dr. Georg Prader.<sup>2)</sup>

Am 1. September 1934 rückte Emil Spannocchi zum Bundesheer ein, und zwar als Einjährig-Freiwilliger zur *Dragoner-Schwadron Nr. 4* in Enns. Spannocchi wollte Berufsoffizier werden und wurde auch nach einem Auswahlverfahren 1935 in den 1. Jahrgang der Theresianischen Militärakademie aufgenommen.

Bild nur im  
Heft verfügbar

BUNDESHEER/LVANIA WITTMANN



Die Ausmusterung seines Jahrgangs war für den 1. April 1938 vorgesehen. Auf Spannocchi wartete das *Dragoner-Regiment 2* in Enns. Aber es sollte anders kommen.

Durch den „Anschluss“ Österreichs an das nationalsozialistische Hitler-Deutschland im März 1938 änderten sich urplötzlich alle Ausmusterungsverbände für die neu auszumusternden Offiziere des Jahrgangs „Neustadt 38/I“, wie er später genannt werden sollte. Leutnant Spannoccas erster Verband, in dem er als Offizier Dienst tun sollte, wurde nun das *Kavallerie-Regiment 17* in Bamberg. Bemerkenswert dort war die distanziert-liberale, also keineswegs nationalsozialistische Geisteshaltung des Offizierskorps.

Mit Kriegsbeginn 1939 teilte sich das *Kavallerie-Regiment 17* in fünf Aufklärungsabteilungen. Spannocchi erlebte seine Feuertaufe im Polenfeldzug als Kommandant eines Reiterzuges bei der 7. *Infanterie-Division*. In diesem Feldzug erwarb er auch das Eiserne Kreuz II. Klasse und wurde am 1. Oktober 1939 zum Oberleutnant befördert.



Der Berufswunsch des jungen Emil Spannocchi war Berufsoffizier. Somit stellte er sich 1935 dem Offiziersauswahlverfahren an der Theresianischen Militärakademie und wurde in den 1. Jahrgang aufgenommen (2. Jahrgang/A-Kompanie der Militärakademie in Wiener Neustadt 1937, Militärakademiker Spannocchi 3.v.r. in der 2. Reihe).

Nach dem Polenfeldzug kam Spannocchi zum *Reiter-Regiment 2* der 1. *Kavallerie-Division* und machte als stellvertretender Schwadronschef den Westfeldzug 1940 in Holland und Frankreich mit. Nach dem Sieg in Frankreich wurde die Division nach Polen verlegt.

Den Beginn des Russlandfeldzuges ab 22. Juni 1941 erlebte Emil Spannocchi als Chef einer Reiterschwadron. Seine 1. *Kavallerie-Division* kämpfte im Verband der *Panzergruppe 2* unter Generaloberst Guderian am Südflügel der *Heeresgruppe Mitte*. Spannocchi erlitt im Zuge der schweren Kämpfe mit der *Roten Armee* auch eine Splitterverletzung an Hals und Hinterkopf. Am 6. August 1941 wurde ihm das Eiserne Kreuz I. Klasse verliehen.

Ab Ende 1941 wurde die Kavalleriedivision in die 24. *Panzer-Division* umgegliedert. Sie führte aber die Tradition der Kavallerie weiter. Daher wurde Oberleutnant Spannocchi nicht etwa zum Hauptmann, sondern am 1. April 1942 zum Rittmeister befördert. Er war zu diesem Zeitpunkt Kommandant der 2. *Panzer-Schwadron* des *Panzer-Regiments 24*, ausgestattet mit *Panzer III*.

Ab Ende Juni 1942 erfolgte dann der erste Einsatz der 24. *Panzer-Division* als gepanzerter Großverband, und zwar aus dem Raum Kursk heraus in Richtung Don. Nach der Einnahme von Woronesch Anfang Juli 1942 ging die Division weiter Richtung Stalingrad vor, dessen südwestlichen Stadtrand sie nach andauernden Kämpfen am 10. September nehmen konnte. An diesem Tag wurde Spannocchi durch einen Schuss in den Unterarm schwer verwundet und in weiterer Folge vom Flugplatz Gumrak aus ausgeflogen. Damit blieb ihm das Schicksal, mit der 24. *Panzer-Division* in Stalingrad unterzugehen, erspart.

Das Jahr 1943 war geprägt durch die Neuaufstellung der 24. *Panzer-Division* in Frankreich und den anschließenden Auftrag an die Division, im Sommer an der Entwaffnung des vormaligen Bündnispartners Italien teilzunehmen. Spannocchi war als Chef der 11. *Panzer-Schwadron* im Einsatz.

Als die Division im Oktober 1943 wieder an die Front nach Russland abging, war Spannocchi schon zur Generalstabsausbildung nach Berlin-Hirschberg einberufen worden. Nach dem theoretischen Teil wurde er zur praktischen Stabsverwendung in verschiedenen Stäben im Raum Monte Cassino in Italien eingesetzt. Die Ernennung zum Major im Generalstab erfolgte mit 1. April 1944.

Mit 1. Dezember wurde er als Generalstabsoffizier, und zwar zunächst als 1b, also Versorgungsführer, bei der 2. *Panzer-Division* eingeteilt. Ab 16. Dezember 1944 führte dieser auch „Wiener Division“ genannte Großverband die befohlenen Angriffsoperationen im Rahmen der Ardennen-Offensive durch. Dabei erzielte die 2. *Panzer-Division* den tiefsten Einbruch bis fast an die Maas, bevor sie sich infolge der Luftherrschaft der Alliierten wieder absetzen musste. In weiterer Folge wurde die Division bis in den Raum Karlsbad/Marienbad in der heutigen Tschechischen Republik zurückgeworfen.

Als die US-Armee Anfang Mai nicht mehr nachrückte, dafür aber die *Rote Armee* von Osten her immer näher kam, löste Emil Spannocchi zusammen mit seinem Bruder Lelio, der als Regimentsadjutant beim divisionseigenen *Panzer-Regiment 3* eingeteilt war, etwa 1.700 Österreicher aus der Division heraus und führte sie bewaffnet bis Krumau, wo er sie mit Kriegsende eigenmächtig nach Hause entließ. Er selber traf am 17. Mai 1945 zu Hause in Lambach, OÖ, ein.

## Dienst in der B-Gendarmerie

Nach dem Krieg fand Emil Spannocchi zunächst eine Anstellung in der Stahlbranche in Salzburg. 1947 heiratete Spannocchi die um fünf Jahre jüngere Theresia Czernin; der Ehe entstammen fünf Kinder.

Anfang 1952 wechselte er dann zu einer italienischen Firma nach Mailand, für die Familie eine sehr angenehme Zeit, geprägt von einer großzügigen Residenz, einem schönen Auto und keinerlei finanziellen Sorgen. Aber es war für den ehemaligen Offizier auch nicht das, was er sein Leben lang machen wollte. Sobald sich die Gelegenheit ergab, ging Emil Spannocchi in seinen Traumberuf zurück, auch unter Inkaufnahme finanzieller Einbußen.



Am 26. Februar 1954 wurde Emil Spannocchi als Vertragsbediensteter der Bundesgendarmerie, und zwar als Offizier der B-Gendarmerie,<sup>3)</sup> mit dem Dienstgrad „Rittmeister“ aufgenommen.<sup>4)</sup> Er trat mit diesem Datum bei der *Abteilung 5/Sch* in Wien seinen Dienst an, wurde aber noch am selben Tag der *Gendarmerieschule Kärnten I* dienstzugeteilt, übernahm bald die *Fahreinheit Kärnten* in Krumpendorf und übersiedelte mit dieser Einheit im September 1954 nach Graz in die Wetzelsdorfer Kaserne.<sup>5)</sup>

Ab 1. Oktober 1954 nach Wien zurückgeholt, arbeitete Spannocchi in weiterer Folge in der *Abteilung 5/Sch* unter Hofrat, später General, Dr. Liebitzky, und zwar als Referent für „Panzer- und Mot-Angelegenheiten“. Am 15. Juli 1955 wurde diese Abteilung in „Amt für Landesverteidigung“ umbenannt und aus dem Innenministerium in das Bundeskanzleramt übergeführt.

Am 7. September 1955 wurde das Wehrgesetz im Parlament verabschiedet. Dieses Datum ist somit der Gründungstag des neuen Österreichischen Bundesheeres.

### Spannocchi als Schulkommandant

Der am 15. Mai 1955 erfolgte Abschluss des Staatsvertrages brachte Österreich die volle Souveränität zurück. Demnach war es nicht mehr notwendig, die bewaffnete Macht unter dem Deckmantel „B-Gendarmerie“ zu verstecken. Alle B-Gendarmerie-Verbände und -Einheiten wurden in militärische Formationen umbenannt.

Aus den drei B-Gendarmerie-Fahreinheiten entstand ein eigener Verband, der schließlich am 15. November 1955 die Bezeichnung *Panzertruppenschule* erhielt.

Aus dem Amt für Landesverteidigung wurde am 11. Juli 1956 das neue Bundesministerium für Landesverteidigung geschaffen. Erster Verteidigungsminister wurde Ferdinand Graf.

Im August 1956 übergab Major Nekola das Kommando über die *Panzertruppenschule* an Oberstleutnant Waldeck. Im Oktober 1956 rückten die ersten Wehrpflichtigen zum Bundesheer ein. Und noch im selben Monat gab es für das junge Bundesheer die erste Bewährungsprobe: Einsatz des Bundesheeres zum Schutz der Grenze zu Ungarn.

Auch Teile der *Panzertruppenschule* aus Hörsching wurden zum Neutralitätsschutz in das Burgenland beordert. Dabei blieben auch Probleme nicht aus, waren aber durch Koordinierungen aus dem Ministerium wieder in den Griff zu bekommen.<sup>6)</sup> Dabei war auch Spannocchi entscheidend involviert.

Nach dieser erfolgreichen Stabstätigkeit war für ihn die Zeit reif, ein ansprechendes Kommando zu übernehmen. Es wurde die *Panzertruppenschule*.

Mit Wirkung vom 1.1.1957 wurde Emil Spannocchi zum Oberstleutnant des höheren militärischen Dienstes ernannt.

Nach Beendigung des Einsatzes zur Grenzsicherung wurde die *Panzertruppenschule* offiziell am 22. Dezember 1956 von Hörsching in den neuen Dienstort Götzendorf an der Leitha verlegt. Diese war nun auf zwei Garnisonen aufgeteilt, und zwar mit dem Schulkommando und der *Panzeraufklärungsschulabteilung* in Götzendorf und der *Panzerschulabteilung* in Zwölfaxing.

Götzendorf, das im Soldatenjargon „die Wüstengarnison“ hieß, befand sich ein Jahr nach Abzug der Sowjettruppen in einem unvorstellbaren Zustand.<sup>7)</sup>

Da wartete, neben dem Erarbeiten und Erproben der Einsatzgrundsätze für die mechanisierte Truppe des Bundesheeres, auch noch viel Arbeit auf den neuen dynamischen Kasernenkommandanten. Auf Spannocchis unermüdliches Betreiben wurden ab 1957 menschenwürdige Unterkünfte, Garagen und Werkstätten gebaut. Ebenso ging die Schaffung von Wohnraum für das Kaderpersonal an der Zufahrtsstraße zur Kaserne auf seine Initiative zurück.<sup>8)</sup> Auch die Öffentlichkeitsarbeit betrieb Spannocchi damals schon in einer Art und Weise, die beim Militär bis dahin ungewohnt war.

Spannocchi forcierte sofort den Ausbau seiner Schule zu einem Kampfverband. Denn hatte sein Verband bei der Kommandoübernahme neun Monate zuvor gerade mal aus vier Kampfkompanien bestanden, so ist einem Erlass des Generaltruppeninspektors Generalmajor Fussenegger vom September 1957 zu entnehmen, dass zu diesem Zeitpunkt bereits zwei weitere Bataillone und drei Kompanien aufgestellt worden waren. In dem Papier werden, ergänzend zum Schwarz der Panzersoldaten, die Waffengattungsfarben der anderen Einheiten geregelt.<sup>9)</sup>



Zugsführer Spannocchi (links) im Rahmen des Kontingents der Militärakademie bei der Parade 1937 in Wien.

Anfang März 1958 war die *Panzertruppenschule* wie folgt gegliedert:<sup>10)</sup>

- Stab & Stabskompanie in Götzendorf,
- Panzer-Tel-Kompanie in Götzendorf,
- Panzerwerkstattkompanie in Zwölfaxing,
- Panzeraufklärungsschulabteilung in Götzendorf,
- Panzerschulabteilung in Zwölfaxing, 1. Panzerkompanie abgetrennt in Bruckneudorf,
- Panzerschützenschulbataillon (ab 1959 Panzergrenadierschulbataillon) in Großmittel,
- Panzerjägerschulabteilung in Götzendorf.

Damit entsprach die *Panzertruppenschule* einem regimentsstarken Verband.

Aber die *Panzertruppenschule* wurde auch ihrer Aufgabe voll gerecht, den Einheiten der Panzer-, Panzergrenadier-, Panzerjäger- und Aufklärungstruppe als Ausbildungsstätte für ihr Kaderpersonal zur Verfügung zu stehen.

Im Juni 1959 wurde Oberstleutnant Spannocchi als Kommandant der *Panzertruppendeschule* beauftragt, eine große Panzerübung des neuen Bundesheeres auf dem Truppenübungsplatz Döllersheim/Allentsteig anzulegen. Auch eine Phase im scharfen Schuss war vorgesehen.

Anlass war der Besuch des sowjetischen Verteidigungsministers, Marschall der Sowjetunion Rodion Malinowskij, um auch der UdSSR Einblick in den Ausbildungsstand des Bundesheeres zu gewähren. Diese Verbandsübung ging später als „Malinowskij-Übung“ in die Geschichte ein. Ungewöhnlich für damals war, dass der Feind nicht mit „Rot“ bezeichnet wurde, sondern mit „Orange“. Mit Rot hätte ja zu leicht die *Rote Armee* identifiziert werden können. Auch der Angriffsverlauf wurde so angelegt, dass er von Süden gegen einen Verteidiger im Norden erfolgte,<sup>11)</sup> wohl ebenfalls eine Gefälligkeit gegenüber den Gästen. Diese Übungsanlage bewies wohl auch das Fingerspitzengefühl und diplomatische Geschick Spannochis.



Bild nur im  
Heft verfügbar

Anfang 1954 trat Emil Spannocchi in die B-Gendarmerie ein und war in Wien, Kärnten und der Steiermark stationiert (hier Offiziere der B-Gendarmerie mit Bundeskanzler Julius Raab; 4.v.r.: Rittmeister Emil Spannocchi).

### Kommandant der 9. Panzerbrigade

Im Rahmen der Heeresgliederung 60 erfolgte die Aufstellung einer zusätzlichen Brigade, nämlich der 9. *Panzerbrigade*, und zwar mit Wirkung vom 1. August 1960.<sup>12)</sup> Hiezu war die bisherige *Panzertruppendeschule* entsprechend umzugliedern. Sitz des Kommandos der 9. *Panzerbrigade* als erster vollmechanisierter Verband des zweiten Bundesheeres blieb somit Götzendorf. Zielstrebig war durch Oberstleutnant Spannocchi die Entwicklung seiner *Panzertruppendeschule* zu einer Brigade, somit befähigt zum „Kampf der verbundenen Waffen“, vorangetrieben worden.

Eine „neue“ *Panzertruppendeschule* als Lehr- und Ausbildungsinstitut für die österreichischen mechanisierten Truppen

entstand ab Sommer 1959 aus dem so genannten „Aufstellungsstab Panzer“.

Im neuen Brigadekommando wurde als erster Chef des Stabes mit Wirkung vom 1. September 1960 Major des höheren militärischen Dienstes Wilhelm Kuntner eingeteilt. Dieser sollte sich zeitlebens und über den Tod hinaus als treuester Freund Spannochis erweisen.

Die neue 9. *Panzerbrigade* wies folgende Gliederung auf:

- *Panzer-Bataillon 33* in Zwölfaxing und Bruckneudorf,
- *Panzerbataillon 34* in Götzendorf,
- *Panzergrenadier-Bataillon 35* in Großmittel,
- *Panzer-Versorgungsbataillon 9*,
- *Panzeraufklärungskompanie 9*,
- *Panzer-Telkompanie 9*,
- *Panzerfliegerabwehrkompanie 9* in Götzendorf,
- *1. Kompanie/Panzerpionierbataillon 9* in Bruckneudorf,
- *Panzerartillerie-Abteilung 9* (1960 zunächst nur eine Batterie) in Kaisersteinbruch.

Die beiden Panzerverbände wurden mit dem amerikanischen mittleren Kampfpanzer *M-47* ausgestattet. Das *Panzergrenadier-Bataillon* erhielt die ersten *Saurer*-Schützenpanzer aus österreichischer Produktion.

Am 11. April 1961 wurde mit Dr. Karl Schleinzer der zweite Verteidigungsminister der Zweiten Republik in sein Amt eingeführt. Mit Wirkung vom 1. Jänner 1962 wurde Emil Spannocchi zum Oberst des Generalstabsdienstes ernannt.

Das auslaufende Jahr 1962 und erst recht das Jahr 1963 brachte die erste größere Heeresreform nach Begründung des zweiten Bundesheeres, später HG 62 (Heeresgliederung 1962) oder, nach dem federführenden Planer, auch „Habermann-Reform“ genannt. Es entstand ein Bundesheer mit sieben Einsatzbrigaden und drei Ausbildungsregimentern.

Spannochis 9. *Panzerbrigade* wurde nun im Rahmen der HG 62 in die 9. *Panzergrenadierbrigade* umgegliedert. In jeder der Brigaden wurde ein Einsatzverband in ein Ausbildungsbataillon umgegliedert. Im Falle der 9. Brigade wurde das *Panzerbataillon 34* in das *Panzergrenadierbataillon* (Ausbildung) 34 umgegliedert. Das bisherige *Panzer-versorgungs-Bataillon* wurde in *Panzerstabsbataillon 9* umbenannt.

Nach sechseinhalb Jahren Truppendienst war aber auch die Zeit für eine dienstliche Veränderung des Kommandanten der 9. *Panzergrenadierbrigade* gekommen. Mit Wirkung vom 15. Juli 1963 wurde Oberst des Generalstabsdienstes Emil Spannocchi als neuer Kommandant an die Stabsakademie nach Wien versetzt.

### Kommandant der Landesverteidigungsakademie

Die damalige Stabsakademie in Wien ging auf die in einem Erlass des Bundesministeriums für Landesverteidigung vom 7. August 1956 angeordnete Aufstellung des „Kommandos der Höheren Offizierslehrgänge“, ab 22. September 1956 „Kommando Höhere Offizierskurse“, zurück. Ab Oktober 1956 wurde es in der Stiftkaserne untergebracht.

Ende Juli 1961 wurde Oberst des Generalstabsdienstes Albert Bach Kommandant. Er erhielt von Bundesminister Dr. Schleinzer den Auftrag, die „Höheren Offizierskurse“ zu einer „Stabsakademie“ auszubauen. Neben der Durchführung der höheren Offizierskurse hatte die neue Akademie auch den Bedürfnissen der „Umfassenden Landesverteidigung“, kurz und prägnant „ULV“, Rechnung zu tragen. Bach machte sich sofort an die entsprechenden Vorarbeiten. Wenn

auch die Stabsakademie formal mit 1. September 1961 eingerichtet wurde, so erfolgte die Aufstellung selbst nur schrittweise im Rahmen der begrenzten personellen und materiellen Möglichkeiten.<sup>13)</sup>

Unter diesen Gegebenheiten übernahm am 15. Juli 1963 Oberst des Generalstabs Emil Spannocchi das Kommando der Stabsakademie. Dieser stürzte sich sofort mit Feuereifer in die neue Aufgabe, und er tat dies mit dem Schwung des vormaligen Kommandanten einer Panzerbrigade. Daran mussten sich seine neuen Mitarbeiter auch erst gewöhnen. Mit dem ihm eigenen klaren Beurteilungsvermögen fasste er alle Möglichkeiten für einen seinen Vorstellungen entsprechenden Um- und Ausbau seiner neuen Dienststelle ins Auge. Dies umso mehr, als er von Bundesminister Dr. Karl Schleinzer den Auftrag erhielt, zusätzlich zu den bereits gestellten Aufgaben die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens systematisch zu informieren.

Zielstrebig konnte nun Spannocchi seine Akademie weiter ausbauen. Mit 1. April 1965 gab es zwei Lehrgruppen:

- die seit 1961 bestehende Lehrgruppe „Höhere Offiziersausbildung“ als Lehrgruppe I und
- die nunmehr neu geschaffene Lehrgruppe II, das „Institut für Umfassende Landesverteidigung“.

Zur Aufbereitung erforderlicher Basisinformationen, nicht nur für die Bereiche der Umfassenden Landesverteidigung, ließ der Akademiekommandant schon bald einschlägige militär- und verteidigungspolitische Unterlagen des Auslandes zusammentragen. In Folge dieser zusätzlichen Aufgaben entwickelte er die Stabsakademie damit, wenige Jahre nach ihrer Gründung, bereits über die ursprüngliche Aufgabe der höheren Offiziersausbildung hinaus zu einer wichtigen Bildungseinrichtung, auch schon im internationalen Vergleich.

Die Aufgaben der Lehrgruppe I waren zu diesem Zeitpunkt folgendermaßen definiert:

- Ausbildung der zukünftigen Generalstabs-, Intendant- und Stabsoffiziere;
- Fortbildung der höheren Kommandanten;
- jährliche Informationsseminare für alle Truppenkommandanten;
- erforderliche Sprachkurse;
- Vorschulung und Auswahl bewährter, jüngerer Truppenoffiziere, die einer höheren Ausbildung zugeführt werden sollen.

Die neu geschaffene Lehrgruppe II führte folgende Aufgaben durch:

- Information, meist in Form von Seminaren im militärischen Bereich;
- ULV-Grundsatz-Seminare für den zivilen Bereich;
- ULV-Spezial-Seminare für bestimmte Sachgebiete und Berufsgruppen.<sup>14)</sup>

Unter Spannocchi wurden auch vermehrt Fortbildungen durchgeführt mit der Zielsetzung, Offizieren in höheren Kommandofunktionen laufend moderne Erkenntnisse der Militär- und Geisteswissenschaften zu vermitteln. Dazu wurden prominente Persönlichkeiten und Wissenschaftler aus den verschiedensten Bereichen zu Vorträgen mit anschließender Diskussion eingeladen. Henry Kissinger, der spätere US-Außenminister, war nur einer unter den Vortragenden mit bekannten Namen.

Kurz vor Weihnachten 1965 erhielt Emil Spannocchi die Generaldistinktionen und die roten Lampassen an den Hosen, denn mit Wirkung vom 1. Jänner 1966 wurde er zum Generalmajor ernannt.

Mit 1. Jänner 1967 wurde die Stabsakademie in die neue Landesverteidigungsakademie umgewandelt. Mit 1. Mai 1968 konnte Spannocchi seine Akademie um eine neue Lehrgruppe III erweitern, das „Institut für militärische Grundlagenforschung“.

Die Schaffung eines solchen Instituts wies Spannocchi wiederum als echten Visionär aus. Erkannte er doch, dass für eine höhere Offiziersausbildung die Auswertung, Beurteilung und Nutzbarmachung der aktuellen, quasi „auf dem Markt befindlichen“ militärischen Literatur von größter Bedeutung ist. Damit war die Basis gelegt, später das gesammelte Schriftgut mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung aufzuarbeiten und für eine Nutzung anzubieten. Das Informations- und Dokumentationssystem wurde in der Zentralkodokumentation etabliert; es ist bis heute eine, auch im internationalen Vergleich, erstklassige Informationsquelle.<sup>15)</sup>



Generalmajor Spannocchi mit Wehrpflichtigen der Landesverteidigungsakademie Ende der 60er-Jahre.

## Bild nur im Heft verfügbar

### Vorspiel zu einem neuen Verteidigungskonzept

War die erste Hälfte der zehnjährigen Tätigkeit Spannocchis als Kommandant der Landesverteidigungsakademie geprägt vom Ausbau dieser Institution hin zu einer akademischen Einrichtung, die diese Bezeichnung auch im Vergleich zu adäquaten zivilen Einrichtungen im Inland und anderen militärischen im Ausland verdient, so war die zweite Hälfte gekennzeichnet durch eine konstruktive Arbeit an einer durch verschiedene Umstände schlagend gewordenen Neukonzeption der Landesverteidigung in Österreich.

In Politik, Öffentlichkeit und Bundesheer selbst machte sich in der zweiten Hälfte der 60er-Jahre immer mehr eine Unsicherheit über das Wie und Warum des Sicherheitsinstruments der Republik breit. Dafür gab es mehrere Ursachen, die nicht nur den Kommandanten der Landesverteidigungsakademie darüber nachdenken ließen:

- Im August 1968 kam es zur Tschechen-Krise, die eine Gruppe der Truppen der Sowjet-Streitmacht in die vorher „russenfreie“ CSSR brachte.

- Die Tschechen-Krise brachte dem Bundesheer durch das überängstliche Handeln der damaligen ÖVP-Alleinregierung auch



einen schweren Imageverlust. Der damalige Verteidigungsminister Prader ließ nämlich das Heer nicht zum Schutz der Grenzen bis an diese vorrücken, sondern ordnete eine 30-Kilometer-Sicherheitslinie an, die durch die Truppe nicht überschritten werden durfte. Aus der Garnison Weitra wurden sogar die Soldaten abgezogen. Oppositionsführer Bruno Kreisky punktete mit der Aussage, dass das Bundesheer nicht einmal die Bevölkerung an der Grenze schützen könne.

Die Heeresgliederung 62, die so genannte Habermann-Schleinz-Reform, die ja Ausbildungsverbände und Einsatzverbände brachte, war zunehmend als gescheitert zu betrachten. Die Rekruten rückten in eine Ausbildungseinheit ein und wurden, kaum heimisch geworden, nach drei Monaten zu einer Einsatzeinheit versetzt. Dass sich da kaum Kaderpersonal herausbilden konnte, lag auf der Hand, noch dazu bei den niedrigen Einkommen beim Heer, während draußen die Wirtschaft boomte. Dies und die enttäuschende Haltung der ÖVP-Alleinregierung, die nicht bereit war, mehr Geld in die Sicherheit des Landes zu investieren, führte dann auch zur Heeresgliederung 68, wo, grob gesagt, in jedem Verband eine Kompanie stillgelegt werden musste.



Spannocchi, hier als Kommandant der Landesverteidigungsakademie, mit Offizieren der Panzertruppschule bzw. 9. Panzerbrigade anlässlich einer Dienstbesprechung Anfang der 70er-Jahre.

Das Wort „Leerlauf im Bundesheer“ wurde in dieser Zeit in den Medien zum Schlagwort. Die sozialistische Opposition um Bruno Kreisky nahm sich immer mehr des Themas an, um politisches Kapital daraus zu schlagen.

Aus dieser Situation entwickelte dann die SPÖ den Wahlschlager für die Nationalratswahl 1970: „*Sechs Monate sind genug!*“ Nicht zuletzt dadurch konnte Kreisky zunächst die relative Mehrheit im Parlament erringen.

Im Jahre 1969/70 initiierten der Publizist DDr. Günther Nenning und der Journalist Dr. Wilfried Daim in einer Allianz von Neuen Linken und Linkskatholiken ein Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres. Sie erhielten fast 30.000 Stimmen für die Einleitung desselben. Durch den Wahlsieg der SPÖ 1970 und die darauf folgende Installierung der Bundesheerreformkommission unterblieb dann allerdings die Durchführung des Volksbegehrens selbst.

- Im November 1969 fand auch das Manöver *Bärentatze* statt. Und so sehr die Truppe, einschließlich 2.500 Mann Reservisten, dort Hervorragendes leistete, allen voran die von Emil Spannoc-

chi aufgebaute 9. Panzergrenadierbrigade, bewirkte es bei den maßgeblichen Stellen ein Unbehagen, das auch der Öffentlichkeit nicht verborgen blieb. Denn die in einer Angriffsgliederung „Ost“ vorgehende 9. Panzergrenadierbrigade wies durch ihre spektakulären Angriffserfolge unzweifelhaft nach, dass die Truppen des Bundesheeres, konventionell eingesetzt, nur geringe Aussichten hatten, ihren Auftrag erfolgreich zu erfüllen.

Man konnte also nicht mehr den Kopf in den Sand stecken. Einige Dienststellen begannen sich Gedanken zu machen. Am Ende dieser Entwicklung stand, wie wir heute wissen, die „Raumverteidigung“. Dieses Konzept wurde auch in der Öffentlichkeit als machbar und Erfolg versprechend eingestuft. Und der Erfolg hat bekanntlich viele Väter.

Daher ist v.a. eine Frage interessant: Wie sehr wurde dieses Verteidigungskonzept tatsächlich durch General Spannocchi entscheidend entwickelt und beeinflusst? Wie sehr hat das Schlagwort „Spannocchi-Doktrin“ diesen Namen verdient?

Im Bundesheer gab es einige, die sich um die Verteidigungsfähigkeit des Bundesheeres sorgten und sich Gedanken über neuartige Möglichkeiten machten. Jetzl, Bach, Holenia, Dr. Schöller, Ségur-Cabanac,<sup>16)</sup> Pirker, Striedinger und Heller<sup>17)</sup> sind nur einige Namen.

Aber Generalmajor Emil Spannocchi war es wohl, der am besten und effektivsten die sich bietenden Möglichkeiten nutzte, einem neuen, der Realität angepassten Konzept zum Durchbruch zu verhelfen:

- Er nutzte „seine“ Landesverteidigungsakademie als eine Einrichtung, an der u.a. nicht nur geforscht werden durfte, sondern sogar sollte.

- Er nutzte den 6. Generalstabskurs von 1968 bis 1971 an „seiner“ Landesverteidigungsakademie, um sich militärwissenschaftlich gewisse Thesen untermauern und gewisse Konzeptionen entwickeln zu lassen.

- Er nutzte als Mitglied der von Bundeskanzler Kreisky initiierten Bundesheerreformkommission die Möglichkeit, seine Vorstellungen für eine Neukonzeption des Bundesheeres einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren.

## Vorarbeiten in der LVAK

Zunächst einmal bediente sich Spannocchi zur Entwicklung eines neuen Verteidigungskonzepts der Kapazitäten in seiner Landesverteidigungsakademie. So beauftragte er z.B. seine Mitarbeiter, Literatur zum Thema „Partisanenkrieg“ zu besorgen und auszuwerten. Als ein Ergebnis erschien danach Ende 1970 in der ÖMZ ein Artikel unter dem Titel „Die Verteidigung des Kleinstaates“.

Bei seiner nun folgenden, noch intensiveren Befassung mit einer neuen Verteidigungskonzeption für Österreich kam Spannocchi auch der 6. Generalstabskurs an der Landesverteidigungsakademie sehr gelegen. Er selber, der ja dort „Operativen Generalstabsdienst“ unterrichtete, ließ im Rahmen einer Vortragsreihe mit dem Titel „Alternative Verteidigungsideen“ alle Phänomene des Kleinkriegs und dessen mögliche operative Wirksamkeit untersuchen. Das Ganze nannte sich dann „Taktik der 1.000 Nadelstiche“. Als ganz wesentlich kristallisierte sich dabei der flächendeckende Einsatz heraus.



Als eines der Themen für eine „Militärwissenschaftliche Arbeit“, die jeder künftige Generalstabsoffizier abzuliefern hat, brachte damals Spannocchi „Die Taktik des Kleinstaates als glaubhafte Fortsetzung seiner Strategie“ ein, das von Oberleutnant Günter Hochauer gewählt wurde. Dessen Arbeit wurde richtungweisend für die Entwicklung der Raumverteidigung in Österreich. Spannocchi, auch erster Bewerter dieser Arbeit, stützte sich in Vielem darauf ab. In seinem 1976 erschienenen Buch „Verteidigung ohne Selbstzerstörung“<sup>18)</sup> war im letzten Teil Vieles von Hochauers Ausarbeitungen nachzulesen. Auf dem Umschlag dieses Buches erschien übrigens zum ersten Mal - schräg überklebt - der Begriff „Die Spannocchi-Doktrin“. Ein durchaus griffiger Verkaufsschlager des Verlages, den alsbald die Medien gerne verwendeten, der aber im dienstlichen Gebrauch nicht aufscheinen durfte.

Hochauer benutzte zur Bearbeitung des ihm gestellten Themas neben Unterlagen aus Jugoslawien, der Schweiz und Deutschland sowie verfügbaren inländischen Expertisen natürlich auch das von der Gruppe Operation unter Brigadier Otto Heller ausgearbeitete „Konzept der Gesamtraumverteidigung“.<sup>19)</sup>

### Die Bundesheerreformkommission

Die Parlamentswahlen am 1. März 1970 brachten, nicht zuletzt durch den Wahlschlager der SPÖ „*Sechs Monate sind genug*“, die erste SPÖ-Alleinregierung der Geschichte unter Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky. Brigadier Freihöfner wurde der erste SPÖ-Verteidigungsminister.

Mit der von der neuen Regierung beabsichtigten Reduzierung des Wehrdienstes von neun auf sechs Monate konnten oder wollten sich die meisten Generäle nicht anfreunden. Nicht so Spannocchi; er sah nach einer emotionslosen Lagebeurteilung darin einen indirekten Fingerzeig auf das Milizsystem: „*Wenn wir sechs Monate haben, kann man kein stehendes Heer mehr haben, sondern man muss zur Milizarmee übergehen.*“<sup>20)</sup>

Die Regierung setzte eine „Bundesheerreformkommission“ ein, die in zehn Arbeitsausschüssen tagte. Generalmajor Spannocchi war zwar nicht einer der Ausschussvorsitzenden, konnte sich aber als Chef der höchsten Bildungseinrichtung des Bundesheeres bei verschiedenen Ausschüssen einbringen. Die Bundesheerreformkommission tagte in sieben Arbeitssitzungen und legte im Oktober 1970 ihren Endbericht vor. Darin waren u.a. folgende Empfehlungen enthalten:

- Errichtung eines Armeekommandos,
- Bildung einer „Bereitschaftstruppe“ von 15.000 Mann nur aus längerdienenden Soldaten,
- Bildung eines „Einsatzheeres“ mit einer Stärke in der ersten Phase von 150.000 Mann, in der zweiten Phase von 300.000 Mann,
- Aufbau einer „Landwehr“, gegliedert in eine „mobile und eine raumgebundene Landwehr“,
- Erhöhung des Heeresbudgets,
- Aufbau der Umfassenden Landesverteidigung (ULV).

Es zeichnete sich aber bald ab, dass die Empfehlungen des Berichts nur in eher kleinem Ausmaß verwirklicht werden sollten.

Nicht zuletzt deshalb ging der bereits kränkelnde Bundesminister Freihöfner am 4. Februar 1971, vorher noch zum General der Infanterie befördert, in Pension. Sein Nachfolger wurde Brigadier Karl Ferdinand Lütgendorfer.

Emil Spannocchi blieb Kommandant der Landesverteidigungsakademie bis 30. Juni 1973, bis er das neu geschaffene Armeekommando des Bundesheeres übernehmen konnte.

Eines lässt sich zum Wirken General Spannoccas als Kommandant der Landesverteidigungsakademie zweifelsfrei feststellen: Das Fundament dieser geistigen Wirkungsstätte des Österreichischen Bundesheeres, auf dem die Landesverteidigungsakademie heute noch steht, ist das Ergebnis der Ära Spannocchi!

### Die Heeresgliederung 1972

Mit 1. Juli 1973 wurde Emil Spannocchi zum ersten Armeekommandanten in der Geschichte des Bundesheeres bestellt und gleichzeitig mit dieser Bestellung zum General der Panzertruppe ernannt. Die Schaffung einer solchen militärischen Führungsspitze war zwar schon lange ein Wunsch des ersten Generaltruppeninspektors, General der Infanterie Erwin Fussenegger, gewesen,<sup>21)</sup> doch erst durch die von der Bundesheerreformkommission gegebene Empfehlung wurde diese auch Wirklichkeit. Zweieinhalb Jahre zuvor war General Fussenegger in Pension gegangen. Dieselbe Kommission empfahl aber auch die Installierung einer Bereitschaftstruppe von 15.000 Mann. Das war im Oktober 1970.



Armeekommandant General Spannocchi im Gespräch mit Milizsoldaten bei der Raumverteidigungsübung 1979.

Am 1. August 1971 erfolgte eine Wehrgesetz-Novelle, die die Verkürzung des Wehrdienstes von neun auf sechs Monate fest schrieb, dazu kamen aber 60 Tage verpflichtende Truppenübungen. Der „freiwillig verlängerte Grundwehrdienst“ (fvGWD) bis zu einer Dauer von drei Jahren wurde eingeführt, wohl in erster Linie, um die dringend benötigten Zeitsoldaten, vornehmlich für die Bereitschaftstruppe, zu erhalten. Vorarbeiten zur Realisierung, schon unter Mitwirkung des Kommandanten der Landesverteidigungsakademie, setzten ein. Es war klar, dass diese Wehrgesetznovelle eine totale Umgliederung des Heeres erforderlich machte. Aber anstatt möglichst viele Betroffene, zumindest den Generaltruppeninspektor

sowie die Gruppenbefehlshaber, einzubinden, präsentierte Minister Lütgendorf im Oktober 1971 einen mehr oder minder einsam erstellten Entwurf zur Umgliederung des Heeres, eher in Form einer Befehlsausgabe.

Die Generäle erhoben massive Einwände. In weiterer Folge legten sie ein so genanntes „Befehlshaber-Memorandum“ vor, in dem sie alle ihre Bedenken auflisteten. Das Jahr 1972 wurde zum Jahr der Vertrauens- und Führungskrise im Bundesheer. Die oberste Führungsebene konnte sich mit der Entwicklung nicht abfinden: Nachdem bereits Ende 1970 GdI Fussenegger und GdA Vogl sowie 1971 GM Watzek in Pension gegangen waren, folgten nun bis in die Mitte des Jahres 1973 die Generale GdI Bach,<sup>22)</sup> GdI Seitz, Bgdr Mader und GdI Reichel.

Lütgendorf blieb hart und präsentierte seine „Heeresgliederung 72“ dem Landesverteidigungsrat. Dort kam es zum Eklat, als der neue Generaltruppeninspektor, GdI Leeb, erklärte, diese Planungen noch nie gesehen zu haben. Im Auftrag des Vorsitzenden Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky verfasste daraufhin der GTI ein Gegen-Gutachten im Einvernehmen mit den Sektionschefs und den Gruppenbefehlshabern. Somit sah sich der Landesverteidigungsrat außerstande, zu einer Beschlussfassung zu kommen.

Nun schlug die Stunde für den damals 56-jährigen Generalmajor Spannocchi.

In dieser Situation wurde der Kommandant der Landesverteidigungsakademie quasi als Mediator mit der Erstellung eines neuen Gutachtens hinsichtlich der Durchführbarkeit der Vorstellungen des Ministers über eine Neugliederung des Bundesheeres beauftragt. Spannocchi war dazu bereit, wohl ahnend, dass er es sich mit einer Seite verschmerzen würde.

Spannocchi studierte Leeb's Gutachten sehr genau und prüfte die Möglichkeiten zur Durchführung. Und er musste sagen, Leeb hatte Recht: Diese Heeresgliederung 72 (HG 72) in der von Lütgendorf vorgesehenen Form war undurchführbar. Aber er wollte nicht, dass der Minister sein Gesicht verliert. Spannocchi erklärte also im Gegensatz zu Generaltruppeninspektor und Befehlshabern den Plan für „im Prinzip realisierbar, wenn bestimmte Voraussetzungen, v.a. personeller Natur, durch den Gesetzgeber geschaffen würden“. Daraufhin nahm der Landesverteidigungsrat den Plan an.

Spannocchi hatte dem Minister eine Blamage erspart, die militärischen Spitzen aber schwer enttäuscht. Aus seiner Formulierung lässt sich aber auch herauslesen, dass er die Lütgendorf-Konzeption zwar für machbar erachtete, er selber aber eine etwas andere im Hinterkopf behielt. Diese nach und nach umzusetzen, sollte er dann als Armeekommandant Gelegenheit haben.

Die Bundesregierung beschloss dann am 6. Juni 1972 die „Heeresgliederung 1972“ (HG 72), die eine Trennung des Heeres in Landwehr und Bereitschaftstruppe vorsah. Der Grundstein für die kommende Raumverteidigung war gelegt.

### **Zunächst Aufstellungsstab/Bereitschaftstruppe, dann Armeekommandant**

Im Sommer 1972 erhielt dann Generalmajor Spannocchi den Auftrag, die Organisation der Bereitschaftstruppe zu bearbeiten. Diese war ja zu diesem Zeitpunkt vom Gesetzgeber her schon ziemlich konkret definiert, während die Bearbeitung der Landwehr noch nicht über die Anfangsplanungen hinausgegangen war.

Spannocchi holte eine Anzahl von dynamischen Offizieren zusammen, meist junge Generalstäbler, und formierte entsprechend einer Ministerweisung den „Aufstellungsstab Bereitschaftstruppe“.

Aus dem Kommando der Gruppe I sowie dem Kommando Luftstreitkräfte wurde am 1. Juli 1973 das „Armeekommando“ gebildet. Diesem wurden alle Truppen des Bundesheeres unterstellt und damit auch die drohende Spaltung des Bundesheeres in Luftwaffe und Heer beziehungsweise in Bereitschaftstruppe und Nicht-Bereitschaftstruppe verhindert. Die Aufstellung der Bereitschaftstruppe hatte zunächst Priorität, sie war ja gesetzlich verankert. Spannocchi wurde somit General und Armeekommandant.

Hatte Spannocchi noch als Kommandant „Aufstellungsstab Bereitschaftstruppe“ mehr oder weniger alle leistungsfähigen Truppen des Bundesheeres in dieser vereinigen wollen, so sah er die Sache als Armeekommandant dann schon anders. Denn der Aufbau des Landwehrheeres gewann zusehends an Bedeutung. Um dieses auch aufwachsen zu lassen, benötigte man auch leistungsfähige Verbände.

Am 15. Juli 1975 erfolgte dann die Aufstellung der *1. Panzergrenadierdivision* in Baden als Kommando, in dem die Verbände der 3., 4. und 9. *Panzergrenadierbrigade* zusammengefasst waren, also die Masse der Bereitschaftstruppe, kurz BT.

Mit 1. Juli 1975 war schon die *Fliegerdivision* aufgestellt worden. Zur Aufstellung der ebenfalls zur BT zählenden 2. *Jägerdivision*, bestehend aus der 5., 6. und 7. *Jägerbrigade*, kam es dann nicht mehr. Der Kaderbedarf für die Landwehr war so hoch, dass die Masse der Verbände der Jägerbrigaden hierfür dringend benötigt wurde.

### **Entwicklung zur Raumverteidigung**

Das Armeekommando war nun voll gefordert mit der Umwandlung der eigenen Dienststelle in ein entsprechend führungsfähiges Kommando. Die Vorgaben der Heeresgliederung 72 wurden unter Spannocchi Zug um Zug umgesetzt. Am 1. Jänner 1974 erfolgte die Umbenennung der *Gruppenkommanden II* und *III* in *Korpskommanden I* Graz und *II* Salzburg. Am 15. Juli 1975 wurde nicht nur die *1. Panzergrenadierdivision* installiert, sondern im Zuge des Landwehr-Aufbaues erhielt nun jedes Militärkommando eine Jägerbrigade mit Ausnahme von Vorarlberg.

Das Jahr 1975 brachte aber auch einschneidende gesetzliche Bestimmungen:

Am 1. Jänner 1975 trat das Zivildienstgesetz in Kraft.

Am 10. Juni 1975 wurde die Umfassende Landesverteidigung (ULV) als Artikel 9a in die Verfassung aufgenommen. Die drei Anlafsälle Krisenfall, Neutralitätsfall und Verteidigungsfall wurden auf die Verteidigungsdoktrin abgestimmt.

Am 28. Oktober 1975 beschloss der Ministerrat offiziell die Ausarbeitung eines Landesverteidigungsplanes. Vorarbeiten dazu hatte es schon gegeben, bis zur endgültigen Annahme des allgemeinen, sprich politischen Teils durch die politisch Verantwortlichen vergingen allerdings noch einmal zehn Jahre. Der militärische Teil aber stand bald zur Verfügung, wesentlich beeinflusst vom Raumverteidigungskonzept Spannocchis. Nachdem man mit 300.000 Mann keinen „Gesamtraum“ verteidigen kann, wurde ab 1976 der Begriff „Raumverteidigung“ (RV) verwendet, womit nicht ständig der gesamte österreichische Raum abgedeckt werden musste. Am 13. Dezember 1978 war der militärische Teil des Landesverteidigungsplanes fertig, der in seiner Zielvorstellung der militärischen Landesverteidigung festhält: „*Die Abhaltestrategie des Staates findet ihren Ausdruck in der Konzeption der Raumverteidigung.*“

Die Raumverteidigung war festgeschrieben. Die Spannocchi-Doktrin hatte sich durchgesetzt. Seine These dazu: „*Wir können*

*es uns nicht leisten, das gesamte Bundesheer in einer Region zu opfern. Wir müssen zumindest jedem Aggressor einen Zeitfaktor aufzwingen. Das geht nur von der Grenze beginnend bis in den Raum fortsetzend, immer wieder Widerstände zu setzen. Es dürfen zwar viele Gefechte verloren werden, nie aber eine Schlacht. Das Zeit- und Erfolgskalkül eines Gegners darf nicht mehr übereinstimmen.“<sup>23)</sup>*

Emil Spannocchi war es gelungen, nicht zuletzt durch seine Eloquenz und sein Charisma in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre das Modell der Raumverteidigung so weiterzuentwickeln, dass daraus eine glaubhafte Verteidigungskonzeption des neutralen Österreich entstehen konnte. Es gelang ihm, Medien,<sup>24)</sup> Öffentlichkeit und Politiker von dieser Konzeption zu überzeugen, es war aber auch sein Verdienst, das Bundesheer selbst aus Resignation und Isolation herausgeführt zu haben.<sup>25)</sup>

## Bild nur im Heft verfügbar

Auch nach seiner Pensionierung 1981 blieb General i.R. Emil Spannocchi ein viel beachteter Redner in der Öffentlichkeit.

Dem militärischen Bedrohungsbild entsprechend umfasste die militärische Komponente der Raumverteidigung, wie sie sich letztendlich in der Ära General Spannocchis entwickelt und bis zum Ende des Kalten Krieges Bestand hatte, vier unterschiedliche, operative Kampfverfahren:

- Kampf in Schlüsselzonen;
- Kampf in Raumsicherungszonen;
- Räumlich begrenzter Abwehrkampf;
- Sicherungseinsatz.

Hier sollen die beiden ersten Kampfverfahren kurz dargestellt werden:

Abgeleitet von den Bedrohungsszenarien wurde Österreich bereits in Friedenszeiten in Raumsicherungszonen und Schlüsselzonen aufgeteilt. In den Raumsicherungszonen sollte in erster Linie Kleinkrieg geführt werden, also eine ständige Beunruhigung des Feindes erfolgen. In den Schlüsselzonen dagegen sollte nachhaltig verteidigt werden.<sup>26)</sup> Diese lagen wie Pfropfen in den Hauptbedrohungsräumen des Bundesgebietes. Die am Alpenhauptkamm liegenden Schlüsselzonen hatten jeweils Anteil am so genannten Zentralraum, der schon allein aus politisch-strategischen Überlegungen unbedingt in eigener Hand bleiben musste. Daher wurden ab Anfang der 80er-Jahre die so genannten Festen Anlagen, also Bunkeranlagen mit Panzerkanonen, auch vom Landesinneren nach außen gebaut.

In einer Schlüsselzone wurden an bestimmten neuralgischen Punkten Schlüsselräume festgelegt, in denen von Haus aus raumbundene Landwehrkräfte disloziert wurden. Diese konnten gegebenenfalls, je nach wechselnder Bedrohungsintensität, durch mobile Landwehrkräfte oder Verbände der Bereitschaftstruppe verstärkt werden.

Das System war so angeordnet, dass der Feind beim Durchstoßen einer Schlüsselzone auf zumindest zwei Schlüsselräume treffen musste. War ein Schlüsselraum gefallen, gingen die zersprengten eigenen Teile zum Jagdkampf über und bedrohten weiterhin nachrückende Feindkräfte in Flanke und Rücken.

Mit der Heeresgliederung 1978, kurz HG 78, wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass für jede Zone in Österreich ein verantwortliches Kommando bestand. Diese Kommanden hatten Regimentsstatus und wurden Landwehrstammregimenter genannt. Sie begannen unverzüglich mit dem Aufbau ihrer Landwehreinheiten. Militärische Kommanden, öffentliche Dienststellen und private Unternehmen, alle zogen im Sinne einer wirklich Umfassenden Landesverteidigung an einem Strang, wenn es darum ging, die jeweilige Zone für den Verteidigungsfall vorzubereiten.

Bevor aber das österreichische Modell der Raumverteidigung in den 80er-Jahren als mehr oder minder ausgereift gelten konnte, hatte Spannocchi in den 70er-Jahren eine Anzahl von Übungen abhalten lassen, um die in die Wege geleitete Entwicklung laufend zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren.

Im November 1979 wagte schließlich der Armeekommandant mit der „Raumverteidigungsübung 79“ im niederösterreichischen Alpenvorland ein Großmanöver mit 27.000 Mann und stellte in- und ausländischen Fachleuten sowie der österreichischen Bevölkerung mittels eines PR-Apparates den „Kampf in einer Schlüsselzone“ dar, zehn Jahre nachdem im selben Gelände der Hinhaltende Kampf einer verstärkten Jägerbrigade scheitern musste.<sup>27)</sup>

### Schließlich noch Sektionschef

Am 31. Mai 1977 erfolgte der Rücktritt von Brigadier Karl F. Lütgendorf als parteiloser Verteidigungsminister einer SPÖ-Regierung. Mit 30. Juni ging er dann als General der Artillerie in den Ruhestand. Neuer Verteidigungsminister wurde Otto Rösch. Als am 1. Jänner 1978 der Leiter der Sektion III im BMLV, GdI Hubert Wingelbauer, die Nachfolge von GdI Anton Leeb als Generaltruppeninspektor antrat, war der Weg frei für GdPz Emil Spannocchi, sein Armeekommando mit der Sektion III zusammenzulegen. Die

nominelle Eingliederung des Armeekommandos als Sektion III in das Ministerium erfolgte am 1. Juni 1978. Damit war Spannocchi endgültig am Höhepunkt seiner militärischen Laufbahn angelangt. Am 30. September 1981 trat General der Panzertruppe Emil Spannocchi mit 65 Jahren in den Ruhestand.

Als letzten offiziellen Auftritt als Armeeangehöriger wählte General der Panzertruppe Emil Spannocchi die Ausmusterung des Jahrgangs „Erzherzog Johann“ am letzten Wochenende im September 1981. Er appellierte noch einmal eindringlich an die politischen Verantwortungsträger, dem Bundesheer die Mittel zur Verfügung zu stellen, die es zum Schutz der Bevölkerung Österreichs dringend benötige. Damit endete die Laufbahn eines Offiziers, der mit Fug und Recht als bedeutendster General der Zweiten Republik bezeichnet werden kann, genau dort, wo sie 1935 begonnen hat - an der Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt.

## Zusammenfassung

Emil Spannocchi nahm auch weiterhin regen Anteil am öffentlichen Leben und war gern gesehener Gast bei Diskussionsrunden, wo es um die Sicherheit Österreichs oder auch um die Aufarbeitung der Geschichte ging. Tragisch dann sein Tod knapp vor seinem 76. Geburtstag. Er, der sich als ehemaliger Kavallerieoffizier immer noch gerne durch Reiten fit hielt, stürzte vom Pferd und verstarb, nachdem er drei Monate im Koma gelegen war, am 29. August 1992.

Die eingangs gestellten Fragen wurden erschöpfend behandelt.<sup>28)</sup> Emil Spannocchi ist deshalb unter die ganz großen Persönlichkeiten der jüngeren Zeitgeschichte einzuordnen, weil er durch rasches, der jeweiligen Lage angepasstes Reagieren Vieles bewirken konnte. Dabei hätte sein Leben nicht unterschiedlicher verlaufen können:

Zunächst noch in der Monarchie als Graf geboren, in einem Stiftsgymnasium erzogen, in einem feudalen Regiment als Kavallerieoffizier in den Zweiten Weltkrieg gezogen, dort zunächst zum Offizier der gepanzerten, also der schnellsten Heerestruppe umgeschult, später zum Generalstabsoffizier ausgebildet. Nach dem Krieg in führenden Positionen in der Privatwirtschaft in Österreich und Italien, dann in die so genannte B-Gendarmerie unter Inkaufnahme großer finanzieller Einbußen eingetreten, danach im Bundesheer zunächst in Stabsverwendung, dann als Kommandant die österreichische Panzerwaffe erfolgreich aufgebaut, als Kommandant die Landesverteidigungsakademie zu einem anerkannten Institut der höheren Offiziersausbildung gemacht und in weiterer Folge die entscheidenden Grundlagen zum Aufbau der „Umfassenden Landesverteidigung“ gesetzt. Schließlich begann er noch als Kommandant der Landesverteidigungsakademie mit der Bearbeitung einer neuen, für damalige Denkschulen revolutionären Sicherheitskonzeption, die er engagiert und eloquent einer staunenden Öffentlichkeit und entscheidungsbefugten Politikern aller Richtungen plausibel machen konnte, und setzte sie schließlich auch als Armeekommandant in Form der „Raumverteidigung“ erfolgreich durch.

Dazu kamen von ihm wichtige Impulse zum Entstehen des Landesverteidigungsplans, der bis heute zwar in fast allen Punkten ausgesetzt, aber durch kein adäquates Dokument ersetzt werden konnte. Vieles, was mit der Person Emil Spannoccchis im Bundesheer verbunden wird, wirkt immer noch nach.

Ein Heer im Krieg hat seine Helden, ein Heer im Frieden vielleicht Legenden.

Emil Spannocchi ist und bleibt eine Legende! ■

## ANMERKUNGEN:

- 1) Siehe AdR, Landesverteidigung; Abschrift Hauptgrundbuchblatt Anton Graf Spannocchi, Bestand Versorgungsakten, Karton Nr.1636
- 2) Auskunft durch P. Jacobus Tisch vom Stiftsgymnasium Seitenstetten, via E-Mail am 28. September 2006.
- 3) Als offizieller Gründungstag der B-Gendarmerie gilt heute der 1. August 1952. Vgl. Internet-Dokument Univ.-Prof. Dr. Manfred Rauchensteiner: „Die B-Gendarmerie - mehr als eine Episode“, [http://www.bundesheer.at/facts/geschichte/bgendarmerie/artikelsammlung/bgend003\\_03.shtml](http://www.bundesheer.at/facts/geschichte/bgendarmerie/artikelsammlung/bgend003_03.shtml).
- 4) Siehe AdR/LV/2. Republik, Personalakten Emil Spannocchi Nr.2715.
- 5) Heutige Belgierkaserne.
- 6) Siehe AdR/LV/2. Republik, Personalakten Emil Spannocchi Nr.2715, Manuskript eines Antwortschreibens Spannoccchis an Herrn Rödhammer, S.3.
- 7) Vgl. Wolfgang Baumann: Die Wüstengarnison Götzendorf, Chronik, Graz 2000, S.19f.
- 8) Ebenda, S.23.
- 9) Siehe Erlass des BMLV v. 17. September 1957, ZI.204.277-Org/III/57, Pkt.1.
- 10) Vgl. Panzertruppenschule Kommando, Organisationsbefehl Nr.4, Götzendorf, 4.3.1958, Pkt.1.
- 11) Vgl. Joachim Heitz: Die Malinowsky-Übung in Döllersheim 1959. In: Pallasch, Heft 16, Salzburg 2003.
- 12) Siehe Erlass des Bundesministeriums für Landesverteidigung, Zahl 8619-III/Org/60 vom 30.6.1960.
- 13) Vgl. „Viribus Unitis“, Publikation der Landesverteidigungsakademie Wien, Wien 2003, S.93.
- 14) Vgl. ebenda, S.96.
- 15) Ebenda, S.98.
- 16) Gab 1970 ein Truppendienst-Taschenbuch über den Kleinkrieg heraus.
- 17) Emil Spannocchi, Interview am 23.1. und 3.2.1981, aufgenommen und niedergeschrieben von Johann Pucher; wurde im Jahr 2006 dankenswerterweise dem Autor zur Verfügung gestellt. Spannocchi in einem der Interviews: „Nach innen hatten wir eine sehr gute Zusammenarbeit zur Operationsabteilung, zu Brigadier Heller, der sehr früh das (Anm.: die Gesamtraumverteidigung) dargestellt hat. Er hat sein Papier zu uns herübergeschickt, wir haben unseres hinübergeschickt, bis die ersten Zusammenfassungen zur Definition der Raumverteidigung herausgekommen sind.“
- 18) Siehe Emil Spannocchi und Guy Brossolet: Verteidigung ohne Schlacht, Carl Hanser Verlag, München-Wien 1976.
- 19) Interview mit Gen i.R. Günter Hochauer am 20. April 2006.
- 20) Vgl. auch Andreas Steiger: Das Raumverteidigungskonzept - Planung und Durchführung in den Jahren 1968 bis 1978, Wien 2005 S.560/561.
- 21) Vgl. Stefan Bader: General Erwin Fussenegger 1908 bis 1986, Wien 2003, S.159.
- 22) Gdl Bach in seinem diesbezüglichen Schreiben vom 2. Oktober 1972 an BM Lüttendorf: „...Angesichts dieser Lage sehe ich mich außerstande, auch weiterhin für die Gruppe II, wie bisher, Ihnen gegenüber, aber v.a. auch gegenüber meinen Untergebenen volle Verantwortung zu übernehmen. Ich halte es für richtig und korrekt, wenn ich das heute Ihnen mit aller Offenheit melde.“
- 23) Vgl. Steiger, a.a.O., S.571.
- 24) Siehe Nachrichtenmagazin „Profil“ Nr.2/1980: Emil und die Defensive. „Armeekommandant Emil Spannocchi, Reformstrategie, Forellenzüchter und PR-Talent, war der vermutlich erfolgreichste Uniformträger der 70er-Jahre: Erstmals wird eine jahrelang belächelte Armee im Inland respektiert und im Ausland bewundert.“
- 25) Vgl. Walter Mayer: Das neue Konzept. In: Tausend Nadelstiche, Styria, Graz 1994, S.120.
- 26) Vgl. Günter Hochauer: Raumverteidigung und Landwehrkonzept. In: ÖMZ 1/1979, S.11ff.
- 27) Vgl. Mayer, a.a.O., S.118.
- 28) Mehr Details siehe Wolfgang Wildberger: Emil Spannocchi - engagiert und eloquent, Vöhl Verlag Graz, 2006.

## Wolfgang F. J. Wildberger

Geb. 1948; Oberst; 1968-1971 Theresianische Militärakademie; anschließend Panzer- bzw. Panzerjägeroffizier in Graz und Leibnitz; danach Stabsverwendung im Landwehrstammregiment 54 in Graz; schließlich letzter Kommandant dieses Regiments; 1994-2001 Kommandant des Kommandobataillons 1 in Graz; zuletzt aktiv als Mechtruppenoffizier im Stab des I. Korps; seit 2003 im Vorruhestand; zwischen 1974 und 2003 insgesamt neun Auslandseinsätze in verschiedenen Kommandanten-, Beobachter- und Stabsverwendungen in Ägypten, Israel, Libanon, Syrien und Zypern.





## The EU on its Way towards Becoming an International Political Protagonist

Heinz Brill

The European process of reconciliation was characterized by controlled integration of the German potential, by the lessons drawn from the self-destructive wars of the 20<sup>th</sup> century, by Europe's positioning as a "third power" between the super-powers USA and USSR, by Europe's identity as a stabilizing element in a multipolar world, by the establishment of an economic area in the era of globalization, and by Europe's position within the international political balance.

The EU meets the criteria of territorial size and population figures, of outstanding economic power, political stability and leadership, cultural attraction, a high level of research, education, and abundance of energy and raw materials, military power, and taking over of global order functions. According to these criteria the EU – in comparison with the "world powers" and/or the "superpowers" – takes up one of the leading positions. It lacks, however, clustering of political interests, political unity, and ordering experience.

Europe will need a strengthening of its identity and political capacity to act if it wants to survive on a long-term basis among other power blocs such as Northern America and China. Today the EU is economically a *global player*, whereas politically and strategically it still has considerable deficits in this role. The EU is gaining more and more importance in the trouble spots of the world by applying a combination of civil and military conflict resolution, but on the other hand, due to its lack of power and unity, one can detect an idealistic feature in its foreign and security.

The „European Security Strategy“ does not offer a safe basis for operational politics. Only big nations such as France, Great Britain and Germany have geo-political concepts, but they are not identical. In an era of geo-political upheaval Europe could become an international protagonist, but for geopolitical acting it lacks not only an operational centre, but – apart from Great Britain, France and Germany – strategic thinking as well. Thus, the trick the Europeans will have to accomplish in the following years is establishing a European capacity to act in foreign affairs. Whoever wants to survive in a multipolar world must find partners whose inner order and geopolitical goals he agrees with. Here the obvious thing for Europe would be to cooperate closely with the USA, because Europe and the USA having lost influence in the world is not the point, but Asia having gained influence is.

## ESDP Trends – Majority Decision – European Army – Common Defence

Jochen Rehr

Since the foundation of the European Security and Defence Policy (ESDP) in 1999 several concepts on both operational and strategic level were implemented in order to give this field of politics a certain relevance concerning content and conception. Thus, new civil and military structures were established in the European institutions network. The most important ESDP body is the Political and Security-Political committee, which sees itself as "Security Council of the European Union."

In 2003 the European Security Strategy was adopted, which since then has been the basis of the Union's long-term action. The strategy has a classic structure and describes the threats and the goals deduced from them. The essence of this paper is the demand that the EU must become „*more coherent, more capable and more active*“.

ESDP can be found in the second column, the Common Foreign and Defence Policy, and thus is organised in an intergovernmental way. In future one can count on the fact that there will be no purely military or civil ESDP operations; from the very beginning one will follow a common civil-military approach instead. Furthermore, one can assume that ESDP operations will become more demanding (great distance from Europe, difficult conditions in the theatre), more difficult (decision-making will become more difficult because of short reaction time), and more expensive (e.g. strategic transport capacities, secure communications). Additionally one can expect that the societies of the EU member nations will view purely military operations more and more critically and will prefer the term security to the term defence.

The ESDP's tendency of developing from an intergovernmental model towards supranationality is quite obvious. If the EU member nations continue to grow, CFSP majority decisions will be the only way to arrive at decisions. Expensive capabilities will be acquired on a multilateral or even combined basis. There will be, however, no immediate or medium-term "European Army". The extent of integration will highly depend on the political determination of the policy-makers. The population ought to be integrated in every EU project as intensively as possible in order to establish a positive milieu for security affairs in Europe. Because of democratic-political reasons the position of the European Parliament within the ESDP should be strengthened so that it can meet its claim to "control the armed forces democratically". Europe is powerful, and it is ready to take responsibility. That is why a common ESDP is needed.

## Sub-Saharan-Africa in Islamic Terrorism's Sights

Martin Pabst

Sub-Saharan-Africa was affected by *Al Qaida* activities early enough. Sudan's government had accommodated Osama bin Laden from 1991 to 1996 and allowed him to establish his worldwide financing network from there. In Sub-Saharan-Africa *Al Qaida* carried out the first major attacks. The establishment of a united regional command USAFRICOM in 2007 underlines which threat the US security policy attaches to international terrorism in Northern and Sub-Saharan-Africa.

In Sub-Saharan-Africa the Jihadists profit from numerous favourable factors. These are, among others, strong Muslim population segments in many states, close historical connections to the Arab area at the African Horn and East-Africa, long and sloppily supervised frontiers, a great number of "failed" states with weak government authority, widespread corruption in governmental institutions, an abundant supply of weapons due to proliferation, flourishing criminal networks, a juvenile lack of economic perspectives, a decline of governmental services, highly developed infrastructure in some states (transport, communication, financial services), close connections with Western Europe, a comparatively high and unprotected presence of Western citizens, and the strategic vulnerability of the West concerning exploration and transport of raw materials.

In Sub-Saharan-Africa Jihadism meets factors which check its expansion, like a widespread pro-Western attitude regardless of anti-colonial resentment, a more tolerant version of Islam, prevailing pragmatism, a low willingness for political or religious fanaticism, the priority of secular and not religious ties, a national and not global orientation of the existing resistance and rebel groups, and insignificantly developed terrorist traditions.

There are, however, signs indicating that the black Africans' willingness to become more and more radical and to support Jihadic goals is increasing. The Jihadists' strategy is consolidating the weakness of the states in Sub-Saharan-Africa. Apart from that they think they will be propagandistically successful by branding stabilising activities of international actors as "occidental intervention" and discrediting cooperating African governments as "puppet governments". Additionally, the Jihadists seek present regional conflicts such as the civil war between the black-African and the Arabised Moslems in Darfur, or the Ethiopic-Somali regional conflict, as a part of the global war between the Christian-Zionistic Occident and the Islamic world.

## General Emil Spannocchi – Aristocrat, Visionary, Revolutionist Wolfgang Wildberger

Born as a count in the Monarchy, educated in a convent grammar school, gone to the Second World War as a cavalry officer in a feudal regiment, where he was retrained to an officer of armoured service, later trained to become a general staff officer, Emil Spannocchi held leading positions in private enterprises both in Austria and in Italy after the war. In 1954 he entered the so-called B-Gendarmerie as a "Rittmeister" (cavalry captain), accepting high financial losses, before he set up the Austrian armoured service, first in staff service and later as a commander. Afterwards he made the National Defence Academy an accepted institution of advanced training for officers.

Subsequently Spannocchi created the decisive basics for establishing the „Comprehensive National Defence“ and started developing a completely new and at that time revolutionary security conception which he was able to explain in a committed and eloquent way to the amazed public and to competent politicians of all factions. As commander of the army he pushed this conception in the form of "territorial defence" – commonly known as Spannocchi-Doctrine – through successfully.

His decisive turning point came in 1972 when there was a scandal between minister of defence Lütgendorf and the generals. The major-general acted as a mediator and saved the minister from losing his face. Before General Spannocchi retired, he proved himself in the readiness troops formation staff, in the army command which had been established in 1973, and in the end as head of the Third Section in the Ministry of Defence.

His death after a riding accident shortly after his 76<sup>th</sup> birthday marked the end of the career of the most outstanding General of the Second Republic, who had remained concerned for Austria's security and the Armed Forces' future even after the time of his retirement.

## L'UE en passe de devenir un acteur de la politique mondiale Heinz Brill

Le processus européen d'unification fut caractérisé par l'intégration contrôlée du potentiel allemand, les enseignements des guerres auto-destructrices du 20<sup>ème</sup> siècle, le positionnement de l'Europe en tant que « troisième force » entre les puissances mondiales que sont les E.-U. et l'U.R.S.S., l'évidence de l'Europe en tant que pôle dans un monde multipolaire, la création d'un grand espace politico-économique à l'ère de la globalisation et le rôle de l'Europe dans l'équilibre politique mondial des forces.

L'UE satisfait les critères de taille du territoire et d'importance de la population, d'une puissance

économique prééminente, de stabilité politique et de capacité à gérer, de force d'attraction culturelle, d'un niveau élevé dans la recherche et la formation, d'une richesse dans le domaine de l'énergie et des matières premières, d'une puissance militaire, ainsi que de la prise en charge de fonctions de régulation globales. D'après ces critères, il se trouve que l'UE, par comparaison aux « puissances mondiales » ou « grandes puissances », est en première ligne. Toutefois, il lui manque encore la convergence des intérêts politiques, l'unanimité politique et l'expérience en matière de régulation. C'est pourquoi l'Europe est une puissance mondiale en devenir.

L'Europe a besoin d'un renforcement de son identité et de sa capacité à agir, si elle veut perdurer sur le long terme, face à d'autres blocs de puissance tels que l'Amérique du Nord et la Chine. L'UE est aujourd'hui, sur le plan économique, un acteur planétaire ; par contre, sur les plans politique et stratégique, elle présente, cependant, dans ce rôle, un déficit considérable. Il est vrai que l'UE acquiert de plus en plus d'importance dans les régions en crise de par le monde, par le biais de la combinaison de solutions civiles et militaires aux conflits ; toutefois, une orientation idéaliste de sa politique étrangère et de sécurité est une évidence, en raison de son manque de force et d'unanimité.

La « stratégie européenne de sécurité » n'offre pas de base sûre pour une politique opérationnelle. Seuls les Etats plus importants, comme la France, la Grande-Bretagne et l'Allemagne, disposent de concepts géopolitiques, qui ne sont, cependant, à leur tour, pas convergents. Dans une époque de bouleversement en matière de politique mondiale, l'Europe pourrait devenir un acteur international. Il ne manque pas seulement, cependant, à l'Europe, comme condition préalable à une action politique mondiale, un centre opérationnel ; il lui manque, avant tout – à l'exception de la Grande-Bretagne, de la France et de l'Allemagne – une pensée stratégique. Le tout de force, que les Européens doivent, en conséquence, impérativement accomplir dans les prochaines années, réside dans l'élaboration d'une capacité européenne à agir à l'extérieur. Celui qui veut exister dans un monde multipolaire, doit impérativement se chercher des partenaires, avec lesquels il sera largement en concordance en matière d'ordre intérieur et d'objectifs politiques mondiaux. Ici s'offre une opportunité de coopération étroite entre l'Europe et les E.-U. Car il ne s'agit pas uniquement du fait que l'Europe et les E.-U. ont perdu en influence à travers le Monde mais que l'Asie a gagné en influence.

## Tendances en matière de développement de la PESD – Décision majoritaire – Armée européenne – Défense commune

Jochen Rehr

Depuis la création de la Politique européenne de Sécurité et de Défense (PESD) en 1999, les

concepts les plus divers ont été mis en œuvre sur les plans opérationnel et stratégique, pour conférer aussi à ce domaine politique un certain poids, quant au fond et au concept. C'est ainsi que furent créées, dans le dédale des institutions européennes, de nouvelles structures civiles et militaires ; l'organe PESD le plus important est le Comité politique et de sécurité [COPS], qui s'entend lui-même comme « Conseil de Sécurité de l'Union européenne ».

La stratégie européenne de sécurité fut adoptée en 2003, laquelle sert depuis lors de fondement pour l'action de l'Union à long terme. La stratégie s'articule de manière classique et décrit les menaces et les objectifs à poursuivre qui en découlent. La conclusion, tirée de ce document, est l'exigence de voir l'UE « plus cohérente, davantage capable et plus active ».

La PESD en est au deuxième pilier, à savoir au niveau de la politique commune étrangère et de sécurité et qu'elle est organisée ainsi sur le plan international. En ce qui concerne l'avenir, il y a lieu, ce faisant, de compter sur le fait qu'aucune opération PESD purement militaire ou purement civile ne sera assurée mais qu'il sera appliqué dès le début, une approche commune civile & militaire. En outre, on peut partir du principe que les opérations PESD seront plus exigeantes (grande distance par rapport à l'Europe, situation difficile sur le théâtre des opérations), plus difficiles (dans le sens de la prise de décision, ceci étant dû, en particulier, aux temps rapides de réaction) et plus coûteuses (par ex. : espace de transport stratégique, voies de communication sûres). Il y a lieu de s'attendre, en outre, à ce que la société civile des Etats membres de l'UE devienne de plus en plus critique vis-à-vis d'engagements militaires purs et place le concept de la sécurité avant le concept de la défense.

La tendance est évidente, suivant laquelle la PESD se développe de plus en plus en partant d'un modèle intergouvernemental dans le sens d'une supranationalité. Des décisions, prises à la majorité, dans le domaine de la PESD (Politique étrangère et de sécurité commune), seront, dans le cas d'un autre accroissement du nombre des Etats membres de l'UE, la seule solution pour prendre des décisions. Des capacités coûteuses seront acquises de manière multilatérale, peut-être aussi communautaire ; une « Armée européenne » n'existera pas, cependant, à court jusqu'à moyen terme. Le degré d'intégration dépendra très fortement de la volonté politique des décideurs. Il convient d'impliquer la population dans chaque projet de l'UE de manière aussi intensive que possible, pour créer en Europe un contexte positif pour les questions de sécurité. En partant de réflexions politico-démocratiques, il convient de renforcer le rôle du Parlement européen dans le secteur de PESD, pour satisfaire l'exigence de « contrôle démocratique des forces armées ». L'Europe est forte et disposée à assumer une responsabilité. Pour cette seule raison, une PESD commune s'avère d'ores et déjà indispensable.

## L'Afrique subsaharienne dans le collimateur du terrorisme islamiste ? Martin Pabst

L'Afrique subsaharienne était déjà concernée, précédemment, par les activités d'Al Qaida. Le Gouvernement soudanais avait hébergé Ousama Ben Laden de 1991 à 1996 et lui avait permis de constituer son réseau mondial de financement à partir du Soudan. Les membres d'Al Qaida perpétrèrent leurs premières grandes attaques en Afrique subsaharienne. La création d'un commandement régional unifié : l'USAFRICOM (Commandement unifié pour l'Afrique) en 2007 souligne l'importance qu'attribue la politique américaine de sécurité à la menace, représentée par le terrorisme international, en Afrique du Nord et en Afrique subsaharienne.

Les djihadistes profitent, en Afrique subsaharienne, de nombreux facteurs favorisant, parmi lesquels, en partie, de puissants groupes musulmans de populations dans de nombreux Etats, des relations historiques étroites avec l'espace arabe, situé dans la corne de l'Afrique et en Afrique de l'Est, des frontières d'Etat étendues et mal surveillées, un grand nombre d'Etats « en échec », dotés d'une faible autorité publique, une corruption répandue dans les institutions gouvernementales, une attitude critique ou pour le moins passive de la part de nombreux citoyens face aux forces de sécurité, une abondante offre d'armes, à la suite d'une prolifération avérée, des réseaux criminels florissants, une absence de perspectives économiques pour les jeunes, le déclin des prestations de services publics, une infrastructure fortement développée dans certains Etats (transport, communication, prestations de services financiers), des relations étroites avec l'Europe de l'Ouest, la présence, comparativement forte et non protégée, de citoyens de l'Ouest et la vulnérabilité stratégique de l'Ouest dans l'exploration et le transport de matières premières.

Dans l'Afrique subsaharienne, le djihadisme rencontre aussi des facteurs, qui freinent son expansion, parmi lesquels une attitude pro-occidentale répandue, compte non tenu des ressentiments anticoloniaux, une version plus tolérante de l'Islam, un pragmatisme prédominant, une propension modeste au fanatisme politique ou religieux, la prééminence d'attaches séculaires à l'égard d'une orientation religieuse, nationale, non globale, des groupes existants de résistance et de rebelles, ainsi que des traditions de terrorisme faiblement développées.

Cependant, il existe des signes, selon lesquels la propension des Africains noirs à la radicalisation et au soutien d'objectifs djihadistes augmente. La stratégie des djihadistes est de durcir la faiblesse des Etats dans l'Afrique subsaharienne. En outre, ils attendent des succès en matière de propagande, en stigmatisant des mesures de stabilisation d'acteurs internationaux comme étant une « intervention occidentale » et en discréditant les gouvernements africains coopérants comme étant des « marionnettes ». Par ailleurs, les djihadistes recherchent des conflits régionaux, tels que la guerre civile entre les musulmans africains noirs et arabisés au Darfour ou le conflit régional éthiopien-somalien (qui dure depuis des décennies), en tant qu'élément d'une guerre planétaire entre « l'Occident chrétioniste » et le monde islamiste.

## Le Général Emile Spannocchi Un aristocrate, un visionnaire, un révolutionnaire Wolfgang Wildberger

Né Comte sous la monarchie, élevé dans un lycée religieux, enrôlé dans un régiment féodal comme officier de cavalerie durant la deuxième guerre mondiale, reconverti tout d'abord en officier de l'arme blindée, formé ultérieurement pour devenir officier d'état-major général, Emil Spannocchi

occupa, après la guerre, des positions dominantes dans l'Economie privée en Autriche et en Italie. En 1954, il entra, alors, comme « Capitaine de cavalerie » dans ce que l'on appelle la Gendarmerie-B, en acceptant de grosses pertes financières, avant de construire, ensuite, avec succès, dans l'Armée fédérale autrichienne, tout d'abord comme employé à l'état-major, puis comme Commandant, l'arme blindée autrichienne et de faire ultérieurement, en tant que Commandant, de l'Académie de défense nationale, un institut reconnu de la formation des officiers supérieurs.

Ultérieurement, Spannocchi créa les fondements essentiels qui présidèrent à l'organisation de la « défense nationale compréhensive » et commença à travailler sur une conception de la sécurité entièrement nouvelle, révolutionnaire pour les écoles de pensée de l'époque, qu'il fit connaître de manière plausible, engagée et éloquente à un public surpris et à des politiciens de tous bords ayant pouvoir de décision. Il fit prévaloir cette conception, avec succès, en sa qualité de Commandant d'Armée, sous la forme d'une « Défense du territoire », appelée, dans le pays : Doctrine Spannocchi.

Son heure de gloire vint en 1972, lorsque éclata le scandale entre le Ministre de la défense Lütgendorf et les Généraux sur la division de l'Armée autrichienne de 1972 et que le Général de division intervint comme médiateur, épargnant au Ministre une humiliation. A l'état-major de formation des forces de manœuvre, au commandement d'armée, créé en 1973 et enfin, encore, comme directeur général de la direction générale III, le Général Spannocchi fit ses preuves, avant de prendre sa retraite en 1981.

Son décès, comme suite à un accident d'équitation, peu avant son 76<sup>ème</sup> anniversaire, signifia la fin de la carrière du Général probablement le plus remarquable de la deuxième République, qui demeura aussi, au-delà de sa mise à la retraite, un homme, soucieux de la sécurité de l'Autriche et de l'avenir de l'Armée fédérale autrichienne.

### IMPRESSUM

Die Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) erscheint zweimonatlich.

Die ÖMZ ist eine wehrwissenschaftliche Zeitschrift mit Berichten und Analysen zu einschlägigen Themenkreisen aus dem gesamten Bereich der Sicherheitspolitik, Polemologie und Militärwissenschaft.

Die mit Namen oder Initialen gekennzeichneten Beiträge enthalten die Ansichten der Autoren und nicht notwendigerweise die offizieller Stellen oder der Redaktion.

#### Medieninhaber/Herausgeber:

Bundesministerium für Landesverteidigung,  
Roßauer Lände 1, 1090 Wien

#### Druck:

Holzhausen Druck & Medien GmbH  
Holzhausenplatz 1, 1140 Wien, Auhof

#### Redaktion:

OberstdG MMag. Dr. Andreas Stupka  
(Chefredakteur)

Oberrat Mag. Christian Hosiner  
(stv. Chefredakteur)

#### Technische Redaktion:

Hauptmann Mag.(FH) Dieter Hüttner

**Bild:** Rainer Weckerle

**Grafik:** Peter Lutz, Bakk.

**Redaktionsreferentin:** Martina Böhm

**SB Layout & Medien:** Brigitte Wallinger

**SB Administration:** Vizeleutnant Helmut Adam

#### Ständige Mitarbeiter:

General i.R. Horst Pleiner, Brigadier MMag. Wolfgang Peischel, Brigadier Mag. Rudolf Striedinger, Mag. Dr. Friedrich Korkisch, Mag. Predrag Jurekovic, Mag. Arthur Friedrich Maiwald, Mag. Dr. Wolfgang Taus, Prof. Mag. Dieter Huditsch, Herbert Kranzl, Brigadier Dr. Walter Feichtinger, Ao. Univ.-Prof. DDr. Christian Stadler, OberstleutnantdG Mag. Bruno Günter Hofbauer, OberstleutnantdG Mag. Philipp Eder, Univ. Doz. DDr. Heinz Vetschera,



Burkhard Bischof, Dr. Wilfried Aichinger, Dr. Martin Pabst, Dr. Gunther Hauser, OberstleutnantdHmfD Mag. Bernhard Lauring, OberstdHmfD Mag. Dietmar Pfarr, OberstdHmfD Mag. Karl Wohlgemuth, Dr. Wolfgang Etschmann.

**Alle:** Redaktion ÖMZ, Amtsgebäude Stiftgasse, Stiftgasse 2A, 1070 Wien

**Tel.:** +43/1/5200-40901

**Fax:** +43/1/5200-17108

**e-mail:** red.oemz@bmlv.gv.at

**ISSN:** 0048-1440

Bezugspreise (inkl. 10% Umsatzsteuer):

**Jahresabonnement € 24,30**

**Einzelheft € 4,70**

Preise exkl. Versandkosten

Abonnement-Bestellungen bei der Redaktion ÖMZ. Das Abonnement verlängert sich selbstständig, falls es nicht bis spätestens 30. November gekündigt worden ist.

**Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.**